



Betreff: öffentlich
Studie zur Entwicklung der Ehrenamtskoordination in der Landeshauptstadt Potsdam

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 30.11.2018

Eingang 922: 30.11.2018

Einreicher: Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
-------------------	---------

12.12.2018	Hauptausschuss
------------	----------------

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) versteht sich als Bürgerkommune. Das ehrenamtliche Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner ist einer der Garanten für ein förderliches Miteinander in der Stadtgesellschaft und den Erhalt der hohen Lebensqualität. Im 2016 beschlossenen Leitbild (16/SVV/0275) der Landeshauptstadt Potsdam ist das Thema im Kapitel „EINE Stadt für ALLE“ verankert. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Gesamtstädtischen Ziele am 07. November 2018 (18/SVV/0576) beschlossen. Diese bilden das Bindeglied zwischen dem Leitbild und den strategischen sowie operativen Zielen der Geschäfts- und Fachbereiche der Landeshauptstadt Potsdam. Das Thema Bürgerschaftliches Engagement ist hier als eines von 9 Zielen explizit benannt.

Das ehrenamtliche Engagement ist ein Querschnittsthema in der LHP. Aktuell berücksichtigen die verschiedenen Fachverwaltungen der Landeshauptstadt die Bedeutung des Ehrenamts in der täglichen Arbeit und sind für dessen Bedeutung sensibilisiert. Diese zunehmend intensivere Ein – und Anbindung des Ehrenamtes an die tägliche Verwaltungsarbeit hat zu der Erkenntnis geführt, dass es einen neuen konzeptionellen Handlungsrahmen braucht, um das Ehrenamt mit all seinen Facetten nach „innen“ in die Verwaltung und nach „außen“ zu den Ehrenamtlichen besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Sehr deutlich wird dabei das Ziel verfolgt, Ehrenamt und Bürgerliches Engagement als solches zu fördern.

Vor diesem Hintergrund wurde eine geschäftsbereichsübergreifende Projektgruppe eingerichtet.

Im ersten Schritt wurde eine aktuelle und grundlegende Erfassung zum Stand des Ehrenamts/Bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam als notwendig erachtet. Um eine objektive und methodisch untersetzte Aufarbeitung dieser anspruchsvollen Fragestellung sicherzustellen, wurde die Leistung extern vergeben. Die „Akademie für Ehrenamtlichkeit“ in Zusammenarbeit mit „4K Projekte“ konnten als Partner gewonnen werden.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Fortsetzung der Mitteilung:

Wesentliche Inhalte der Leistungsbeschreibung waren:

- Ist-Analyse der aktuellen Beschaffenheit der Potsdamer Ehrenamtslandschaft inkl. der Einbindung maßgeblicher Akteure aus der Zivilgesellschaft
- Identifizierung von Entwicklungsmöglichkeiten mit den Chancen und Grenzen in Potsdam
- Handlungsempfehlungen zum künftigen Umgang und den dazu benötigten Ressourcen

Die Einbeziehung der Freiwilligen- und Ehrenamtsagenturen bei der grundlegenden Erfassung zum Stand des Ehrenamts/Bürgerschaftlichen Engagements erfolgte bei der Erarbeitung der Studie mittels

- Experteninterviews (März/April 2018)
- Online-Befragung (April 2018)
- Engagementforum (Mai 2018).

Anfang Oktober 2018 wurde der abschließende Bericht von der Auftragnehmerin vorgelegt.

Die vorliegende Studie (siehe Anhang) bietet sowohl einen Überblick zum Thema als auch Optionen in der Entwicklung. Der Inhalt der Studie gliedert sich grob in folgende Abschnitte:

- Ausgangslage
- Methodik
- Befunde
- Handlungsempfehlungen

Durch die Befunde mittels der durchgeführten Untersuchungsmethodik hat die Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland in Zusammenarbeit mit 4K-Projekte im Rahmen ihrer Analyse unter Punkt 6.1 bis 6.5 fünf zentrale Handlungsfelder eruiert, die bei der Weiterentwicklung der Engagementförderung in der Landeshauptstadt Potsdam besondere Priorität haben sollten.

Diese sind:

- Koordination
- Zusammenarbeit
- Anerkennung
- Infrastruktur
- Kommunikation

Des Weiteren werden in der Studie unter Punkt 6.6 verschiedene Trägerschaftsmodelle zur Umsetzung eines finalen Ehrenamtskonzeptes aufgezeigt. In einer geschäftsbereichsübergreifenden Besprechung wurde abgestimmt, dass das Modell einer Stabsstelle im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters favorisiert und dessen Einrichtung weiter verfolgt wird.

Bis zur Einrichtung einer Stabsstelle übernimmt eine vom Oberbürgermeister benannte Organisationseinheit im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters die Koordinierung zur Erarbeitung eines Ehrenamtskonzeptes. Dabei stellen die eruierten Handlungsfelder in der vorliegenden Studie die Basis für die Erarbeitung konkreter Maßnahmen dar. Im Rahmen der Konzepterarbeitung wird eine Prioritätenliste – unter Berücksichtigung der finanziellen Ressourcen – in Bezug zu den Handlungsempfehlungen erarbeitet und geprüft, ob weitere Empfehlungen oder Maßnahmen innerhalb der Handlungsfelder benötigt werden.

Bei der anstehenden Diskussion und der angestrebten Erarbeitung des Ehrenamtskonzeptes wird auf eine Beteiligung der Freiwilligen- und Ehrenamtsagenturen bzw. privater Ehrenamtlicher sowie die Einbeziehung der Kommunalpolitik Wert gelegt.

Die künftige Aufgabe der Stabsstelle kann in zwei Teile gegliedert werden:

1. Leitung einer geschäftsbereichsübergreifenden Projektgruppe, die die Umsetzung des Ehrenamtskonzeptes betreut.
2. Ansprechpartner für ehrenamtliche Personen in der Landeshauptstadt Potsdam.

Die Stadtverordneten werden mindestens halbjährlich über den aktuellen Stand der weiteren Entwicklungen in Form von Mitteilungs- bzw. Beschlussvorlagen informiert.

Anlage:

Studie der Akademie für Ehrenamtlichkeit in Zusammenarbeit mit 4K- Projekte



Engagement für alle

Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen für die Landeshauptstadt Potsdam 2018

Inhalt

1. Vorwort der Projektgruppe	3
2. Zusammenfassung.....	4
3. Einleitung.....	5
3.1 Ausgangslage	5
3.2 Auftrag	6
3.3 Grundverständnis.....	7
3.4 Engagementförderung.....	9
3.5 Möglichkeiten und Grenzen der Studie.....	12
4. Methodik	13
4.1 Konzeptanalyse.....	14
4.2 Interviews	14
4.3 Online-Befragung	16
4.4 Engagement-Forum	18
4.5 Fokusgruppe	19
4.6 Projektgruppe.....	19
5. Befunde.....	21
5.1 Engagement in Potsdam	21
5.2 Haltung und Selbstverständnis	25
5.3 Infrastruktur	27
5.4 Anerkennung und Wertschätzung	30
5.5 Öffentlichkeitsarbeit.....	34
5.6 Förderung und Finanzierung	37
5.7 Zusammenarbeit und Vernetzung	42
5.8 Koordination und Steuerung.....	46
5.9 Engagement und Beteiligung	49
6. Empfehlungen	52
6.1 Handlungsfeld 1 – Koordination und Steuerung	52
6.2 Handlungsfeld 2 – Zusammenarbeit und Vernetzung	56
6.3 Handlungsfeld 3 – Anerkennung und Wertschätzung	58
6.4 Handlungsfeld 4 – Infrastruktur.....	61
6.5 Handlungsfeld 5 – Öffentlichkeitsarbeit	62
6.6 Trägerschaft.....	64
6.7 Ausblick.....	66
7. Anhang.....	67
7.1 Leitfaden der Interviews mit den Expertinnen und Experten	67
7.2 Namen der Befragten	69
7.3 Ergebnisse der Online-Umfrage	70
7.4 Engagement-Forum: Teilnehmende Organisationen	74
7.5 Engagement-Forum: Dokumentation der Ergebnisse des World Cafés	75
7.6 Fokusgruppe: Ergebnisse Kleingruppenarbeit	82
8. Literaturverzeichnis	84
9. Impressum.....	86

1. Vorwort der Projektgruppe

Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement gehören zu den wesentlichen Stützen eines funktionierenden demokratischen Gemeinwesens. Die tagtäglich von Einwohnerinnen und Einwohnern erbrachten Leistungen sind für ein soziales und gedeihliches Miteinander unverzichtbar. Die Landeshauptstadt Potsdam ist daher gut beraten, die ehrenamtlich und bürgerschaftlich aktiven Menschen durch gezielte Angebote in ihrem Wirken zu unterstützen. Für Kommunen wie Potsdam, die so nah am Alltagsleben der Einwohnerinnen und Einwohner dran sind, wie kaum eine andere staatliche Einrichtung, gilt dies im besonderen Maße.

Mit dem Ehrenamtskonzept aus dem Jahr 2009 hat die Landeshauptstadt Potsdam seinerzeit einen wichtigen Schritt unternommen, um die Herausforderungen im Bereich Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement zu meistern. Seitdem wurde u.a. mit dem Beschluss des gesamtstädtischen Leitbilds im Jahr 2016 das Thema Ehrenamt weiter aufgewertet. Im Kapitel „EINE Stadt für ALLE“ der Leitlinien der Landeshauptstadt Brandenburgs ist festgehalten, dass Potsdam von einer lebhaften und engagierten Bürgerschaft profitiert.

Aktuell berücksichtigen die verschiedenen Fachverwaltungen der Landeshauptstadt die Bedeutung des Ehrenamts in der täglichen Arbeit und sind für dessen Bedeutung sensibilisiert. Diese zunehmend intensivere Ein – und Anbindung des Ehrenamtes an die tägliche Verwaltungsarbeit hat zu der Erkenntnis geführt, dass es einen neuen konzeptionellen Handlungsrahmen braucht, um das Ehrenamt mit all seinen Facetten nach „innen“ in die Verwaltung und nach „außen“ zu den Ehrenamtlichen besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Sehr deutlich wird dabei das Ziel verfolgt, Ehrenamt und bürgerliches Engagement als solches zu fördern. Es wird sehr darauf geachtet, dass die Aufgaben der Verwaltung nicht in den Bereich der „Ehrenamtsarbeit“ verschoben werden.

Vor diesem Hintergrund wurde in der Landeshauptstadt Potsdam eine geschäftsbereichsübergreifende Projektgruppe mit dem Ziel eingerichtet, den festgestellten Bedarf nach einer Überarbeitung des Handlungsrahmens zu decken.

Als erster Schritt wurde eine aktuelle und grundlegende Erfassung zum Stand des Ehrenamts/Bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam als notwendig erachtet. Auf Basis dessen sollen mehrere Entwicklungsoptionen aufgezeigt und den Entscheidungsträgern der Verwaltung sowie der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

Um eine objektive und methodisch untersetzte Aufarbeitung dieser anspruchsvollen Fragestellung sicherzustellen, wurde die Akademie für Ehrenamtlichkeit und 4K Projekte als Partner gewonnen und mit den folgenden Aufgaben betraut:

- Ist-Analyse der aktuellen Beschaffenheit der Potsdamer Ehrenamtslandschaft inkl. der Einbindung maßgeblicher Akteure aus der Zivilgesellschaft
- Identifizierung von Entwicklungsmöglichkeiten mit den Chancen und Grenzen in Potsdam
- Handlungsempfehlungen zum künftigen Umgang und den dazu benötigten Ressourcen

Die vorliegende Studie bietet daher sowohl einen Überblick zum Thema als auch Optionen der Entwicklung. Sie ersetzt keineswegs das Ehrenamtskonzept aus dem Jahr 2009, sondern stellt eine Diskussionsgrundlage zur Entscheidungsfindung dar.

2. Zusammenfassung

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements extern untersuchen und sich für die Weiterentwicklung dieser Aufgaben Handlungsempfehlungen erarbeiten zu lassen. Mit einem breiten methodischen Ansatz von qualitativen Interviews, einer Online-Befragung und mehreren Workshops wurde die bestehende Praxis in wesentlichen Teilen erschlossen.

Die zentralen Befunde und daraus abgeleitete Empfehlungen des ca. halbjährigen Verfahrens sind: Das Engagement in Potsdam ist umfangreich und vielfältig. Es wird getragen von einer guten Grundstimmung und einer überwiegend hohen Lebensqualität in der Stadt. Es scheint dennoch weiteres Potenzial zu geben, welches insbesondere durch eine verbesserte Ansprache unterschiedlicher Gruppen erschlossen werden könnte.

Die Grundhaltung aller Akteure zum Engagement zeigt sich prinzipiell positiv. Weiter gestärkt werden sollte ein partnerschaftlicher Umgang von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Der Austausch und die Abstimmung untereinander könnten intensiviert werden.

Die bestehende Infrastruktur der Anlaufstellen und Ehrenamtsagenturen sollte abgesichert und ggf. ausgebaut werden. Diese lokalen Einrichtungen können mit einer angemessenen Aufstellung einen wesentlichen Beitrag zur Engagementunterstützung leisten.

Die fachliche Begleitung der Freiwilligen in den Organisationen ist eine wichtige Aufgabe, für die zeitliche und personelle Ressourcen ermöglicht werden müssen. Zudem ist es sinnvoll, die Angebote zur Qualifikation von Haupt- und Ehrenamtlichen auszuweiten.

Das ehrenamtliche Engagement genießt grundsätzlich eine hohe Wertschätzung in Potsdam, eine umfassende Anerkennungskultur existiert jedoch bislang nicht. Bestehende gute Formate wie der Ehrenamtspreis sollten gestärkt und durch weitere Maßnahmen, z.B. ein Fest des Engagements, ergänzt werden.

Die Erstattung von Fahrtkosten und weiteren Auslagen ist für viele Engagierte nicht nur von materieller Bedeutung, sondern auch ein Ausdruck der Wertschätzung ihrer Tätigkeit. Die bisherigen Instrumente hierfür sollten kritisch geprüft und nötigenfalls erweitert werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit für das Engagement erscheint ausbaufähig. Dazu sollten sowohl klassische Medien als auch Online-Instrumente stärker genutzt werden. Dadurch könnten die zahlreichen Aktivitäten besser sichtbar gemacht und Interessierte zur Mitwirkung angeregt werden.

Die Landeshauptstadt setzt umfangreiche Mittel für die direkte und indirekte Engagementförderung ein. Es erscheint jedoch eine höhere Transparenz über die Gesamtausgaben und eine abgestimmte Förderpolitik notwendig.

Die Zusammenarbeit auf allen Ebenen könnte optimiert werden. Dies gilt innerhalb der Zivilgesellschaft als auch zwischen den Sektoren. Dafür könnten bereits bestehende Austauschformate belebt und durch weitere Formate, z.B. einen Rat für Engagement, ergänzt werden.

Eine zentrale Bedeutung nimmt die Koordination und Steuerung innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch extern in Richtung der Organisationen ein. Hierfür sind unterschiedliche Lösungen denkbar. Wichtig ist jedoch in jedem Fall eine angemessene Aufstellung, die eine nachhaltige Weiterentwicklung der Engagementunterstützung in der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht.

3. Einleitung

3.1 Ausgangslage

„Potsdam ist eine lebenswerte Stadt, weil ihre Einwohnerinnen und Einwohner sich auf vielfältige Weise engagieren. Politik und Verwaltung fördern die aktive Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer an der Gestaltung ihrer Stadt.“¹

Die im Auftrag der Bundesregierung im Fünfjahresabstand durchgeführte repräsentative Untersuchung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, der Deutsche Freiwilligensurvey, kommt in der zuletzt vorgelegten Ausgabe zu dem Ergebnis, dass sich über 40 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Weise ehrenamtlich engagieren. Über 30 Millionen Menschen über 14 Jahren sind demnach in ganz unterschiedlichen Feldern freiwillig aktiv. Der Anteil der Engagierten ist danach in den letzten 15 Jahren mit rund 10 Prozent deutlich angestiegen. Diese starke Zunahme wird auf gesellschaftliche Veränderungen, ein gestiegenes Bildungsniveau, aber auch eine stärkere Wahrnehmung des Themas in der Öffentlichkeit zurückgeführt.² Selbst wenn die Höhe der genannten Zahlen in der Fachdebatte mitunter kritisch diskutiert wird, so steht doch außer Frage, dass es eine erhebliche Bedeutungszunahme des Themenfelds auf allen Ebenen gibt. Dies gilt auch und besonders dort, wo sich das Engagement zumeist konkret abspielt und auswirkt - in den Städten und Gemeinden, im Stadtteil und in der Nachbarschaft. Hier kann es ein wichtiger Anker für Zugehörigkeit und Lebensqualität sein.

Die Menschen wollen sich aus unterschiedlichen Beweggründen einbringen und mitwirken, die Bereiche und Formen der freiwilligen Aktivitäten sind äußerst vielfältig. Es geht dabei in unterschiedlicher Ausprägung um persönliche Sinnstiftung, erlebte Selbstwirksamkeit, um ein Gestalten der Gesellschaft im Kleinen, aber auch um das Ermöglichen von Gemeinschaft und natürlich die Freude an der Tätigkeit selbst. Die Verfolgung individueller Interessen und die Orientierung am Gemeinwohl stellen dabei keinen Widerspruch dar, sondern gehen vielmehr oft Hand in Hand. In der Fachdebatte hat sich zudem eine Sichtweise herausgebildet, die das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger nicht nur als eine unverzichtbare zivilgesellschaftliche Ergänzung staatlichen und kommunalen Handelns, sondern als ein Garant für den sozialen Zusammenhalt und zugleich als Ausdruck der demokratischen Teilhabe ansieht. Somit haben wir es mit einer politisch relevanten Frage zu tun, die die Gegenwart und Zukunft unseres Zusammenlebens unmittelbar berührt. Um es mit Max Frisch zu sagen: „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

Eine weitere Auffassung scheint inzwischen Konsens zu sein: Damit sich das Engagement in seiner ganzen Breite entwickeln kann, bedarf es guter Rahmenbedingungen. Die Anerkennung und Würdigung des zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements sowie seine Förderung und Unterstützung sind insofern wichtige Aufgaben jeder Kommune, da sie in vielfacher Weise darauf angewiesen ist und davon profitiert. Denn die gute Verzahnung der öffentlichen Daseinsvorsorge mit den freiwilligen Aktivitäten der Menschen bildet die Grundlage für eine vielfältige und lebenswerte Stadtgesellschaft.

¹Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam, 2016, S.1

²Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, 2017

Die kommunale Engagementunterstützung ist als Querschnittsaufgabe anzusehen, die ganz unterschiedliche Themenfelder und Menschengruppen berührt. Dies geht von den vielen Tätigkeiten in Sport und Kultur, bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Rettungsdiensten, über das freiwillige Engagement von Jugendlichen und deren Eltern in Schule und Ausbildung, bis hin zur Einbindung der Älteren oder von Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Miteinander. Es ist demnach kaum ein Bereich des öffentlichen Lebens denkbar, ohne das aktive Mittun und Mitgestalten der Menschen. So ist etwa aktuell das Gelingen der Integration der zahlreichen Geflüchteten in unsere Gesellschaft auf die Offenheit und den freiwilligen solidarischen Einsatz der einheimischen Bevölkerung angewiesen. Die öffentlichen Regelsysteme allein können dies nicht leisten. Dies wird auch in Potsdam so gesehen: „Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Baustein des Integrationssystems. Ohne engagierte BewohnerInnen kann Integration nicht gelingen. Der Beitrag des ehrenamtlichen Engagements muss weiterhin gestärkt und aktiv unterstützt werden“.³

3.2 Auftrag

Zielsetzung der vorliegenden Studie ist die Freilegung der wichtigsten Konturen der jetzigen Praxis und die Entwicklung von Perspektiven für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam, insbesondere durch die Verwaltung.

Auf Grundlage der Befunde werden Chancen und Grenzen verdeutlicht und den Akteuren Empfehlungen an die Hand gegeben, die ihre weitere Arbeit leiten können. Dabei handelt es sich nicht um ein fertiges, neues „Ehrenamtskonzept“, welches jedoch perspektivisch vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Studie zusammen mit allen relevanten Beteiligten entwickelt werden könnte.

Mit Beschluss vom 02.09.2009 hatte die Stadtverordnetenversammlung ein Ehrenamtskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam verabschiedet. In der Folge wurden unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung des freiwilligen Engagements umgesetzt, z.B. die Weiterentwicklung des Potsdamer Ehrenamtspreises, die Einsetzung eines kommunalen Ehrenamtskoordinators, die Durchführung von Weiterbildungen für Engagierte, die Einführung eines Freiwilligenpasses oder die Einrichtung eines Internetauftritts⁴. Diese und weitere Schritte haben zu einer insgesamt positiven Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Landeshauptstadt Potsdam mit beigetragen. Es zeigte sich, dass eine an sich schon lebendige Engagementlandschaft durch geeignete Unterstützung noch besser und wirkungsvoller für alle Beteiligten organisiert und weiterentwickelt werden kann. Auch heute zeichnet sich Potsdam weiterhin durch ein vielfältiges und umfangreiches Engagement seiner Bewohnerinnen und Bewohner aus.

Mit dem altersbedingten Ausscheiden des vormaligen Ehrenamtskoordinators 2015 kam der erfolgreich eingeleitete Prozess der Engagemententwicklung in der Kommune allerdings ins Stocken. Eine schnelle Neubesetzung der Position war aus organisatorischen Gründen nicht möglich, was nachfolgend Auswirkungen in unterschiedlichen Bereichen des freiwilligen Engagements hatte. Die Potsdamer Stadtverwaltung hat die entstandene Lücke nun genutzt,

³ *Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020, S. 14, 2017*

⁴ *Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam, 2009*

um nicht allein diese spezifische Personalfrage und deren materielle Ausstattung in den Blick zu nehmen, sondern auch weitere organisatorische und strukturelle Merkmale des bisherigen eigenen Wirkens zu betrachten. Durch einen Überblick über das Feld und seiner fachlichen Einschätzung soll die Chance zu einem grundsätzlichen Verständnis und einer Neuausrichtung der kommunalen Engagementunterstützung ergriffen werden.

Die formulierten Ziele der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sind dabei:

- die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit in der LHP.
- die Unterstützung einer nachhaltigen Freiwilligenkultur durch die LHP.
- die gute Zusammenarbeit von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- die Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft.

Anliegen des vorliegenden Berichts ist es, das bislang Erreichte in der Potsdamer Engagementförderung aufzuzeigen, vorhandene Maßnahmen kritisch zu reflektieren und auf der Grundlage der Analyseergebnisse Vorschläge für eine nachhaltige und bestenfalls strategische Ausrichtung der künftigen Arbeit in diesem Bereich zu unterbreiten.

3.3 Grundverständnis

Die systematische fachliche Befassung mit dem freiwilligen Engagement ist eine relativ neue Disziplin, die ihren Anfang in den 1990er Jahren nahm. Ein Anlass dafür waren u.a. soziale Wandlungsprozesse, die das traditionelle und eher enge Verständnis von Ehrenamt als zunehmend unzureichend erscheinen ließen. Mitunter war in diesem Zusammenhang auch die Rede von einer „Krise des Ehrenamts“, da die Attraktivität und der Umfang herkömmlicher Formen, etwa dauerhaftes Engagement in klassischen Institutionen und Vereinen, nachzulassen schien.

Insbesondere in den östlichen Bundesländern kam der staatliche und gesellschaftliche Umbruch hinzu, welcher sich auf alle Lebensbereiche auswirkte und damit auch das Spektrum der freiwilligen Aktivitäten der Menschen erfasste. Während in der DDR das Feld überwiegend unter staatlicher Kontrolle war, ergaben sich nun neue Gestaltungsmöglichkeiten, allerdings auch ein weitgehender Verlust der zuvor vorhandenen Strukturen und Gewissheiten. Es ist vor diesem Hintergrund und der vielfachen weiteren Neuanforderungen für die Menschen nachvollziehbar, dass besonders in den Anfangsjahren des vereinigten Deutschlands die Ausprägung des freiwilligen Engagements im Osten deutlich geringer ausfiel – ein Trend, der jedoch bis heute anhält⁵.

Eine erste umfassende Erschließung der mit diesem komplexen Feld verbundenen Fragestellungen leistete die vom Deutschen Bundestag 1999 eingesetzte Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die sich für eine breite Definition des Begriffs aussprach: „Bürgerschaftliches Engagement bedeutet Vielfalt, und

⁵In Westdeutschland betrug die Engagementquote 2014 insgesamt 44,8 Prozent, in Ostdeutschland im Durchschnitt 38,5 Prozent. Im Land Brandenburg wurde eine Quote von 38,7 Prozent ermittelt. *Freiwilligensurvey, 2014*

erst in diesem weiten Verständnis (...) erschließen sich die Dimensionen dieser Aktivitäten und ihre Bedeutung für unser Gemeinwesen“⁶.

Die zuvor häufig unterstellte Existenz eines weitgehend unabhängig von Staat und Kommune aus sich selbst heraus lebenden Bereichs, wurde nun tendenziell in Frage gestellt. Das Thema wurde gewissermaßen „politisch aufgeladen“, denn es rückten zugleich die Möglichkeiten oder vielmehr die Notwendigkeit der Förderung und Unterstützung dieser Prozesse in das Bewusstsein. Es galt das wichtige „soziale Kapital“ des Engagements zu erschließen. Allerdings ist dies ein Spannungsfeld, da hiermit - kritisch betrachtet - auch die Gefahr der Vereinnahmung des Engagements durch den Staat einhergehen kann. Es geht im Gegensatz dazu aber darum, eine angemessene Balance zwischen der erforderlichen öffentlichen Unterstützung und Förderung einerseits, sowie andererseits der Freiwilligkeit und dem Eigensinn des Engagements zu finden.

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, so der Staatsrechtler und Philosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde⁷. Abgeleitet davon bedeutet dies, dass die Ermöglichung von Engagement nicht nur eine wichtige staatliche bzw. kommunale Aufgabe ist, sondern geradezu konstitutiv für ein funktionierendes Gemeinwesen. Es zeigt sich, dass der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements ein äußerst komplexer Begriff ist, der sich einer einfachen und allumfassenden Bestimmung entzieht. Die o.g. Enquete-Kommission hat ihn wie folgt definiert:

„...freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt“⁸.

Es gibt zur Terminologie einen umfänglichen Diskurs, in dessen Beiträgen jeweils unterschiedliche Teilaspekte verschieden stark betont werden. Mit den jeweils präferierten Begriffen Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bzw. freiwilliges, zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement werden in der Fachdebatte bisweilen unterschiedliche Konzepte verbunden, die jedoch alltagssprachlich und auf der praktischen Ebene vor Ort zumeist keine größere Bedeutung erlangen. Es zeigt sich vielmehr, dass das Selbstverständnis der Engagierten davon relativ unabhängig ist, jede Organisation ihre eigenen Begrifflichkeiten etabliert bzw. die Bezeichnungen weitgehend uneinheitlich bleiben. Eine allgemeingültige Definition der verschiedenen Begrifflichkeiten wird vor diesem Hintergrund aus fachlicher Sicht als für nicht sinnvoll erachtet, da diese die Diversität der unterschiedlichen Ansätze, Motivationen und Ausprägungen, die die Besonderheit des Feldes ausmachen, letztlich nicht abbilden könnte und somit keine konkrete Relevanz für die Praxis entfalten würde.

Die vorliegende Untersuchung macht sich deshalb die oben zitierte Definition der Enquete-Kommission zu eigen, unabhängig davon ob im Weiteren von bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen, freiwilligen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten die Rede ist. Im Kontext der Studie werden diese Bezeichnungen deshalb im Sinne der konkreten und sprachlichen Vielfalt synonym verwendet.

⁶Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, 2002, S.2

⁷ Bockenförde, 1976, S.60

⁸Enquete-Kommission, 2002, S.38

Im Blick dieser Untersuchung sind also alle unterschiedlichen Formen und Ausprägungen von Engagement – unabhängig von zeitlicher Dauer, struktureller Anbindung oder inhaltlicher Ausrichtung – die in Potsdam vorzufinden sind.

3.4 Engagementförderung

Wenn man die freiwilligen Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger nicht nur als deren individuelle oder private Angelegenheit versteht, sondern auch als einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zur Stärkung der Demokratie, ergibt sich daraus der Anspruch, dass dieses gesellschaftliche Engagement auch öffentlich angemessen unterstützt und gefördert wird. Diese Auffassung hat sich in der Fachdebatte der letzten Jahre zunehmend durchgesetzt. Auch in der Praxis hat die Engagementförderung deutlich an Bedeutung gewonnen, sie wird jedoch ganz unterschiedlich umgesetzt.

Bund, Länder und Kommunen sind im föderalen System dem Subsidiaritätsgedanken folgend für unterschiedliche Fragen zuständig, so auch im relativ neuen Feld der Engagementpolitik. Während auf der Bundesebene in der Regel die Rahmengesetzgebung verantwortet wird, ist von dort nur unter bestimmten Voraussetzungen eine direkte Förderung möglich, zumeist mit zeitlich befristeten Modellprogrammen. Eine nachhaltige Sicherung der Infrastruktur erfolgt aus rechtlichen Gründen von dieser Ebene nicht⁹. Die Bundesländer können im Prinzip frei bestimmen, welche Förderschwerpunkte sie setzen. Dies erfolgt nach Maßgabe politischer Entscheidungen sowie nach Haushaltslage. Die Folge ist eine recht unterschiedliche Ausprägung verschiedener Förderpolitiken in den Ländern. Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, dort wo das meiste Engagement praktisch umgesetzt wird, müssen letztlich die dauerhaften Strukturen geschaffen und zumeist auch finanziert werden. Manche Gemeinden haben sich bereits aktiv auf den Weg gemacht und unterstützen eine ganze Reihe verschiedener Maßnahmen, teilweise wird die gesellschaftliche Bedeutung des Themas jedoch auch noch nicht voll erkannt oder stößt an materielle Grenzen. Es ergibt sich somit auch hier ein recht unterschiedliches Bild.

Jenseits rechtlicher Fragen und föderaler Beschränkungen zeigt sich jedoch in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme öffentlicher Bemühungen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Auf der Bundesebene sind hier z.B. die Einrichtung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Veränderungen im Gemeinnützigkeitsrecht, die Einsetzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag und verschiedene Förderprogramme, wie zuletzt „Engagierte Stadt“ zu nennen. Im Bereich der geförderten Forschungsvorhaben sind insbesondere der in regelmäßigen Abständen durchgeführte Freiwilligensurvey sowie der Engagementbericht der Bundesregierung wichtige Erkenntnisquellen.

Auf Landesebene werden ganz unterschiedliche Akzente gesetzt. Ein einheitliches Bild ergibt sich hier nicht, da sich sowohl die Breite der jeweiligen Maßnahmen, die politische Verankerung des Themas, als auch die strukturelle Ausrichtung der Förderung erheblich unterscheiden. Festzustellen ist, dass der Anteil der Engagierten in den Bundesländern deutlich voneinander abweicht. Dies geht von 48,3 Prozent in Rheinland-Pfalz bis 36,0

⁹ Die in der Föderalismusreform von 2006 mit den Ländern vereinbarten Regelungen (das sog. Kooperationsverbot) untersagen dem Bund eine direkte Finanzierungshilfe der Kommunen.

Prozent in Hamburg, Brandenburg weist eine Engagementquote von 38,7 Prozent auf; die durchschnittliche Engagementquote für Gesamtdeutschland beträgt 43,6 Prozent. In den Großstädten ist der Anteil der Engagierten im Durchschnitt niedriger als auf dem Land. Es zeichnet sich sowohl ein Nord-Süd-Gefälle, als auch ein Ost-West-Gefälle bei der Beteiligung ab. Als Gründe werden hierfür unterschiedliche Faktoren, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Höhe der Erwerbslosenzahlen, die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, die unterschiedliche Vereinsdichte usw. angenommen.¹⁰ Wahrscheinlich ist, dass eine ganze Reihe an hemmenden bzw. förderlichen Faktoren zusammen den Ausschlag geben. Dabei fällt jedoch auf, dass in den Bundesländern, die das Thema sehr hoch auf die Agenda ihrer Politik gesetzt haben, wie etwa Baden-Württemberg, auch besonders hohe Engagementquoten gemessen werden.

Im Land Brandenburg wurde bereits 2005 die Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei eingerichtet. Ihre Hauptaufgaben sieht diese in der Etablierung einer umfassenden Anerkennungskultur, der Verbesserung der Strukturen für das Engagement, womit hier insbesondere Freiwilligenagenturen gemeint sind und die Verbreitung allgemeiner Informationen zum Engagement mit einer Internetseite¹¹. Ebenfalls seit 2005 besteht über die Landesebene ein verbesserter Versicherungsschutz für Ehrenamtliche. Seitdem sind alle Engagierten, die nicht anderweitig abgesichert sind, über eine Rahmenvereinbarung zu Unfall und Haftpflicht in Ausübung ihrer freiwilligen Aktivitäten abgedeckt. Das Land vergibt die Ehrenamtskarte, die ein Zertifikat für die geleistete Tätigkeit darstellt und den Freiwilligenpass, durch den die Engagierten Vergünstigungen, wie ermäßigten Eintritt in kulturellen Einrichtungen oder Rabatte bei bestimmten Vertragspartnern erhalten können. Im Jahr 2013 wurde das Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement und Anerkennungskultur eingerichtet, um die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren zu verbessern. In ihm sind überwiegend landesweit tätige Organisationen aus der Freien Wohlfahrtspflege, aus dem Sport, der Kultur und anderen Bereichen sowie verschiedene Ministerien und politische Institutionen vertreten. Es gibt darüber hinaus Mitgliedschaften kommunaler Einrichtungen, darunter aus Potsdam die Bürgerstiftung, die Universität, die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer, SEKIZ e.V., Soziale Stadt Potsdam e.V. sowie die Landeshauptstadt selbst.

Auch in Potsdam wird eine ganze Reihe von Maßnahmen unterstützt. Zu nennen ist hier die jährliche Verleihung des Potsdamer Ehrenamtspreises, welcher seit 2007 durch eine Jury an besonders verdiente Einzelpersonen oder Initiativen vergeben wird. Des Weiteren gibt es eine finanzielle Förderung verschiedener Träger wie z.B. Soziale Stadt Potsdam e.V. und der Anlauf- und Beratungsstellen der AWO, von SEKIZ e.V. und der Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V., die zu einer besseren Orientierung über Engagementmöglichkeiten in der Stadt beitragen sollen. Zudem wurde mit www.ehrenamt-potsdam.de ein Internetauftritt eingerichtet, der Informationen zum Themenfeld bereitstellt. Wie bereits ausgeführt, wurde auf Grundlage eines SVV-Beschlusses von 2009 auch ein Ehrenamtskoordinator auf städtischer Ebene eingesetzt, der bis zu seiner Pensionierung 2015 unterschiedliche Aufgaben wahrnahm. Diese Stelle ist seitdem jedoch vakant (zu den Details der Potsdamer Engagementunterstützung siehe Abschnitt 5).

¹⁰ Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014, 2016

¹¹ <https://ehrenamt-in-brandenburg.de/>

Überwiegend gehört die Engagementförderung auf allen föderalen Ebenen in Deutschland nicht zu den staatlichen oder kommunalen Pflichtaufgaben – ein Grund für die oft prekäre und wenig nachhaltige Absicherung der notwendigen Maßnahmen und Strukturen. Deren Ausprägung hängt darüber hinaus von örtlichen oder regionalen Gegebenheiten, wie Bevölkerungsabwanderung oder Zuzug, wirtschaftlicher Situation, vorhandenen Organisationsstrukturen usw. ab. Es sind ansonsten nur wenige rechtliche Grundlagen zu finden, die verbindlichen Charakter haben, so etwa im Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten im Bund oder im Land Brandenburg für die Ausstellung des Freiwilligenpasses und die Einrichtung der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei.

Ideal wäre ein abgestimmtes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen, welches sich an den jeweiligen lokalen und regionalen Bedarfen und Möglichkeiten orientiert. Dieses ist allerdings bislang nur in Konturen erkennbar, auch wenn bereits seit 2011 eine Bund-Länder-Kommunen-Gesprächsrunde für diese Fragen existiert. Das Resultat der bisherigen fragmentierten Förderung für das Engagement ist eine weitgehend unabgestimmte und uneinheitliche Politik sowie ein erkennbares Defizit bei der strategischen Ausrichtung der Thematik auf allen föderalen Ebenen. Diesen Befund aufgreifend heißt es in der Engagementstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von 2016: „Wir werden alles dafür tun um sicherzustellen, dass die Engagementinfrastruktur vom Engagementministerium^{*12} so gefördert wird, dass die finanziellen Mittel auch tatsächlich der lokalen, kommunalen Ebene zugutekommen, also der Ebene, auf der das Engagement stattfindet“.¹³ Die Umsetzung dieses begrüßenswerten Vorsatzes könnte ein wichtiger Fortschritt zu mehr Nachhaltigkeit in der Engagementunterstützung sein. Allerdings stehen der Realisierung, wie gezeigt, nicht nur ordnungspolitische Hürden entgegen.

Erst wenige Länder haben bereits eine eigene Engagementstrategie entwickelt. Solche übergeordneten und partizipativ entwickelten Konzepte liegen bislang nur in Baden-Württemberg und Hamburg vor, weitere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Berlin bereiten entsprechende Prozesse vor. Im Land Brandenburg ist ein vergleichbares Verfahren bisher anscheinend nicht vorgesehen.

Auch auf kommunaler Ebene ist, jenseits einer Vielzahl unterstützender und durchaus sinnvoller Einzelmaßnahmen, ein strategisches Angehen der Engagementförderung nur vereinzelt festzustellen. Dabei findet bekanntermaßen hier ein Großteil des Engagements statt. Beispielhaft genannt werden können in verschiedenen Gemeindegrößen Arnsberg, Wolfsburg, Heidelberg und Stuttgart. Diese Städte haben in zum Teil aufwendigen Verfahren entsprechende Konzepte entwickelt.¹⁴ Aufgrund der unterschiedlichen jeweiligen örtlichen Voraussetzungen und Bedingungen ist eine Übertragbarkeit auf andere Kommunen jedoch nur bedingt möglich.

Insgesamt ist die Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen als ein Prozess zu verstehen, „bei dem unterschiedliche Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Staat sowie

¹² Das BMFSFJ ist innerhalb der Bundesregierung federführend für den Bereich der Engagementpolitik zuständig. Jedoch handelt es sich dabei letztlich um eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe.

¹³ *Engagementstrategie BMFSFJ, 2016, S.11*

¹⁴ Öffentlich zugängliche Konzepte sind: *Stadt Heidelberg, 2010; Wolfsburg: Vis a Vis /FOGS GmbH, 2015, a.a.O.*

Wirtschaft und Arbeitsleben zusammen wirken“¹⁵. Im günstigen Fall nehmen hier also nicht allein staatliche und kommunale Partner ihre gemeinsame Verantwortung wahr, sondern die Förderung des Engagements wird als Gemeinschaftsaufgabe aller gesellschaftlichen Sektoren verstanden.

3.5 Möglichkeiten und Grenzen der Studie

Die vorliegende Bestandsaufnahme untersucht vor allem die Dimension des kommunalen Handelns in dem Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure und Ebenen. Hierin wird ein wichtiger Ansatzpunkt für eine wirkungsvolle Engagementförderung gesehen, ohne jedoch die Rolle und Bedeutung der anderen Ebenen – der Organisationen und der Engagierten – und deren eigene Handlungsoptionen zu vernachlässigen.

Um der Komplexität der Thematik gerecht zu werden, wurde das Datenmaterial der vorliegenden Untersuchung in Abstimmung mit der Landeshauptstadt Potsdam mittels einer Mischung aus quantitativen und qualitativen Methoden erhoben. Auftrag war es dabei, die vorhandenen Strukturen und Maßnahmen zu dokumentieren und die möglichen Potenziale der Engagementförderung der Landeshauptstadt Potsdam herauszuarbeiten. Als Auftragnehmerin wurde die Akademie für Ehrenamtlichkeit beauftragt, konkrete Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Bereichs zu erarbeiten. Der Anspruch war hierbei nicht, jegliche möglichen Aspekte des Engagements zu untersuchen. Nicht beauftragt war etwa die systematische quantitative und qualitative Erfassung des Engagement-Ausmaßes in Potsdam. Eine detaillierte Untersuchung über die Anzahl engagierter Menschen in Potsdam, ihre Motivationen, den Umfang des Engagements und diesbezüglich involvierte Organisationen und Bereiche könnte jedoch zukünftig lohnend sein.

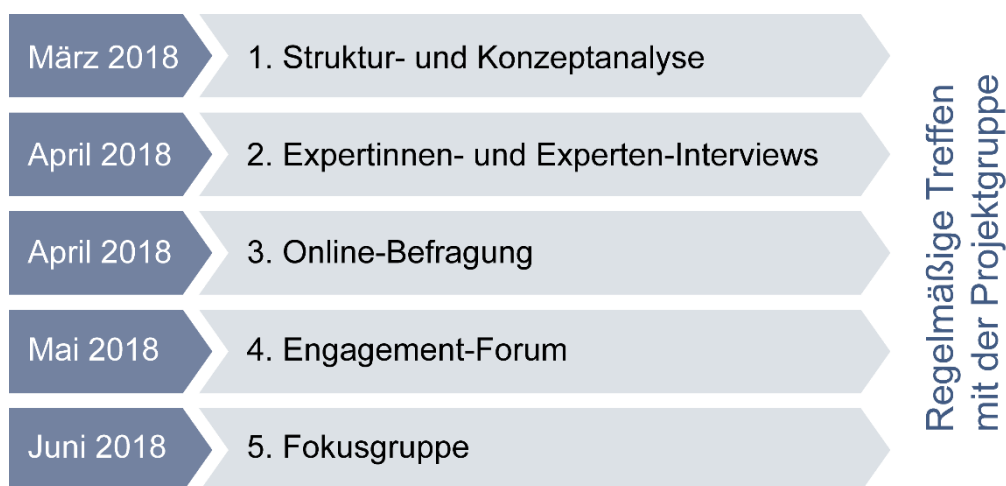
Die mögliche Umsetzung der im Rahmen der Studie beschriebenen bzw. empfohlenen Maßnahmen, die dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger zugutekommen sollen, liegt – nach einem eventuellen Beschluss der politischen Gremien – in der Hand der Stadtverwaltung. Dabei entspricht es gleichzeitig nicht dem Verständnis der Auftragnehmerin, das Engagement einseitig aus kommunaler „Steuerungssicht“ zu sehen. Das Feld zeichnet sich durch eine große Eigendynamik aus, die auch jenseits des Einflusses von Politik und Verwaltung wirksam wird. Es ist ein partnerschaftliches Wechselspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure notwendig, wofür die Kommune ihre spezifische Verantwortung annehmen muss. Um dieses in Zukunft noch besser zu ermöglichen, hierzu will die vorliegende Untersuchung einen Beitrag leisten.

¹⁵ *Olk, Rüttgers, Beinke, 2011, S.4*

4. Methodik

Für die zu erstellende Gesamteinschätzung wurde ein mehrdimensionales Vorgehen gewählt, wodurch unterschiedliche Akteursperspektiven einbezogen werden konnten. Das Verfahren nutzte sowohl sekundäranalytische Ansätze, qualitativ-empirische Methoden, quantitativ-deskriptive Instrumente und partizipative bzw. dialogorientierte Arbeitsweisen. Durch diesen Methoden-Mix sollte sich ein möglichst breites Verständnis der jetzigen Praxis des Engagements und seiner Unterstützung sowie ihrer möglichen Potenziale ergeben.

Zunächst erfolgte eine Sichtung der vorliegenden Konzepte und der daraus ableitbaren Vorstellungen zum Engagement sowie ein Überblick über die in Potsdam vorhandenen Strukturen. Als zweiter Schritt wurde eine Reihe von qualitativen leitfadengestützten Interviews mit ausgewählten Akteuren aus der Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Politik durchgeführt. Parallel dazu erfolgte eine Online-Befragung der Engagierten in Potsdam. Es schloss sich eine Dialogveranstaltung in Form eines „Engagement-Forums“ an. Nach Formulierung der auf Basis der durch diese Maßnahmen gewonnenen Erkenntnisse wurden diese mit verantwortlichen Personen aus der Verwaltung der Landeshauptstadt in einem halbtägigen Workshop diskutiert. Begleitet wurde der gesamte Prozess durch eine fachbereichsübergreifende Projektgruppe aus der Landeshauptstadt, mit der die einzelnen Schritte intensiv beraten und abgestimmt wurden.



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Ziel dieser hermeneutischen Herangehensweise war die Ermöglichung einer ganzheitlichen Betrachtung des zu erschließenden Gegenstandes der Potsdamer Engagementförderung. Deshalb wurde nicht auf eine einzelne Methode gesetzt, sondern das Gesamtbild aus der Verknüpfung der Ergebnisse verschiedener Quellen erschlossen. Es handelt sich insofern nicht um eine theoretische wissenschaftliche Forschungsarbeit, sondern um eine fundierte wissenschaftsbasierte Analyse, die zu abgesicherten Befunden und Einschätzungen führt. Die Auftragnehmerin Akademie für Ehrenamtlichkeit konnte hier im Verbund mit dem Partner 4k Projekte auf eine gemeinsame langjährige Expertise in diesem Arbeitsfeld bauen.

Insgesamt konnte durch dieses Setting ein strukturierter Überblick über die wesentlichen Aspekte der vorherrschenden Praxis der kommunalen Engagementförderung gewonnen werden. Unter Berücksichtigung der lokalen und landespolitischen Rahmenbedingungen und

unter Einbeziehung sekundärer fachlicher Quellen wurden daraus konkrete Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Engagementunterstützung durch die Landeshauptstadt Potsdam entwickelt.¹⁶

4.1 Konzeptanalyse

Um einen Überblick über die vorhandenen Infrastrukturen, Akteure und freiwilligen Aktivitäten zu gewinnen, wurden vorliegende Quellen (Aufstellungen, Übersichten, Konzepte und Leitbilder) gesichtet sowie eine ergänzende Recherche durchgeführt.

Folgende Unterlagen wurden u.a. hierzu herangezogen:

- Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam von 2009
- Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016 – 2020
- Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam von 2016

Zusätzlich wurden auch relevante landespolitische Aspekte mit in die Betrachtung aufgenommen. Hier insbesondere:

- Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014
- Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement in der Brandenburgischen Staatskanzlei

Auch bundespolitische Aktivitäten im Bereich der Engagementförderung wurden in die Betrachtung mit einbezogen, etwa die Engagementstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2016. Ebenso flossen ausgewählte Befunde insbesondere folgender übergeordneter Studien mit ein:

- Freiwilligensurvey 2014
- Zweiter Engagementbericht 2016
- Siebter Altenbericht 2016
- Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002

Damit wurde eine erste kontextuale Einordnung des kommunalen Grundverständnisses des Engagements und seiner aktuellen Förderung möglich. Die durch diese Recherche gewonnenen Erkenntnisse wurden auch genutzt, um die weiteren Schritte der Erhebung vorzubereiten.

4.2 Interviews

Die in der vorherigen Recherche gewonnenen Eindrücke bildeten die Grundlage für die Auswahl der Gesprächspartnerinnen und -partner sowie die Entwicklung des Interviewleitfadens. Beides wurde mit dem Auftraggeber abgestimmt. Kriterien für die Eingrenzung der zu interviewenden Personen waren, dass diese aus unterschiedlichen

¹⁶ Zum besseren Verständnis und Illustration der einzelnen methodischen Schritte werden nachfolgend einzelne Ergebnisse beispielhaft aufgeführt. Die vertiefte Darstellung der Befunde erfolgt in Abschnitt 5.

fachlichen Perspektiven ihre Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement einbringen und fundierte Beiträge zu der künftigen Entwicklung der kommunalen Unterstützung leisten konnten. Es handelte sich um Personen, die in Potsdam in unterschiedlichen Funktionen – hauptamtlich und ehrenamtlich – mit dem Engagement und seiner Förderung fachlich befasst sind. So konnte eine adäquate Mischung von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (unterschiedliche Fach- und Hierarchieebenen), Vertretungen der Stadtpolitik (verschiedene Ausschuss- und Fraktionsvorsitzende), Personen aus der Zivilgesellschaft (aus unterschiedlichen Bereichen und Arbeitsfeldern) sowie weiteren Gesprächspartnern (z.B. von dienstleistenden Unternehmen) erreicht werden.

Maßgabe für die Entwicklung des Leitfadens war die Abdeckung eines breiten Spektrums von relevanten Fragestellungen, die folgenden Kategorien zugeordnet wurden:

- Einstellungen
- Rahmenbedingungen
- Kooperation
- Teilhabe/Integration
- Mitwirkung

Innerhalb dieses Rasters wurden insgesamt 25 unterschiedliche Punkte angesprochen. Dabei ging es beispielweise um folgende Fragestellungen:

- „Was ist für Sie die wichtigste positive Eigenschaft bzw. Wirkung des Engagements?“ (Kategorie 1)
- „Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in den Organisationen ein? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?“ (Kategorie 2)
- „Wie schätzen Sie die fachliche Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Politik und Verwaltung ein? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?“ (Kategorie 3)
- „Welchen Beitrag kann das Engagement zur Integration von geflüchteten Menschen leisten? Welche Anregungen haben Sie hier?“ (Kategorie 4)
- „Welcher Zusammenhang besteht für Sie zwischen Engagement und (politischer) Mitwirkung?“ (Kategorie 5)¹⁷

In diesen leitfadengestützten qualitativen Interviews wurden insgesamt 16 Expertinnen und Experten im Zeitraum vom 11. bis 26. April 2018 befragt. Die jeweils rund 60-minütigen Gespräche wurden telefonisch durchgeführt. Es handelt sich dabei um ein teilstandardisiertes Verfahren, welches Raum für Nachfragen und freies Formulieren ließ. Die Gesprächsaufzeichnungen wurden im Anschluss codiert und angelehnt an die qualitative Inhaltsanalyse ausgewertet.

Es zeigte sich, dass hier ein großes Spektrum von Aussagen generiert werden konnte, jedoch mit unterschiedlicher Intensität bei einzelnen Fragen, abhängig von dem jeweiligen fachlichen Hintergrund und dem Umfang der dazu vorliegenden Expertise. Nicht jede/r

¹⁷ Siehe vollständigen Leitfaden im Anhang.

Teilnehmende konnte zu allen Komplexen in gleicher Weise Auskunft geben oder eine Einschätzung vornehmen. Die Analyse der Befunde ließ für die genannten Kategorien bestimmte typische Muster und wiederkehrende Aussagen erkennen, welche in Form anonymisierter Zitate einbezogen wurden. Zum Beispiel:

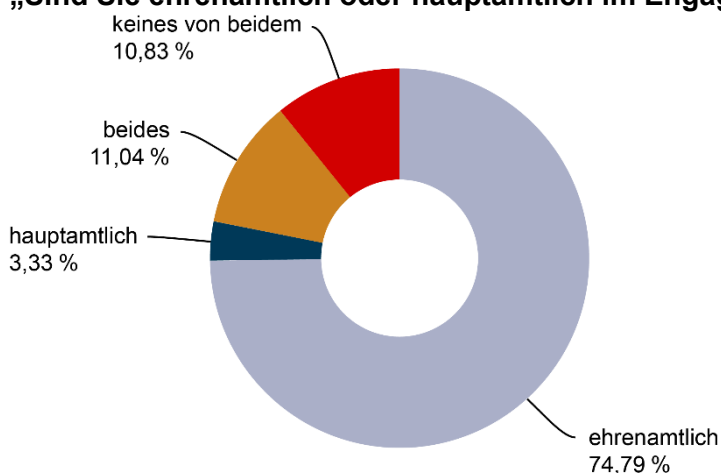
„Ehrenamtliche bringen Zeit, Empathie und Knowhow ein. Manche Leistungen gäbe es ohne die Engagierten gar nicht.“ (Interviewpartnerin auf die Frage, was das freiwillige Engagement für das Gemeinwesen leisten kann.)

„Die Freude, die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu sehen. Die Bestätigung eigene Ziele zu erreichen.“ (Interviewpartner auf die Frage nach der wichtigsten positiven Eigenschaft bzw. Wirkung des Engagements.)¹⁸

4.3 Online-Befragung

Wichtig war es dem Auftraggeber, neben der Einschätzung aus der Sicht der Expertinnen und Experten, welche überwiegend unmittelbar und hauptberuflich mit der Engagementförderung befasst sind, auch die Wahrnehmung der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu erfassen und zu berücksichtigen. Um diese andere Perspektive zu erhalten, wurde ergänzend eine parallele quantitative Befragung durchgeführt. Mit Hilfe der Software *survey-monkey* fand im Zeitraum vom 16. bis 30. April 2018 eine webbasierte-Erhebung statt. Die Bekanntmachung der Umfrage erfolgte im Namen des Potsdamer Oberbürgermeisters über die vorhandenen Verteiler von Initiativen und Vereinen in der Landeshauptstadt. Es handelte sich somit um einen spezifischen Ausschnitt von engagierten Personen und keinen repräsentativen Querschnitt der gesamten Potsdamer Bevölkerung. Bezogen auf die hier untersuchte Thematik und die damit erfragte Einschätzung der Unterstützung des Engagements durch die Landeshauptstadt erscheint aber gerade diese Vorgehensweise angemessen, um die anvisierte Zielgruppe der Beteiligten zu erreichen. Dies zeigte sich bereits in der Beantwortung der Eingangsfrage.

„Sind Sie ehrenamtlich oder hauptamtlich im Engagement tätig?“



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

¹⁸ Zu den befragten Personen, siehe Anhang.

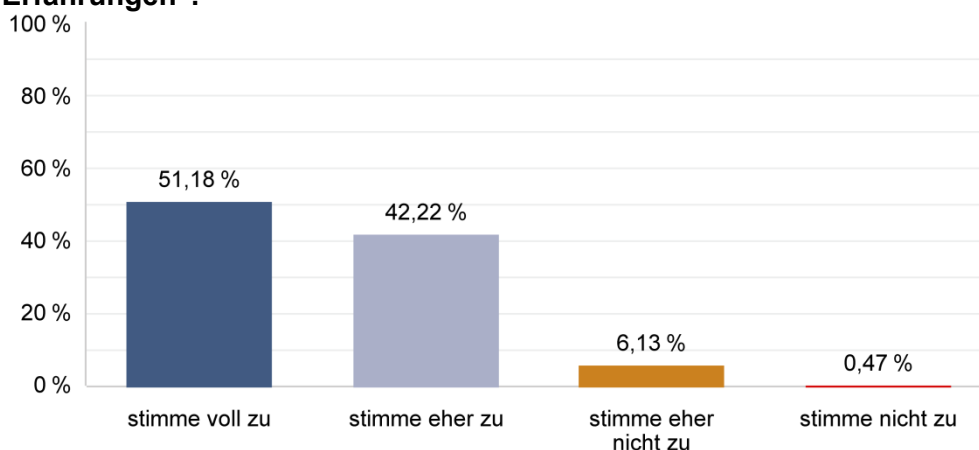
Es konnte, trotz der relativ kurzen Vorlaufzeit, eine recht hohe Rücklaufquote erreicht werden; insgesamt beantworteten 478 Personen größtenteils vollständig den Fragebogen. Dieser umfasste insgesamt 21 Punkte. Es wurden zunächst einige Auswahlmöglichkeiten zur Zuordnung der Befragten (Art und Umfang eigenen Engagements usw.) gestellt. Überwiegend waren jedoch Bewertungen zu unterschiedlichen Aussagen auf einer Viererskala (z.B. *stimme voll* bis *stimme gar nicht zu* bzw. *umfassend* bis *zu gering* oder *sehr gut* bis *eher schwierig*) vorzunehmen. Abschließend wurde zudem auch eine offene Frage gestellt. Zur Absicherung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen und der Vermeidung von Verfälschungseffekten durch die Beantwortung nach sozialer Erwünschtheit erfolgte dies in einem strikt anonymisierten Verfahren.

Zu folgenden Aussagen wurde u.a. eine Einschätzung erbeten:

- „Mit Ehrenamt/bürgerschaftlichem Engagement verbinde ich positive Erfahrungen“ (Skala: *stimme voll zu/stimme eher zu/stimme eher nicht zu/stimme nicht zu*)
- „Wie schätzen Sie die Anerkennung Ihres eigenen Engagements in Potsdam ein?“ (Skala: *hoch/ausreichend/mittelmäßig/verbesserungswürdig*)
- „Die Zusammenarbeit der Organisationen mit Politik und Verwaltung ist...“ (Skala: *sehr gut/eher gut/eher schwierig/sehr schwierig*)
- „Engagement kann zur Integration von geflüchteten Menschen beitragen.“ (Skala: *stimme voll zu/stimme eher zu/stimme eher nicht zu/stimme nicht zu*)¹⁹.

Die Auswertung erfolgte mit den deskriptiven, statistischen Bearbeitungstools der verwendeten Software und einer eigenen zusätzlichen vertiefenden Analyse. Die hierdurch generierten Daten fließen mit in die Befunde ein und dienen zudem der Absicherung der durch die qualitativen Interviews gewonnenen Ergebnisse. Zum Beispiel:

„Mit dem Bürgerschaftlichem Engagement/Ehrenamt verbinde ich positive Erfahrungen“.



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

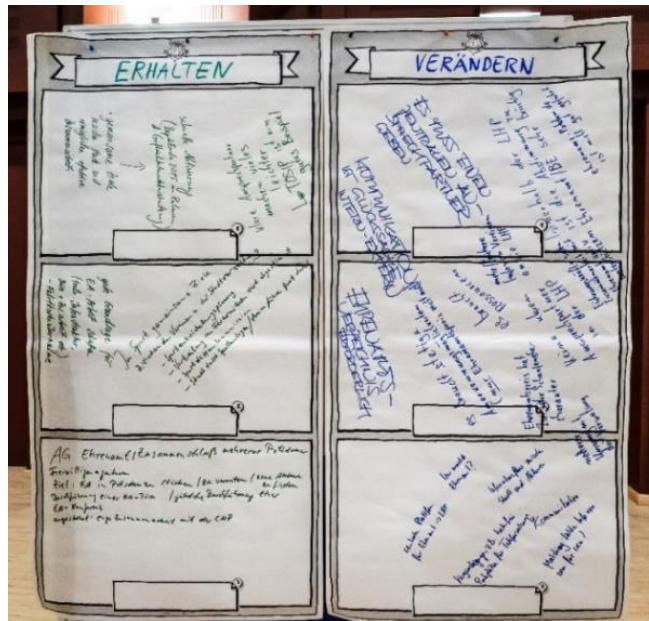
¹⁹ Siehe vollständigen Fragebogen im Anhang.

Es zeigt sich hier in weiten Teilen eine große Kongruenz der Resultate zu den Ergebnissen der Interviewreihe. In Einzelfragen waren jedoch auch deutliche Abweichungen der Einschätzungen feststellbar.

4.4 Engagement-Forum

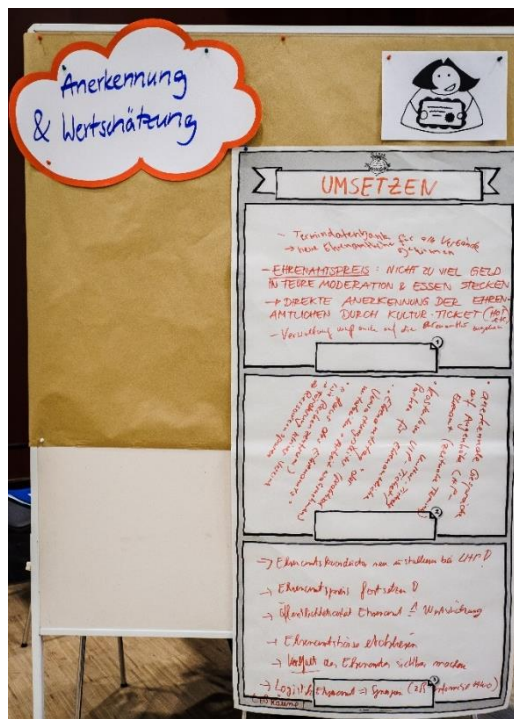
An der dreistündigen Veranstaltung am 14. Mai 2018 im Treffpunkt Freizeit in Potsdam nahmen insgesamt 40 Personen teil. Die Gruppe setzte sich zusammen aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Verantwortlichen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Mitarbeitenden aus der Verwaltung und der Kommunalpolitik. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte auf Vorschlag der begleitenden Projektgruppe und mit Einladung des Oberbürgermeisters.

Durchgeführt wurde das Forum in Form eines World-Cafés, thematisch zugeordneten Gesprächsrunden mit wechselnden Personenkonstellationen.



Dies sollte gewährleisten, dass möglichst viele unterschiedliche Akteure miteinander ins Gespräch kommen. Ausgehend von der Auswertung der Interviewreihe und den Ergebnissen der Online-Befragung standen für die Tischgruppen schwerpunktmäßig die übergeordneten Themen Anerkennung und

Wertschätzung des Engagements, Zusammenarbeit und Vernetzung im Engagement sowie Unterstützung und Förderung des Engagements im Fokus.



Es wurden hierzu drei Runden unter folgenden leitenden Fragestellungen durchgeführt:

- „Was wir erhalten wollen...“
- „Was wir verändern wollen...“
- „Wie wir die Ziele erreichen können...“

Das Angebot zur Beteiligung wurde von den Anwesenden sehr lebhaft genutzt. Es wurde eine Vielzahl an positiven und kritischen Punkten eingebracht und eine ganze Reihe an Vorschlägen zur Verbesserung der Engagementunterstützung.

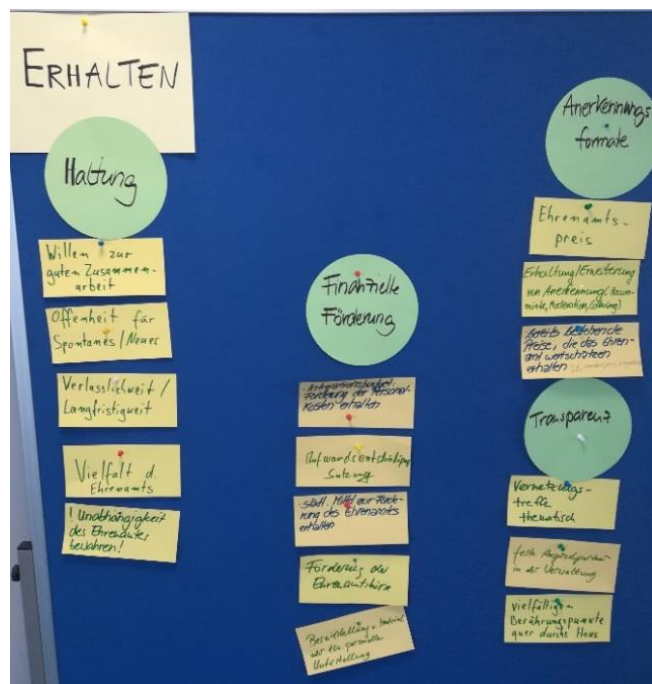
Aus der Vielzahl der unterschiedlichen genannten Punkte und Vorschläge ließ sich nicht ohne Weiteres eine klare Linie erkennen. Einige Aspekte

tauchten sowohl auf der Seite des zu Bewahrenden als auch bei den Änderungsbedarfen auf. Dies stellt jedoch prinzipiell keinen inhaltlichen Widerspruch dar, sondern ist vielmehr Ausdruck der Ambivalenz der Wahrnehmungen aus unterschiedlichen Perspektiven. Nicht alles, was etwa aus Sicht der Stadtverwaltung wertschätzend oder ausreichend ist, wird vom Feld der Aktiven auch so empfunden. Nicht alles, was Hauptamtliche positiv einschätzen, wird von den Ehrenamtlichen ebenfalls so wahrgenommen. Und was der eine Engagierte als positiv wahrnimmt, bewerten andere Engagierte als ungenügend. Dessen ungeachtet, ließen sich in der Gesamttendenz bestimmte typische Aussagen markieren.

Damit ergab sich, bei aller Vielfalt, erneut eine relativ hohe Übereinstimmung zu den zuvor bereits festgestellten Befunden aus Interviews und Online-Befragung (zu einer vertiefenden Analyse der Ergebnisse siehe Abschnitt 5).²⁰

4.5 Fokusgruppe

Zum Ende der Erhebungsphase wurde ein halbtägiger Workshop durchgeführt, in dessen Zentrum die intensive Diskussion der gewonnenen Ergebnisse und der vorläufigen Empfehlungslinien des Untersuchungsteams stand. Die 18 Teilnehmenden waren verantwortliche und leitende Kräfte aller Geschäftsbereiche der Potsdamer Stadtverwaltung, wobei die engagementrelevanten Fachbereiche überwiegend vertreten waren. Im Verlauf der Debatte wurden u.a. die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Verwaltungseinheiten deutlich – den Beteiligten wurde die Vielschichtigkeit der Thematik erneut bewusst. In kleinen Arbeitsgruppen wurden, wieder unter den Aspekten „Erhalten“ und „Verändern“, die zuvor präsentierten Tendenzen der Erhebung und deren mögliche Folgerungen für die künftige kommunale Förderpolitik diskutiert und ergänzt. Die Interpretationen und angebotenen Hypothesen des Erhebungsteams wurden dabei weitgehend gestützt.



4.6 Projektgruppe

Während der gesamten Erhebung gab es eine enge Begleitung durch die fachübergreifend zusammengesetzte Projektgruppe, mit der die einzelnen Prozessschritte intensiv beraten und abgestimmt wurden.

²⁰ Zu den beteiligten Organisationen, siehe Anhang.

Die mitwirkenden Personen waren:

Ulrike Kreutzer, Geschäftsbereich 1, Strategische Steuerung

Michael Kroop, Geschäftsbereich 2, Koordinator für die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

Jörg Bindheim, Geschäftsbereich 3, Planung und Steuerung im Bereich Soziales und Gesundheit

Nicole Reinhardt, Geschäftsbereich 4, Grünflächenpflege und Verkehrssicherung

Nils Jonas, Geschäftsbereich 9, WerkStadt für Beteiligung

Sebastian Karnstaedt, Geschäftsbereich 9, WerkStadt für Beteiligung

Beteiligt waren somit in diesem Gremium alle Geschäftsbereiche und Mitarbeitende verschiedener Fachbereiche, die mit unterschiedlichen Aspekten der Engagementförderung befasst sind. Operativ begleitet wurde das Projekt von der WerkStadt für Beteiligung. Die gemeinsame Federführung lag bei den Geschäftsbereichen 3 und 9.

Die Auftragnehmerin konnte auf diese Weise die Binnenperspektive der unmittelbar zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Potsdamer Stadtverwaltung kennenlernen und ihre Expertise einbeziehen. Die Beteiligten brachten sich auch auf den anderen Prozessebenen, z.B. als Tischverantwortliche beim Engagement-Forum, aktiv mit ein. Dieses Vorgehen hat sich als sehr produktiv erwiesen und ermöglichte von vornherein einen bereichsübergreifenden Zugang, der dem Engagement als Querschnittsthema der Verwaltung angemessen ist. Auch mit Blick auf die Implementierung und Umsetzung der Empfehlungen erscheint dieser Ansatz erfolgversprechend.

Insgesamt konnte so im engen Dialog mit der Verwaltung, den aus quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden gewonnenen Befunden sowie den Erkenntnissen des Beteiligungsformats eine belastbare Basis für die Analyse des Ist-Standes als angemessene Voraussetzung für die Formulierung der Empfehlungen und für die Weiterentwicklung der Engagementunterstützung in Potsdam geschaffen werden.

5. Befunde

Wie ist es nun quantitativ und qualitativ um das Engagement und seine Förderung in Potsdam bestellt? Welche Ausprägungen lassen sich hinsichtlich der Dimensionen Grundhaltung, Anerkennung, Zusammenarbeit, Finanzierung, Koordination und der strategischen Ausrichtung insbesondere in Bezug auf das Handeln der Landeshauptstadt erkennen?

Nachfolgend werden die zusammengeführten Ergebnisse, die sich aus der kumulativen Analyse aller Erhebungselemente ergeben haben, nach diesen wesentlichen Kategorien geordnet, dargestellt und erste Bewertungen vorgenommen.

5.1 Engagement in Potsdam

Was bisher deutlich wurde: In Potsdam ist eine Vielzahl von Menschen – Ältere wie Jüngere, Alteingesessene wie Neuhinzugekommene – in ganz unterschiedlichen Bereichen freiwillig tätig. Diese Aktiven setzen sich ein im Sport, in der Kultur- und Bildungsarbeit, im Umweltschutz, für soziale und gesundheitliche Fragen, in den Rettungs- und Hilfsdiensten und in vielen anderen Themengebieten.

„Potsdam hat eine grundsätzlich aktive Bürgerschaft und ein reiches Vereinsleben.“
(ein Interviewpartner)

Es liegen hierzu keine genauen Zahlen vor. Die Landeshauptstadt erfasst eine ganze Reihe an statistischen Daten, von der Erwerbslosenquote bis zur Wahlbeteiligung. Sie führt zudem regelmäßig eine repräsentative Befragung der Bürgerinnen und Bürger („Leben in Potsdam“) durch. Angaben zu Umfang und Art des freiwilligen Engagements sind jedoch dabei bislang nicht erhoben worden.

Der Deutsche Freiwilligensurvey erfasst diese Größen nur bis auf die Ebene der Bundesländer. Geht man jedoch zumindest vom Durchschnitt des Engagements im Land Brandenburg mit 38,7 Prozent aus²¹, so wären das in Potsdam rechnerisch bei einer Bevölkerung von aktuell über 175.000 rund 68.000 Menschen, die sich in irgendeiner Weise freiwillig, mehr oder weniger regelmäßig, in das Gemeinwesen einbringen. Eine Annahme von deutlich über 50.000 Freiwilligen erscheint plausibel, da Potsdam eine wachsende und attraktive Stadt mit hoher Lebensqualität, ausgebauter Infrastruktur und insgesamt guten wirtschaftlichen Rahmendaten ist. Diese Faktoren bilden nach allen vorliegenden Studien gute Voraussetzungen für ein hohes Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner. Auch eine relativ hohe Vereins- bzw. Organisationsdichte bedeutet zwar nicht automatisch mehr Engagement, ein Großteil der freiwilligen Aktivitäten findet aber in organisierter Form statt. Nach den verfügbaren Quellen der Landeshauptstadt sind derzeit 1.088 Vereine in Potsdam

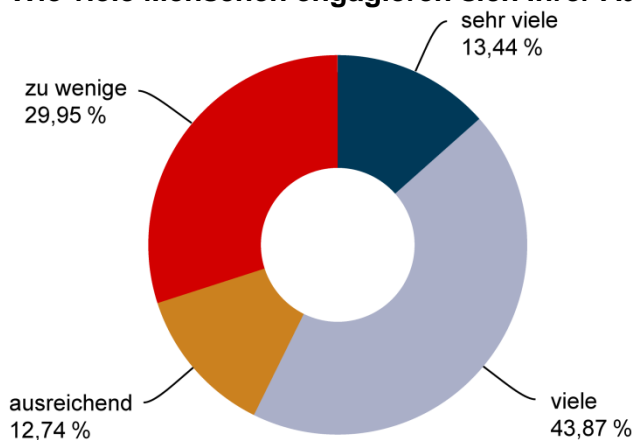
²¹ *Deutscher Freiwilligensurvey 2014, 2016*

registriert.²² Weitere Aussagen zu deren Mitgliedschaft und Wirken können jedoch aufgrund fehlender Daten aktuell nicht getroffen werden²³.

Viele engagieren sich

Diese, mit der gebotenen Vorsicht vorgenommene, Einschätzung der Zahlen und ihrer Fundierung deckt sich mit den Eindrücken der befragten Expertinnen und Experten, die das Engagement in Potsdam einhellig als „lebendig“ und „vielfältig“ bezeichnen und die Beteiligung im Engagement überwiegend als sehr hoch oder hoch einschätzen. Auch die subjektive Wahrnehmung der Engagierten selbst stützt die zuversichtliche Annahme zur Quantität des Potsdamer Engagements.

Wie viele Menschen engagieren sich Ihrer Auffassung nach in Potsdam?



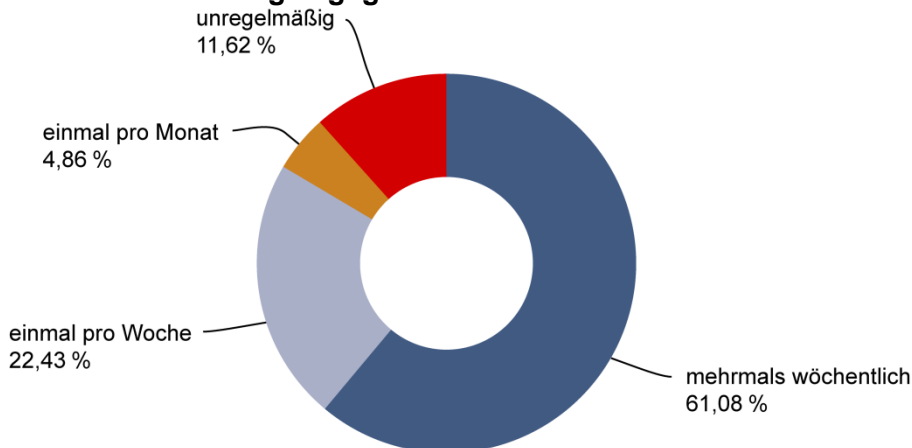
Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Rund 70 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass sich in Potsdam sehr viele bzw. viele oder zumindest ausreichend Menschen engagieren, ungefähr 30 Prozent finden jedoch, dass es zu wenige sind. Die Mehrheit der Engagierten sieht sich somit als Teil dieser aktiven Bürgerschaft, dennoch wird auch weiterer Bedarf gesehen. Es muss hier gesagt werden, dass sich insbesondere die sogenannten Hochengagierten an der Befragung beteiligt haben: gut 60 Prozent der Befragten sind mehrfach in der Woche freiwillig tätig, weitere 22 Prozent einmal wöchentlich. Daraus ergibt sich ein spezifischer durch persönliche Erfahrungen gekennzeichnete Blickwinkel auf die Thematik. Die Befragten sind damit als Expertinnen und Experten in eigener Sache anzusehen.

²² <http://www.ag-potsdam.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.532531.de>

²³ In Deutschland gibt es im Durchschnitt sieben Vereine je 1.000 Einwohner, wobei das Land Brandenburg exakt im Mittel liegt. Damit wäre Potsdam leicht unter diesem Landesschnitt angesiedelt; *ZIVIZ-Survey 2012, 2013*

In welchem Umfang engagieren Sie sich?



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Freiwillige gewinnen

Insbesondere in der Arbeit mit Geflüchteten habe sich gezeigt, wie groß die Engagementbereitschaft der Bevölkerung sei. Das Engagement in diesem Bereich scheint jedoch tendenziell etwas abzunehmen. Dafür wird die verschärfte gesellschaftliche Debatte hierzu verantwortlich gemacht, die die Freiwilligen erheblich belastet; neue Engagierte sind hier nur schwer zu finden. Mitunter wird auch ein Nachwuchsproblem in anderen Bereichen gesehen; für dauerhafte und regelmäßige Tätigkeiten können sich nach Meinung der Befragten vor allem Jüngere weniger begeistern. Diese Einschätzung zeigte sich teilweise in der Befragung und im Engagement-Forum.

„Wir müssen Anreize für junge Menschen schaffen, sich auch zu beteiligen.“

„Die Attraktivität des Ehrenamts sollte vor allem für junge Menschen verbessert werden.“ (Aussagen aus der offenen Online-Fragestellung)

Teilweise wird jedoch auch weiteres Potenzial an neuen Engagierten, z.B. bei den aktiven Älteren vermutet, welches möglicherweise jedoch einer anderen und gezielten Ansprache bedarf. Es könnten etwa auch Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete verstärkt als Engagierte angesprochen werden und nicht nur als Hilfeempfänger.

Gute Voraussetzungen

Insgesamt werden das Ausmaß und die Breite des freiwilligen Engagements in der Kommune von den Befragten als sehr groß eingeschätzt, wofür die insgesamt guten Lebensbedingungen als fördernde Faktoren angesehen werden.

„Potsdam ist eine lebendige, wachsende Stadt, in der sich viele Menschen gerne einbringen.“ (ein Interviewpartner)

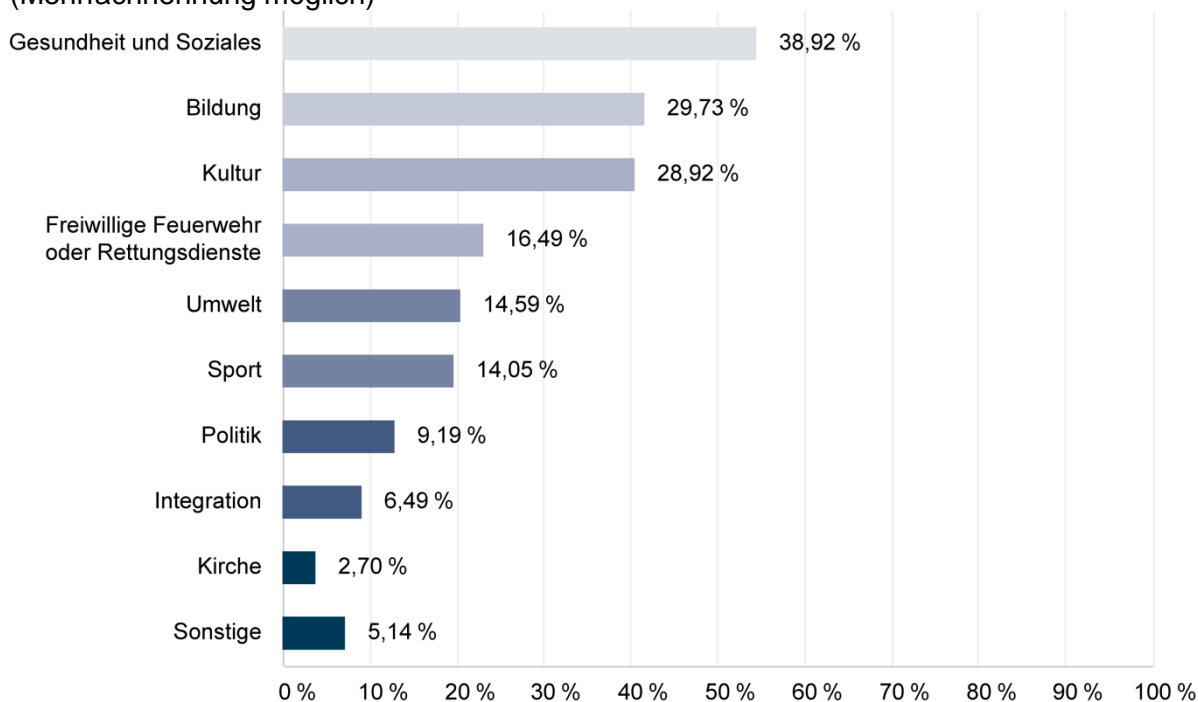
Es zeigt sich hier der durch verschiedene andere Studien belegte Befund, dass freiwilliges Engagement besonders dort stark ausgeprägt ist, wo die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, wo es tendenziell weniger wirtschaftliche Ungleichheit und eine bessere Regelversorgung und ausreichend professionelle Dienste gibt. Wer seine eigene Situation als gut einschätzt und sich sozial aufgehoben fühlt, ist offenbar eher bereit und in der Lage sich auch für andere einzusetzen.

„Potsdam hat eine gute Mischung der Bevölkerung. Gute Lebensbedingungen fördern das Engagement.“ (eine Interviewpartnerin)

Hinsichtlich der Engagementbereiche der Befragten ergibt sich eine relativ gleichmäßige Verteilung mit leichtem Vorsprung von Gesundheit und Soziales, gefolgt von Bildung und Kultur. Mit etwas Abstand folgen die Rettungsdienste, Umwelt und Sport. Weitere häufiger genannte Bereiche sind Politik, Integration und kirchliches Engagement. Insgesamt ergibt sich damit eine Verteilung auf alle gängigen Themen, wie sie auch den Befunden des Freiwilligensurveys weitgehend entspricht. Der Bereich Sport, als sonst größter Bereich, fällt hier etwas aus der Reihe, was einer etwas geringeren Umfragebeteiligung von Engagierten aus diesem Segment geschuldet sein kann und insofern keine valide Aussage über die tatsächliche Verteilung der Engagementbereiche in Potsdam zulässt.²⁴

In welchem/n Bereich/en engagieren Sie sich?

(Mehrfachnennung möglich)



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Daten erheben

Wie bereits angemerkt, sind diese quantitativen Aussagen nicht repräsentativ für die Potsdamer Gesamtbevölkerung. Die aufgezeigte Tendenz erscheint unter Einbeziehung vorliegender empirischer Erkenntnisse aus anderen Studien dennoch stimmig. Es kann hier angeregt werden, dass die Landeshauptstadt ihre ohnehin regelmäßig durchgeführte Befragung „Leben in Potsdam“ um dieses Themenfeld erweitert. Dadurch wären künftig abgesicherte Daten für eine gezielte Planung der Engagementunterstützung verfügbar.

²⁴ Die Antworten „Sonstige“ wurden soweit möglich den betreffenden Bereichen zugeordnet.

5.2 Haltung und Selbstverständnis

Für die Entwicklung des Engagements sind jedoch auch die eher „weichen“ Faktoren wichtig, etwa eine grundsätzlich positive Grundstimmung in der Stadt und eine aufgeschlossene Einstellung der Verwaltung zur Thematik. Beides fördert ein soziales Klima des Miteinanders. Vor einem solchen Hintergrund ist es wahrscheinlicher, dass sich das Engagement breit und nachhaltig entfalten kann. Wichtig ist zudem die Selbstwahrnehmung der Engagierten: Kann ich etwas bewirken? Habe ich Freude an der Tätigkeit? Bekomme ich eine gute Resonanz auf mein Engagement? Werden auch meine eigenen sozialen Kontakte und Kompetenzen dadurch gestärkt?

In der Länderauswertung des Freiwilligensurveys für Brandenburg stimmen Engagierte mit dem größten Anteil der Aussage zu, dass sie Spaß an ihrem Engagement haben. Ebenfalls hohe Zustimmungswerte erhalten die Aussagen, dass die freiwillig Engagierten mit anderen Menschen oder anderen Generationen zusammenkommen wollen sowie die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten wollen²⁵. Gemeinhin werden dem Engagement überwiegend positive Eigenschaften und Wirkungen zugeschrieben. Auch in der vorliegenden Untersuchung bestätigt sich diese Einschätzung von Seiten der Engagierten; insoweit ein wenig überraschender Befund. Es gibt nur einen eher kleinen Anteil von knapp 7 Prozent der Befragten, die auch negative Erfahrungen damit verbinden. Die überwältigende Mehrheit sieht das Thema grundsätzlich positiv. Dies ist ein Hinweis darauf, dass das eigene Tun als sinnvoll und wirksam eingeschätzt wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass kritische Aspekte ausgeblendet werden, wie sich noch zeigen wird. Fast alle Befragten stimmen der generellen Aussage zu, dass das freiwillige Engagement viel für das Gemeinwesen leisten kann.

Dies können unterschiedliche Beiträge sein. Ein besonderes Spezifikum des freiwilligen und eben gerade nicht beruflichen Tuns ist, dass es in ganz anderer Weise auf emotionale Bedürfnisse derjenigen eingehen kann, die dadurch Hilfe und Unterstützung erhalten. Insofern ist es auch durch professionelle Dienste nicht „ersetzbar“, sondern hat seine eigene Berechtigung und besondere Qualität. Dies wurde in den Interviews und den anderen Erhebungsformaten in unterschiedlicher Akzentuierung deutlich angesprochen.

„Die menschliche Nähe ist das Wesentliche. Engagierte haben keine Distanz, im Gegensatz zu professionellen Diensten.“ (ein Interviewpartner)

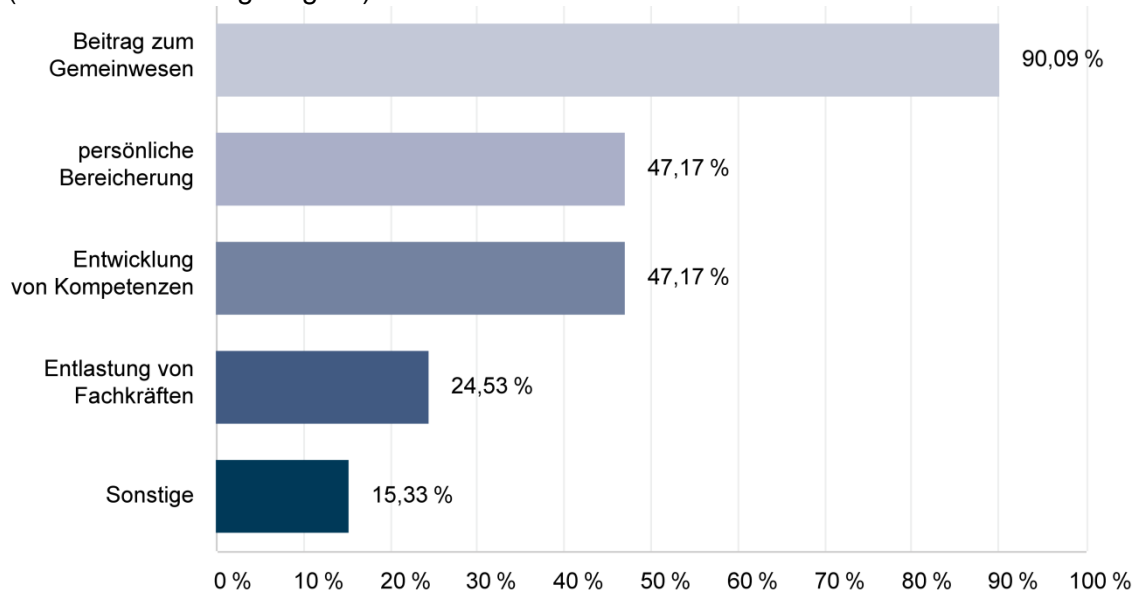
„Ehrenamtliche bringen Zeit, Empathie und Knowhow ein. Manche Leistungen gäbe es ohne die Engagierten gar nicht.“ (eine Interviewpartnerin)

Oftmals werden mehrere Wirkungen zusammen genannt. Die Wechselwirkung des freiwilligen Handelns und die Vielschichtigkeit seiner Wirkungen und Erträge sind den befragten Akteuren somit durchaus bewusst. Eine einseitige Reduzierung des Engagements auf die Dimension des Helfens scheidet damit aus. Über 90 Prozent wollen zwar einen Beitrag zum Gemeinwesen leisten, aber jeweils 47 Prozent sehen auch die persönliche Bereicherung und die Entwicklung eigener Kompetenzen durch das Engagement als wichtig an. Rund ein Viertel sieht zudem eine Entlastung der hauptamtlichen Kräfte durch die freiwilligen Aktivitäten.

²⁵ Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014, 2016

Welches ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Wirkung des Engagements?

(Mehrfachnennung möglich)



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

„Engagement bedeutet Zuwendung, menschliche Anteilnahme und konkrete Hilfe. Engagierte können auch mehr Zeit als professionelle Dienste einbringen. Allerdings ist das Ehrenamt nur als Ergänzung der kommunalen Leistungen zu sehen.“ (ein Interviewpartner)

Es ist wichtig wahrzunehmen, dass es sich beim Engagement um ein Geben und Nehmen handelt. Auch die Hilfeleistenden erhalten etwas zurück, z.B. das Gefühl gebraucht zu werden, oftmals ein direktes Dankeschön von den unterstützten Personen, aber auch die Möglichkeit etwas zum Besseren zu bewirken. Dies wird einhellig von allen Befragten aus dem Feld so gesehen, rund 96 Prozent stimmen folgender Aussage zu: „Das freiwillige Engagement ist auch für die Aktiven selbst ein Gewinn.“

„Hilfestellung für diejenigen, die es brauchen. Aber auch wer Hilfe leistet, bekommt etwas zurück.“ (eine Interviewpartnerin)

„Die Freude, die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu sehen. Die Bestätigung eigene Ziele zu erreichen.“ (ein Interviewpartner)

Es wird hier insgesamt eine differenzierte Sichtweise auf das Engagement in Potsdam deutlich. Dies gilt sowohl aus professioneller Perspektive, als auch für die Engagierten selbst. Damit bestehen neben den guten wirtschaftlichen Bedingungen (siehe 5.1) auch positive ideelle Voraussetzungen für seine weitere Entfaltung und ein weitgehender Konsens zur gesellschaftlichen Bedeutung und dem hohen sozialen Stellenwert des Engagements. So ist im Leitbild der Landeshauptstadt von 2016 zu lesen: „*Potsdam ist eine lebenswerte Stadt, weil ihre Einwohnerinnen und Einwohner sich auf vielfältige Weise engagieren*“²⁶. Auch das Ehrenamtskonzept von 2009 kommt bereits zu der Einschätzung, dass das Engagement

²⁶ Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam, 2016 a.a.O.

„das Fundament der Bürgergesellschaft“²⁷ ist. Diese grundsätzlich wertschätzende Haltung ist wichtig. Sie sollte jedoch den Blick auf die gleichwohl vorhandenen Herausforderungen und Probleme nicht verstellen. Denn: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist keine Selbstverständlichkeit und also kein „nachwachsender Rohstoff“. Es reicht nicht, diese Grundsätze im Leitbild verankert zu sehen, sie müssen auch im Alltag gelebt werden. Hier gibt es aus Sicht der Engagierten mitunter Diskrepanzen in der Praxis des Verwaltungshandelns.

„Das Gefühl, wir wissen, was ihr leistet, fehlt manchmal.“

„Die Verwaltung muss auf die Ehrenamtlichen zugehen.“ (Aussagen aus dem Engagement-Forum)

Von den Teilnehmenden des Engagement-Forums wurde teilweise eine größere Offenheit der Verwaltung für die Ideen der Bevölkerung gefordert. Manche Engagierten wünschen sich einen stärker partnerschaftlichen Umgang. Auf der anderen Seite sehen aber auch manche zuständigen Mitarbeitenden in der Landeshauptstadt ihren Einsatz gelegentlich zu wenig anerkannt. Hier könnte mit einer größeren Dialogorientierung das gegenseitige Verständnis verbessert und die Basis für eine wirkungsvollere Zusammenarbeit gestärkt werden.

5.3 Infrastruktur

Als wichtige Vernetzungs- und Orientierungspunkte wurden in der Vergangenheit in Potsdam bereits die Anlaufstellen, Ehrenamtsagenturen und andere Organisationen, erkannt. Im Idealfall bündeln diese Einrichtungen trägerneutral und bereichsübergreifend Informationen, die der Freiwilligenarbeit insgesamt zu Gute kommen. Sie können damit wichtige Knotenpunkte sowohl für den Wissenstransfer der Organisationen untereinander sein, als auch für Engagierte und Interessierte die notwendige Auskunft und Beratung sowie die passende Vermittlung bieten. In Potsdam wurden einige Einrichtungen identifiziert, die diese Aufgaben leisten. Im Ehrenamtskonzept von 2009 wurden explizit aufgeführt:

- Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.
- Ehrenamtsagentur der Arbeiterwohlfahrt
- SEKIZ e.V. Freiwilligenagentur
- Treffpunkt Freizeit des Malteser Hilfsdienst
- Soziale Stadt Potsdam e.V.

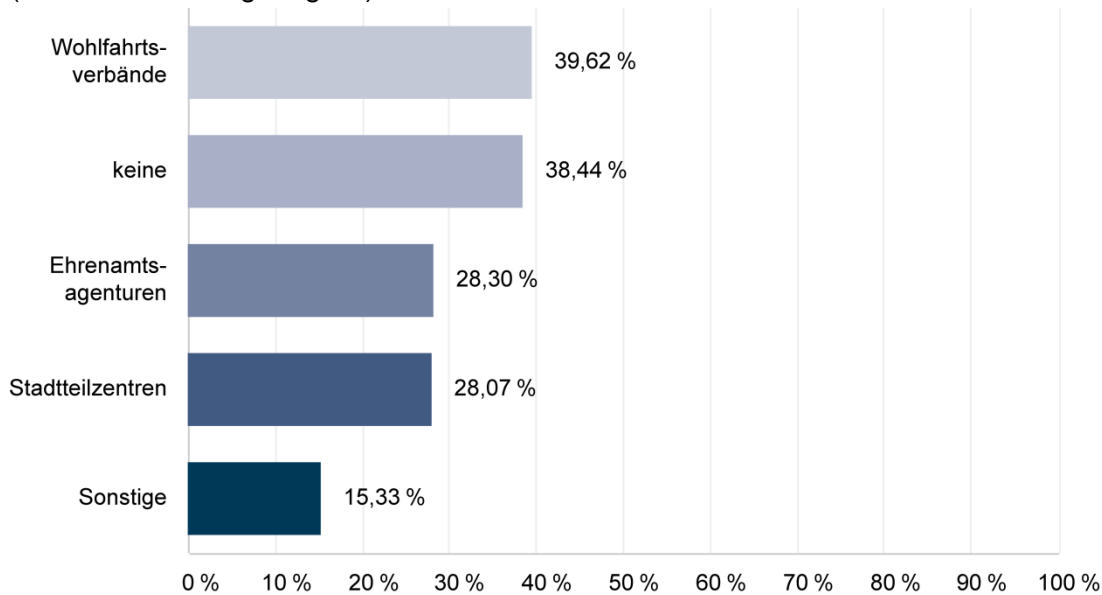
Darüber hinaus leisten auch andere Träger und Vereine wichtige Teilaufgaben, tun dies in der Regel jedoch bereichs- oder verbandsspezifisch. Außerdem sind insbesondere die Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren oder auch die Potsdamer Bürgerstiftung als weitere Infrastrukturen für das Engagement zu nennen.

Eine wichtige Grundbedingung ist zunächst die allgemeine Bekanntheit dieser Einrichtungen, was jedoch aktuell nur teilweise der Fall ist. Zwar findet sich im Internet eine knappe Übersicht von Anlaufstellen²⁸, vielen der Befragten scheinen diese Anlaufstellen jedoch nicht geläufig zu sein.

²⁷ Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam, 2009 a.a.O.

²⁸http://www.ehrenamt-potsdam.de/wp-content/uploads/2018/03/2017_Kontakte_Ehrenamtslandschaft.pdf

Welche Anlaufstellen, die über Engagement informieren, sind Ihnen bekannt?
(Mehrfachnennung möglich)



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Weniger als ein Drittel nannte die Ehrenamtsagenturen, ebenso häufig erwähnt wurden die Stadtteilzentren. Deutlich bekannter sind die einzelnen Träger und Verbände. Zusammen mit den unter „Sonstige“ genannten Organisationen macht dies einen Bekanntheitsgrad von rund 47 Prozent dieser Einrichtungen aus. Weit über ein Drittel konnte überhaupt keine Einrichtung dieser Art benennen. Dies ist umso bemerkenswerter, da die Befragten ganz überwiegend aus dem Engagementbereich kommen. Dieser Befund wiederholte sich im Ansatz in der Befragung der Fachleute aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Auch hier waren die verschiedenen Anlaufstellen, insbesondere die Ehrenamtsagenturen, nur zum Teil und auch nicht allen Interviewten bekannt.

Damit ist jedoch keine direkte Aussage zur Qualität der geleisteten Arbeit dieser Einrichtungen verbunden. Es hätte den Rahmen des Auftrags der vorliegenden Untersuchung überschritten, verlässlich zu evaluieren, ob die genannten Anlaufstellen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen (können), insofern kann ihre Tätigkeit hier nicht adäquat abgebildet werden. Es wurden jedoch von einigen Teilnehmenden Zweifel an deren Leistungsfähigkeit geäußert z.B. habe die Vermittlung von Ehrenamtlichen nicht wie erwartet funktioniert oder die professionelle Unterstützung seitens der Anlaufstellen sei zu gering.

Vor dem Hintergrund, dass den Beratungsstellen eine wichtige Schnittstellenfunktion zugewiesen wurde, wäre die Klärung ihres Profils allerdings von entscheidender Bedeutung. Dabei darf nicht verkannt werden, dass es sich um ein anspruchsvolles Portfolio handelt, welches eine angemessene personelle Ausstattung und eine entsprechende Fachkompetenz voraussetzt. Ob dies beim jetzigen Zuschnitt gegeben ist, könnte nur durch eine intensive Auseinandersetzung mit dieser wichtigen Infrastruktur festgestellt werden. Alle vorliegenden Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass in einer leistungs- und aufgabengerechten

Aufstellung solcher Einrichtungen ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Weiterentwicklung der lokalen Engagementunterstützung liegt²⁹.

Ehrenamt braucht Hauptamt³⁰

Darüber hinaus besteht auch in den Trägerorganisationen permanenter Koordinierungsbedarf, der nach Einschätzung der Aktiven durch die jetzige Personalausstattung zu wenig oder gar nicht abgedeckt ist. Häufiger wurde im Rahmen der Erhebung die Forderung nach einer auskömmlichen Förderung der notwendigen personellen Ressourcen laut.

„Die Ehrenamtskoordination der freien Träger muss finanziert werden.“

„Wir brauchen hauptamtliches Personal für das Ehrenamt.“ (Aussagen aus dem Engagement-Forum)

Das vorhandene Personal habe oftmals nicht die nötige Zeit, um die Freiwilligen angemessen einzuarbeiten und zu begleiten. Dies ergibt sich aus Rückmeldungen in der Online-Befragung, des Engagement-Forums und der Beratung in der Fokusgruppe. Möglicherweise ist auch zum Teil nicht ausreichend fachliches Know-how vorhanden, um diese wichtige Aufgabe überall adäquat leisten zu können.

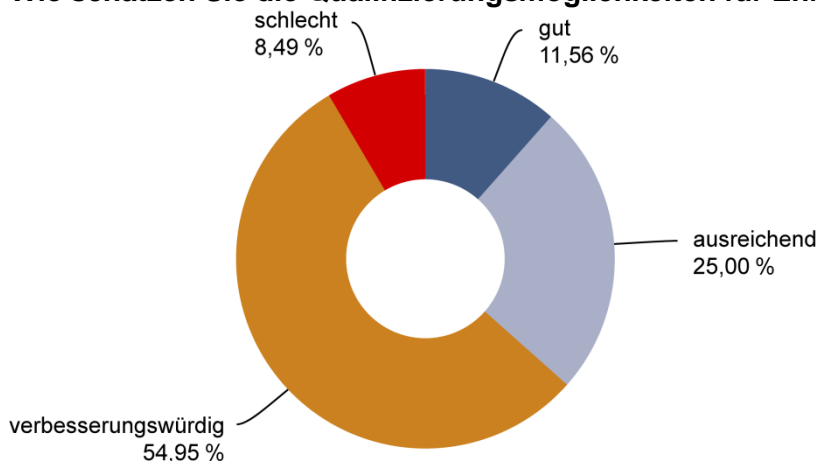
Qualifikation

Verbunden damit ist auch die Frage nach Fort- und Weiterbildungen für Ehrenamtliche. Dem Bedarf hierfür müsste ebenfalls noch mehr auf den Grund gegangen werden, da in der Erhebung nur nach einer Einschätzung der jetzigen Qualifizierungen für Ehrenamtliche gefragt wurde. Bislang sind entsprechende organisationsübergreifende Angebote den Aktiven in Potsdam überwiegend nicht bekannt. Lediglich ein gutes Drittel hält die jetzigen Qualifikationsmöglichkeiten für gut oder ausreichend, knapp zwei Drittel sieht sie hingegen als verbesserungswürdig oder schlecht an.

²⁹ Siehe z.B. *Generali-Engagementatlas 2015 - Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland. 2015*

³⁰ Es gibt natürlich auch eine ganze Reihe von Organisationen, die ausschließlich ehrenamtlich arbeiten. Gemeint sind hier v.a. größere Strukturen.

Wie schätzen Sie die Qualifizierungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche in Potsdam ein?



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Es deutet sich hier ein zusätzlicher Bedarf an. Gewünscht werden z.B.:

„kommunal finanzierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche“ (Aussage aus der Online-Befragung).

Als Inhalte wurden Fragen des Vereinsrechts, der Buchhaltung oder Informationen zum Datenschutz genannt. Dies beträfe eher Ehrenamtliche in leitenden Funktionen, aber es besteht offenbar auch ein allgemeiner Bedarf. Hilfreich könnten zudem eine Abstimmung der bestehenden Angebote der Träger und der VHS untereinander sowie deren bessere Bekanntmachung sein. Angesprochen wurde vereinzelt die Möglichkeit der Supervision in besonders belastenden Engagementfeldern.

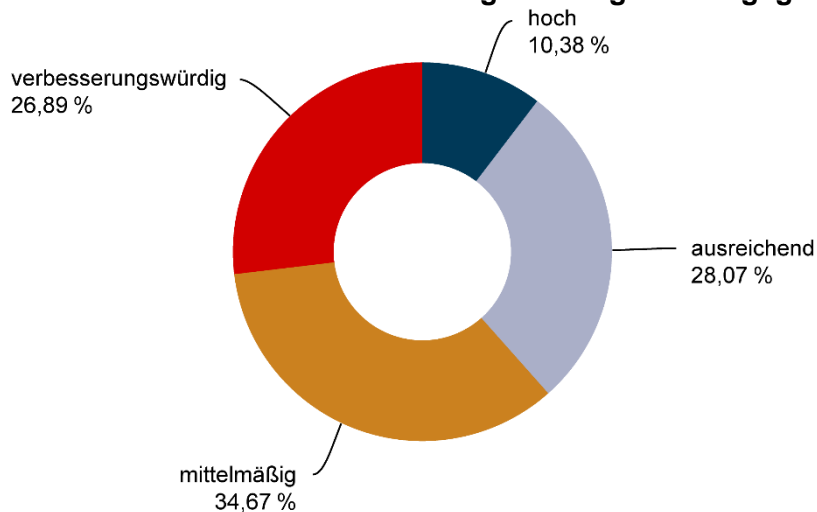
„Von manchem habe ich erst aus der Zeitung erfahren, als es bereits vorbei war. Da hätte ich mir mehr Information vorab gewünscht, um Angebote aktiv wahrnehmen zu können.“ (Aussage aus der Online-Befragung)

Der gesamte Themenkomplex der Qualifikation bedarf jedenfalls, so der Eindruck, einer eingehenden Untersuchung und sollte im Rahmen der Auseinandersetzung über die künftige fachliche Aufstellung und Aufgabenverteilung eine wichtige Rolle spielen.

5.4 Anerkennung und Wertschätzung

Das Engagement wird u.a. von dem Motiv getrieben, dass die dadurch erbrachten freiwilligen Leistungen auch öffentlich wahr- und ernstgenommen werden, dass das eigene Tun gewürdigt wird. Wertschätzung ist gewissermaßen die „Währung“ des Engagements. Die Rede ist von der sogenannten Anerkennungskultur, die als ein umfassender Ansatz verstanden werden muss. Hier sind die Bewertungen der Akteure jedoch deutlich kritischer als bei der allgemeinen Einschätzung der Thematik (siehe 5.2).

Wie schätzen Sie die Anerkennung Ihres eigenen Engagements in Potsdam ein?



Akademie für Ehrenamtlichkeit 2018

Es zeigt sich eine gewisse Ambivalenz der Wahrnehmung. Während knapp 40 Prozent die Anerkennung als hoch oder zumindest ausreichend ansehen, finden diese immerhin 60 Prozent nur mittelmäßig oder gar verbesserungswürdig. D.h. obwohl ein umfangreiches Engagement stattfindet, herrscht bei der Mehrheit der Aktiven eine zum Teil erhebliche Unzufriedenheit, was die Wertschätzung ihrer Aktivitäten betrifft.

Ehrenamtspreis

Der jährlich verliehene Ehrenamtspreis erscheint als ein sehr bekanntes und von fast allen Akteuren überwiegend gut bewertetes Element. Dies ist allerdings auch die einzige öffentliche Auszeichnung, welche rund 80 Prozent der Befragten bekannt ist. Diese Ehrung wird in Potsdam bereits seit 2007 an verdiente Einzelpersonen und Initiativen vergeben. Die Prämierungskategorien werden jährlich geändert bzw. angepasst, auch unter Einbeziehung der Potsdamer Ehrenamtskonferenz, die jedoch seit einiger Zeit nicht mehr einberufen wurde. Die Jury für die Verleihung setzt sich zusammen aus Vertretungen der Landeshauptstadt, der ProPotsdam GmbH, der Potsdamer Stadtwerke und der Sozialen Stadt Potsdam e.V. sowie ehemaligen Preisträgerinnen und Preisträgern und weiteren Akteuren aus der Zivilgesellschaft. Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung mit bis zu 400 Gästen werden die Preise verliehen, wobei die Stadtpolitik die Laudationen hält und der Oberbürgermeister zum Teil persönlich Moderationsaufgaben übernimmt. Organisatorisch wird das Format vom Dienstleister Projektkommunikation Hagenau GmbH im Auftrag der Landeshauptstadt begleitet. Für den Ehrenamtspreis können regelmäßig Partner gefunden werden (Pro Potsdam GmbH, Potsdamer Verkehrsbetriebe, Potsdamer Wasserwerke), die inhaltlich mitwirken und weitere Mittel einbringen. Die Verleihung ist nicht nur als wertschätzende Auszeichnung für die jeweils prämierten Personen und Institutionen gedacht, sondern auch als ein wirksames Instrument der Öffentlichkeitsarbeit, was sich auch in einer entsprechenden Medienberichterstattung und der öffentlichen Aufmerksamkeit widerspiegelt. Insofern kann die Veranstaltung als ein etabliertes Ereignis von hoher allgemeiner Akzeptanz angesehen werden.

Es gibt aus diesem Grund deshalb hierzu auch nur wenige kritische Stimmen, die sich dann eher um Details der Auswahl oder den Wunsch nach anderen Präsentationsformen drehen.

Der Ehrenamtspreis hat insgesamt hohe Zustimmungswerte, unabhängig von möglicherweise noch bestehendem Entwicklungspotenzial. Allerdings ist, bei allem Erfolg, aus fachlicher Sicht die tendenzielle Fokussierung der öffentlichen Wertschätzung auf ein singuläres Ereignis durchaus zu hinterfragen. Es werden nur vereinzelt andere Auszeichnungen von den Befragten genannt, etwa der Integrationspreis der Stadt, die Einladung zum Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters oder Würdigungen innerhalb der Organisationen. Es gibt somit auch weitere Formate, die Relevanz für die Engagementunterstützung haben, diese sind aber scheinbar weniger präsent im Bewusstsein der Beteiligten.

Durch Ehrungen dieser Art kann zwar gut öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen werden, jedoch müsste der Ansatz eventuell stärker in ein Gesamtkonzept eingebettet werden. Dies wird von vielen Prozessbeteiligten ähnlich eingeschätzt.

„Eine Veranstaltung im Jahr wie der Ehrenamtspreis ist zu wenig. Eine angemessene Anerkennungskultur gilt es noch zu entwickeln.“ (ein Interviewpartner)

„Der Ehrenamtspreis hat zu sehr Schaufenster-Charakter.“ (Aussage aus dem Engagement-Forum)

Neben einem wichtigen jährlichen Höhepunkt braucht es weitere Ankerpunkte der Wertschätzung, nicht nur für Einzelne, sondern auch kontinuierliche Elemente, die möglichst viele Engagierte erreichen. Zu bedenken ist zudem, dass viele Freiwillige den Wert von öffentlichen Auszeichnungen generell nicht sehr hoch einschätzen. Dies erbrachte jedenfalls die Länderauswertung des Freiwilligensurvey. Nach Verbesserungsbedarfen gefragt, wurde danach in Brandenburg die Anerkennung in Form von Ehrungen mit rund 40 Prozent am geringsten von allen Themen bewertet (im Vergleich etwa zu 60 Prozent für bessere Information zum Engagement oder 56 Prozent für bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf)³¹. Zwar lassen sich diese Werte nicht ohne weiteres auf Potsdam übertragen, sie sind jedoch zumindest ein Hinweis auf eine realistische Einordnung der Bedeutung von Auszeichnungen im Kontext der Anerkennungskultur. Hierüber wäre auch bei der geplanten Einführung von neuen Formen der Ehrung (Ehrenamts-Botschafter o.ä.) nachzudenken.

Aufwandsentschädigung

Die zweitbekannteste Form der Anerkennung in Potsdam stellt die Zahlung von Aufwandsentschädigungen dar, welche von 55 Prozent der Befragten genannt wird. Die hier angesprochene Entschädigung ist nicht zu verwechseln mit einer Form der Vergütung oder Bezahlung. Gemeint ist hier die Erstattung von tatsächlich entstandenen Kosten, was jedoch von kleineren Organisationen zum Teil nicht geleistet werden kann. Um dies für alle Engagierten zu ermöglichen, hat die Landeshauptstadt in Folge der Verabschiedung der Ehrenamtskonzeption von 2009 einen sog. Härtefallfonds aufgelegt. Der Erhalt von max. 20 Euro im Monat ist an den Nachweis der sozialen Bedürftigkeit geknüpft, zudem werden Erstattungen hierüber nur an Halter des Freiwilligenpasses bewilligt, der wiederum vom Land an kontinuierlich freiwillig Tätige ausgegeben wird. Die Abwicklung dieses Prozederes erfolgt über die sechs Ehrenamtsagenturen. Der Fonds umfasst insgesamt 10.000 Euro pro Jahr, evtl. nicht abgerechnete Mittel fließen in den städtischen Haushalt zurück.

³¹ Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014, a.a.O.

Der an sich gut nachvollziehbare Gedanke und formulierte Anspruch einer unbürokratischen Erstattung von Aufwänden konnte in der Vergangenheit nicht immer eingelöst werden, so teilweise die Rückmeldung aus dem Feld. Zudem sind die damit verbundenen Nachweispflichten aus fachlicher Sicht nicht diskriminierungsfrei. Es vermittelt sich der Eindruck einer gewissen Unsicherheit über das mögliche Ausmaß der zu erstattenden Mittel, weshalb eventuell die Voraussetzungen für den Bezug unnötig kompliziert gestaltet wurden. In vielen Fällen handelt es sich außerdem nicht um die Erstattung sämtlicher Aufwendungen, die die Engagierten in Ausübung ihrer Tätigkeit haben. Es wurde von den Engagierten häufiger der Wunsch geäußert, dass sie „nicht noch Geld mitbringen müssen“.

Fahrtkosten

In diesem Zusammenhang ist auch das Thema Fahrtkostenerstattung angesiedelt, welches im Rahmen der Erhebung in Potsdam auf den verschiedenen Erhebungsebenen immer wieder angesprochen wurde.

„Es wäre schon eine Unterstützung für viele Ehrenamtliche, wenn sie wenigstens die notwendigen Fahrtkosten zum Ort der Ehrenamtsleistung erstattet bekämen.“
(Aussage aus der Online-Befragung)

Dieses Thema scheint für viele Engagierte offenbar auch eine hohe symbolische Bedeutung zu haben. Es darf vermutet werden, dass es sich oftmals eher um den Wunsch nach Anerkennung und Wertschätzung für das Geleistete handelt und nicht – von tatsächlich wirtschaftlich Schwachen im Engagement einmal abgesehen – um eine Frage der materiellen Bedürftigkeit. Von Seiten der Verwaltung wird dies manchmal als unkalkulierbarer oder wohlmöglich nicht refinanzierbarer Kostenfaktor angesehen. Vom fachlichen Standpunkt der Engagementförderung ist anzumerken, dass die Erstattung der im Rahmen der Ausübung freiwilliger Tätigkeiten entstehenden Fahrtkosten dringend angeraten ist. Das wäre ein spürbarer Beitrag zur Anerkennung der Engagierten, die letztlich im öffentlichen Interesse aktiv werden.

Ehrenamtskarte

Als weitere Maßnahmen sind den Engagierten Vergünstigungen wie die Ehrenamtskarte zu 48 Prozent geläufig, was jedoch noch keine Aussage über deren Akzeptanz und Wirkung zulässt. Hier gibt es zahlreiche Stimmen, die das Instrument als eher unzureichend ansehen, da es den Berechtigten nur wenige oder zum Teil als unattraktiv empfundene Vergünstigungen bietet.

„Ich benutze die Ehrenamtskarte nicht, weil zu kompliziertes Konzept (müsste mir ja immer merken, wo es Vergünstigungen gibt), halte es auch in der Form für überflüssig.“ (Aussage aus der Online-Befragung)

In der Kategorie „Sonstige“ mit immerhin 15 Prozent Nennungen finden sich direkte wertschätzende Äußerungen und Dank oder auch Einladungen zu Fortbildungen und anderen Veranstaltungen. Lediglich 2 Prozent geben an, überhaupt keine Form der Wertschätzung für ihr Engagement zu kennen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine ausgebildete Anerkennungskultur in Potsdam bisher nur in Ansätzen vorhanden ist. Der Ehrenamtspreis ragt hier gewissermaßen als Leuchtturm hervor, andere Bereiche erscheinen dagegen noch entwicklungsfähig. Die

festgestellte positive Grundhaltung auf allen Seiten bietet dafür jedoch eine gute Grundlage. Die Wertschätzung, in unterschiedlichen Formen ausgedrückt, ist nicht etwa ein gesonderter Bereich der Engagementunterstützung, sondern ein wichtiger Aspekt von insgesamt guten Rahmenbedingungen. Stimmen diese nicht, so erscheint aus Freiwilligensicht eine Würdigung und Anerkennung, zumal in formalisierter Form, sogar mitunter eher unglaubwürdig. Manche sprechen hier von einem „Feigenblatt“. Gleichzeitig ist es aber wichtig, das „Danke-Sagen“ nicht zu vergessen.

Das in Potsdam durchgeführte Engagement-Forum hat unterschiedliche Vorschläge zur Verbesserung erbracht, die sich in die Richtung eines ganzheitlichen Konzepts deuten lassen. So wurden etwa differenzierte Formen der Anerkennung für Erwachsene und Jugendliche angeregt oder ein so genanntes Kultur-Ticket für Freiwillige vorgeschlagen. Die vollständige Freistellung des ÖPNV für Freiwillige wurde ebenfalls genannt. Insgesamt wurde nur bedingt nach neuen Formaten verlangt, sondern eher für den Ausbau und die Weiterentwicklung guter vorhandener Ansätze plädiert. Daran ließe sich bei einer partizipativen Weiterentwicklung eines schlüssigen Gesamtansatzes gut anknüpfen.

5.5 Öffentlichkeitsarbeit

Nur was sichtbar ist, kann wahrgenommen werden. Nur wer sich angesprochen fühlt, entschließt sich vielleicht zu eigenem Engagement. Und: Nur was öffentlich ist, wird auch anerkannt und gewürdigt. Dies ist – wie im letzten Kapitel gezeigt – eine zentrale Voraussetzung, dass Freiwillige ihre Aktivitäten gerne ausüben, weiterführen und möglicherweise sogar intensivieren. Der hier angesprochene Gegenstand der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation hat also zumindest zwei Dimensionen. Einmal die aktive Vermittlung von relevanten Informationen für Interessierte, um Orientierung zu geben, den Wissenstransfer untereinander zu ermöglichen und eventuell neue Engagierte zu gewinnen. Und zweitens die Darstellung des vorhandenen vielfältigen Engagements im Sinne der Wertschätzung des bereits Bestehenden. Die kommenden Folgerungen stützen sich auf die Ergebnisse des Engagement-Forums, der Fokusgruppe, die Auswertung von Antworten aus der Online-Befragung und die kritische Analyse der berichteten Praxis und der vorliegenden Medien.

Vielfach beklagen die Freiwilligen, dass ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten zu wenig sichtbar sind, zudem sind ihnen die vorhandenen Angebote oder Engagementmöglichkeiten zu wenig bekannt – auch ausgewiesenen Fachleuten, was deutlich auf ein Entwicklungspotenzial hinweist. Eine verbesserte Kommunikation könnte hier einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Präsenz des Themas leisten, damit es nicht „im Verborgenen blüht“.

Broschüre

Grundsätzlich muss die jetzige Öffentlichkeitsarbeit zum Engagement in Potsdam als eher zurückhaltend bezeichnet werden. Es liegt z.B. keine aktuelle und übergreifende Broschüre über die vielfältige Landschaft der Freiwilligenarbeit vor, selbst ein übersichtlicher Flyer ist dazu nicht vorhanden. Dies mag mit der bereits angesprochenen Querschnittsproblematik und unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Verwaltung zu tun haben. Doch gerade dieser Umstand der Diversität erfordert einen guten Überblick für eine bessere Orientierung im gesamten Feld.

Während für andere Themenbereiche in der Landeshauptstadt umfangreiches und anschauliches Material herausgegeben wird (Tourismus, Wirtschaft, Kultur), liegt zum freiwilligen Engagement bislang nichts Vergleichbares vor. Dieses Manko wird von den Freiwilligen selbst durchaus wahrgenommen, da sie ein Missverhältnis zwischen ihrem eigenen Tun und seiner öffentlichen Darstellung sehen. Gewünscht wird häufiger auch ein proaktives Handeln der Presseverantwortlichen in der Landeshauptstadt, also ein direktes Zugehen auf die Freiwilligen, das Darstellen ihres Engagements und das Aufgreifen ihrer Themen. Erwartet wird, dass die Kommune das gesamte Thema Engagement in seiner Vielfalt stärker kommuniziert und somit „Flagge zeigt“.

Digitale Medien

Dies könnte dann auch auf der offiziellen städtischen Website www.potsdam.de erkennbar werden, wo das Themenfeld bislang keine, zumindest eine wenig bedeutsame Rolle spielt. So ist etwa unter der Hauptrubrik „Leben in Potsdam“ kein einziger Hinweis auf das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu finden.

Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung, wodurch die Online-Kommunikation eine immer bedeutendere Rolle einnimmt. Dies gilt auch in der lebendigen, wechselhaften und mitunter unübersichtlichen Szene des freiwilligen Engagements. Die im Zuge der Ehrenamtskonzeption von 2009 eingerichtete Website www.ehrenamt-potsdam.de konnte deshalb zum damaligen Zeitpunkt als wichtiger Fortschritt angesehen werden. Allerdings kann sie im jetzigen Zustand, sowohl inhaltlich wie formal, heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen. Ihre Aktualität und ihr Nutzwert wurden demzufolge von vielen Beteiligten kritisch bewertet. Es liegt hier ein erhebliches Verbesserungspotenzial vor, wobei auch die dauerhafte Betreuung und Aktualisierung mit bedacht werden sollte.

Das Thema Digitalisierung ist jedoch nicht auf eine einzelne Website reduzierbar, denn sie wird insgesamt im Engagement, etwa bei der Ansprache und Gewinnung von Freiwilligen, weiter rapide an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklung ist insofern eine Herausforderung, der sich alle Beteiligten, sowohl in der Politik und Verwaltung, als auch in den Vereinen, Verbänden und Initiativen gemeinsam stellen müssen. Hierzu könnten passende Qualifizierungsangebote entwickelt werden.

Zielgruppen

Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann auch mit dafür verantwortlich sein, wie gut vielfältige Gruppen durch die Ansprache erreicht werden. Engagement bedeutet nicht nur Hilfe und Unterstützung für andere, sondern ist auch die Möglichkeit zu eigener sozialer Teilhabe. Wer sich einbringen kann, hat bessere Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Einbindung und persönliche Entwicklung. Es bleibt zwar die freie Entscheidung des Individuums diese Möglichkeit zu ergreifen, es sollte dennoch im Sinne des Inklusionsgedankens beachtet werden, wer sich engagiert bzw. wer dies nicht tut. Deshalb wurde im Rahmen der Untersuchung auch nach der Einschätzung der Beteiligung von Frauen und Männern, Jüngeren und Älteren, Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung sowie von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung gefragt.

Zunächst scheint das Geschlechterverhältnis im Engagement einigermaßen ausgeglichen zu sein, wobei es je nach Bereich leichte Überhänge der einen oder anderen Seite gibt. So sind Frauen z.B. in der Flüchtlingshilfe stärker vertreten, Männer im Sport. Die Beteiligung von

Jugendlichen wird unterschiedlich bewertet. Es wird mitunter Handlungsbedarf zur Sicherung der künftigen Arbeit gesehen, teilweise bestehe akuter Nachwuchsmangel. Auch bei den Älteren, obwohl nach Ansicht der Befragten im Engagement gut vertreten, wird ein noch ungenutztes Potenzial für mehr Engagement vermutet. Der wachsende Anteil älterer Menschen kann hier auch als Chance verstanden werden. Hingegen werden Menschen mit Migrationshintergrund offenbar noch zu wenig erreicht, so der überwiegende Eindruck. Verstärkt ins Bewusstsein gelangt ist zunehmend, auch Geflüchtete als mögliche Engagierte zu sehen, hierin erkennen manche eine gute Möglichkeit zur gesellschaftlichen Integration. Personen mit Behinderung scheinen zwar innerhalb der „eigenen“ Strukturen gut organisiert, tauchen aber insgesamt weniger auf. Fast kein Thema scheint das Engagement von Homosexuellen oder Menschen mit anderer Geschlechtsidentität zu sein. Über Gründe hierfür kann nur spekuliert werden: Entweder, weil es tatsächlich als Selbstverständlichkeit angesehen oder aber, weil es tabuisiert wird.

„Wir sollten alle zum Ehrenamt bestärken, andere Personengruppen erschließen.“

„Ehrenamt und Migration zum Thema machen...“ (Aussagen aus dem Engagement-Forum)

Es kann für den gesamten Fragebereich mangels belastbarer Daten keine abschließende Einschätzung gegeben werden, ob diskriminierende oder exkludierende Faktoren wirksam werden. Für eine präzise Analyse müsste eine vertiefende Untersuchung durchgeführt werden. Es handelt sich insofern nur um einen vorläufigen Eindruck. Allerdings legen andere Studien nahe, dass die Beteiligung im Engagement gesellschaftliche Ungleichheit durchaus widerspiegelt³². Der gewachsenen Diversität in der Gesellschaft sollte auch im Engagement und seiner Förderung stärker Rechnung getragen werden. Dazu ist es zunächst notwendig, tatsächlichen Defiziten auf die Spur zu kommen, um auf dieser Basis geeignete Strategien der Ansprache und Teilhabe zu entwickeln. Ziel wäre der Zugang zum Engagement für möglichst alle Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung, Herkunft oder Religion.

Informationsfluss

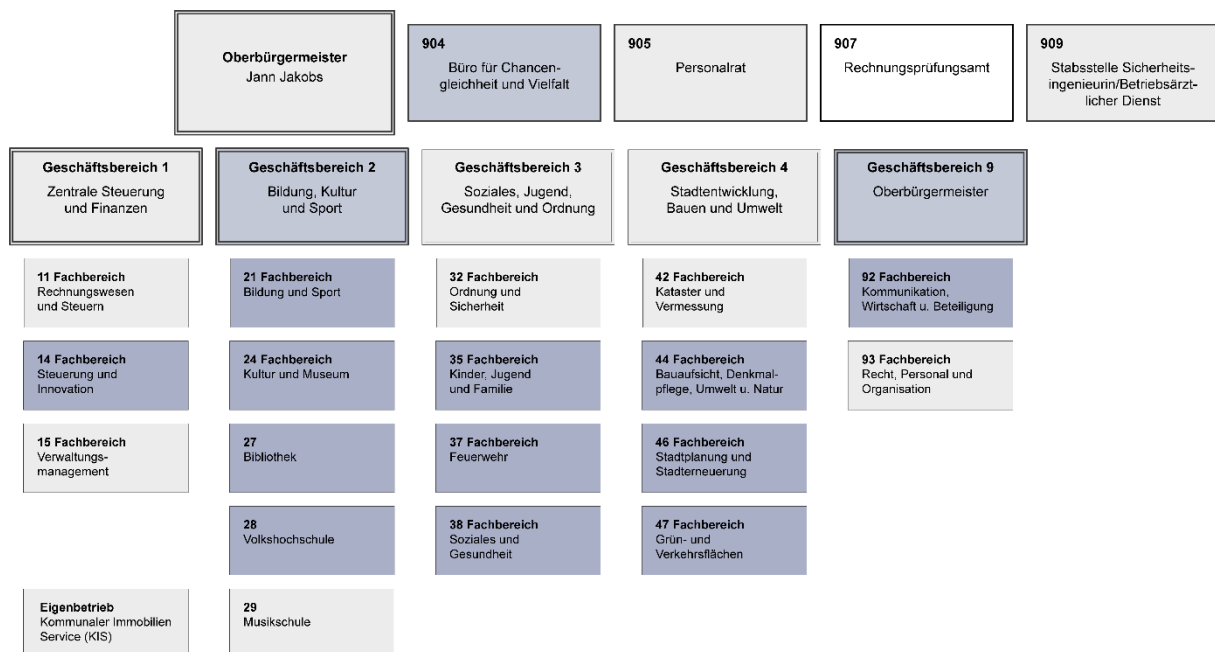
Insbesondere im Engagement-Forum wurde häufiger eine Verbesserung der Zugänglichkeit und der Vermittlung von relevanten Informationen seitens der Landeshauptstadt angesprochen. Dafür wurden unterschiedliche Medien vorgeschlagen, z.B. ein regelmäßiger Newsletter oder der Ausbau und die intensivere Nutzung der Website www.ehrenamt-potsdam.de. Viele Engagierte wünschen sich hier eine insgesamt aktivere Informationspolitik der Verantwortlichen. Davon könnte eine Verbesserung des Wissenstransfers ausgehen, der auch in andere Bereiche des Engagements positiv ausstrahlt.

³²Siehe z.B. *7. Altenbericht und Deutscher Freiwilligensurvey 2014, a.a.O.*

5.6 Förderung und Finanzierung

„Ehrenamt ist nicht kostenlos!“ (Aussage aus dem Engagement-Forum)

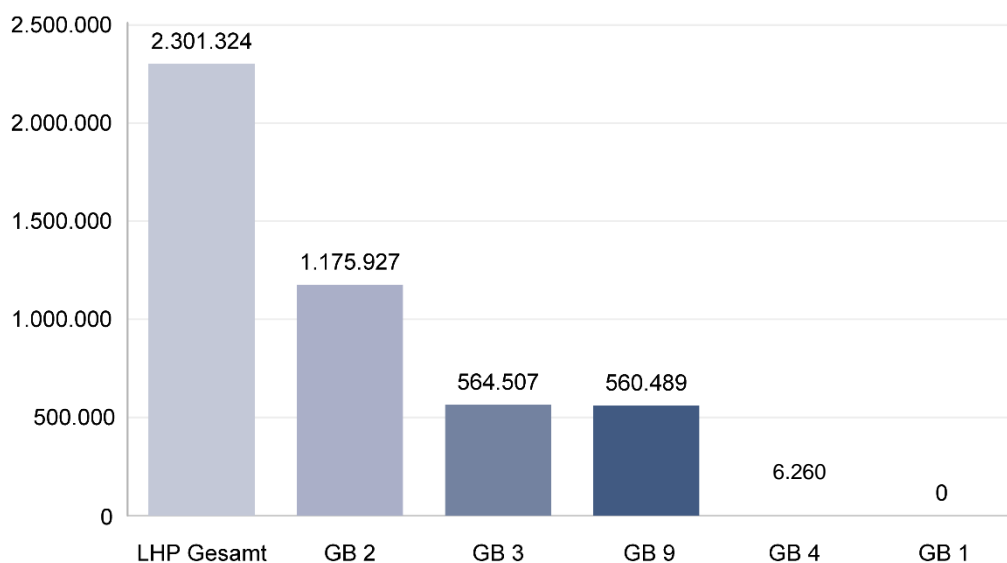
Es ist zunächst wichtig wahrzunehmen, dass in vielen Geschäfts- und Fachbereichen der Verwaltung der Landeshauptstadt Berührungspunkte zum ehrenamtlichen Engagement und seiner Unterstützung vorhanden sind.



Darstellung angelehnt an das Organigramm der Gesamtverwaltung der Landeshauptstadt (Stand 01.04.2018): Die dunkelblauen Felder zeigen, in welchen Fachbereichen Bezugspunkte inhaltlicher und/oder finanzieller Art bestehen. Die hellblaue Markierung bedeutet, dass hier direkt auf Geschäftsbereichsebene Förderungen stattfinden.

Damit bestätigt sich, dass es sich beim Themenfeld der Engagementunterstützung um eine Querschnittsaufgabe handelt. Dieser Umstand bringt es mit sich, dass es nicht ganz einfach ist, einen exakten Überblick über die in diesem Zusammenhang eingestellten und verausgabten Mittel zu erhalten. Die Engagementförderung wird verschiedenen Konten zugeordnet, einen übergeordneten Haushaltstitel gibt es dazu nicht.

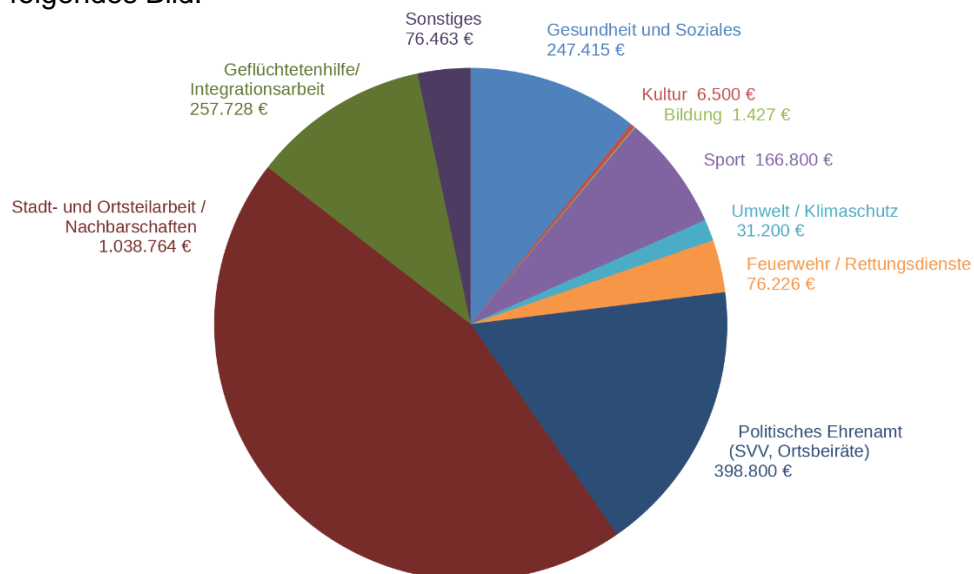
Eine im Rahmen der Erhebung von der Stadtverwaltung zusätzlich durchgeführte interne Ad-hoc-Erfassung hat ergeben, dass die verschiedenen Fachbereiche in einem sehr unterschiedlichen quantitativen Ausmaß Ausgaben zu „Förderungen für das Engagement“ tätigen. Insgesamt wird die Summe aller direkten oder indirekten Fördermittel für das Haushaltsjahr 2017 mit rund 2,3 Millionen Euro beziffert. Dabei ist insbesondere der Geschäftsbereich 2 (Bildung, Kultur, Sport) mit deutlichem Abstand zu nennen. Jeweils etwa gleichviel wird vom Geschäftsbereich 3 (Soziales, Gesundheit, Jugend, Ordnung) und dem Geschäftsbereich 9 des Oberbürgermeisters angegeben.



Landeshauptstadt Potsdam 2018

Dabei gehen die Angaben zu den Einzelposten deutlich auseinander, von detaillierten Ausgaben im zweistelligen Bereich beispielweise für einen Ehrenamtsstammtisch bis hin zum Gesamtbudget für die Arbeit der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in Höhe von rund 1.000.000 Euro. Enthalten sind auch sämtliche Aufwendungen für das Integrationsbudget für Geflüchtete in Höhe von 250.000 Euro und für die Tätigkeit der Ortsbeiräte sowie der Stadtverordnetenversammlung im Umfang von fast 400.000 Euro.

Bezogen auf die Engagementbereiche, denen diese Mittel zufließen, ergibt sich danach folgendes Bild:



Landeshauptstadt Potsdam 2018

Es kann sich bei den Ausgaben um Zuschüsse an freie Träger, bewilligte Projektmittel oder sonstige Aufwendungen, wie die Erstattung von Auslagen handeln. Es ist nicht immer trennscharf festzustellen, welche Positionen direkt oder indirekt zur Förderung des Engagements beitragen. Viele Aufgaben der Zuwendungsempfänger in diesem

Zusammenhang sind gleichzeitig mit anderen Themen verknüpft, z.B. Selbsthilfe und Gesundheit, die Tätigkeit der Nachbarschaftszentren, Jugend- oder Seniorenarbeit, Förderung der Integration usw.

Haushalterisch sind die Mittel in verschiedenen Bereichen, etwa bei den Zuwendungen an die freien Träger, für die Anlaufstellen und auch bei der „WerkStadt für Beteiligung“ oder „Tolerantes und sicheres Potsdam“ (TOSIP) angegliedert.³³ Festzuhalten ist, dass ganz erhebliche Mittel in diesen Bereich fließen und dem Engagement zugutekommen. Es besteht allerdings eine gewisse Unschärfe in der Beschreibung von direkter und indirekter Engagementförderung. Wünschenswert wäre, eine größere Transparenz der Gesamtkosten und ihrer Verwendung zu erhalten.³⁴

Mit Beschluss der Ehrenamtskonzeption von 2009/2010 war erstmalig ein eigenes Budget für die explizite Engagementförderung verbunden. Nach den vorliegenden Unterlagen waren darin für unterschiedliche Maßnahmen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements insgesamt 40.000 Euro jährlich vorgesehen, nicht eingerechnet die Personalkosten für den bei der Stadtverwaltung angestellten Ehrenamtskoordinator, der im Umfang von 25 Prozent seiner Stelle tätig war. Der Posten ist pauschal im Einzelhaushalt des Fachbereichs für Gesundheit und Soziales enthalten, allerdings als solcher nicht ausgewiesen. Eine Anpassung oder ein Aufstocken dieses Ansatzes ist seitdem offenbar nicht erfolgt. Das Budget wird vom Dienstleister Hagenau Projektkoordination GmbH für die Erfüllung insb. folgender Aufgaben verwendet bzw. an Dritte weitergeleitet:

- Grundausstattung Ehrenamtspreis
- Mittel für den Härtefallfonds
- Launch der Homepage www.ehrenamt-potsdam.de
- Aufwendungen für den Ehrenamtspass
- Kosten für einzelne Fortbildungen
- Pauschale Erstattung des Trägeraufwands (Anlaufstellen).

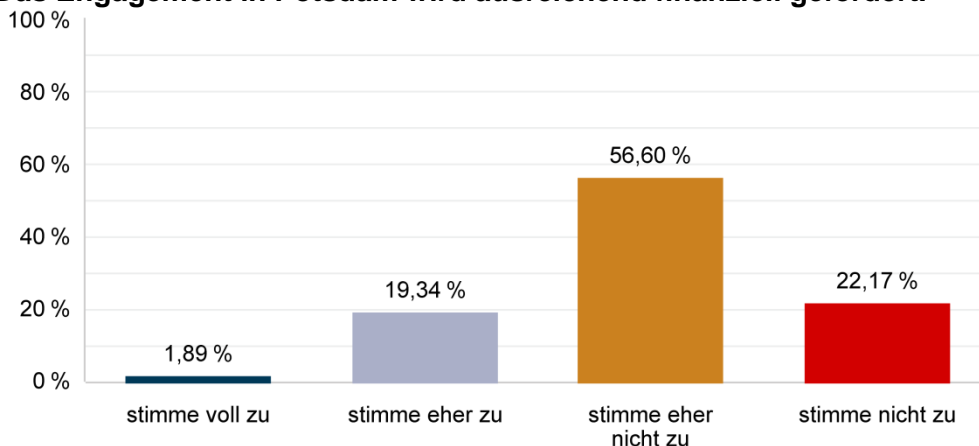
Im Gegensatz zu den oben beschriebenen umfänglichen Aufwendungen für den Themenbereich als Ganzes, sind die zur Verfügung stehenden Mittel mit der genauen Zweckbestimmung „Engagementförderung“ letztlich überschaubar.

Im Rahmen der Online-Befragung gaben die meisten Engagierten den jetzigen Umfang der finanziellen Förderung für nicht ausreichend an. Nur rund 21 Prozent halten die jetzige Förderung für genügend, 79 Prozent sind nicht oder eher nicht dieser Auffassung.

³³ Die beiden Stellen sind mit spezifischen Aufgaben der Förderung der Partizipation und des toleranten Miteinanders betraut. Sie sind angebunden an den Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung und kommen zusammen auf einen Etat von rund 750.000 Euro im Haushaltsjahr 2018. Das direkt im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters angesiedelte „Büro für Chancengleichheit und Vielfalt“ erhält ein Budget von rund 700.000 Euro jährlich. Siehe *Landeshauptstadt Potsdam, Teilhaushalte für den Geschäftsbereich 9 für das Haushaltsjahr 2018/2019*.

³⁴ Um eine Vorstellung vom Umfang der Haushaltsmittel zu bekommen: Der städtische Gesamthaushalt für das laufende Jahr hat ein Volumen von 710 Millionen Euro; für 2019 sind 729 Millionen Euro eingestellt.

Das Engagement in Potsdam wird ausreichend finanziell gefördert.



Akademie für Ehrenamtlichkeit Berlin 2018

Auf Seiten der befragten Fachleute ist das Bild uneinheitlich und eher von Ungewissheit geprägt. Mitunter ist scheinbar nicht klar, wie groß der Bedarf tatsächlich ist.

„Die Landeshauptstadt macht viel, aber ob es reicht? Ein Problem sind auch Projektförderungen des Bundes und des Landes; es müssten mehr Infrastrukturen gefördert werden.“ (eine Interviewpartnerin)

Die Befragten aus Verwaltung und Politik, also diejenigen die die Mittel vergeben, tendieren eher zu der Aussage, dass die Mittel grundsätzlich ausreichend sind, verweisen aber auf andere Probleme in diesem Zusammenhang.

„Ja, es gibt hinreichend Unterstützung. Es wäre aber eine größere Transparenz über Förderkriterien und eine bessere Planungssicherheit für die Zuwendungsnehmer nötig.“ (ein Interviewpartner)

„Insgesamt ist der Umfang der Förderung gut, aber noch entwicklungsfähig. Die finanziellen Mittel für Erstattungen, z.B. Fahrgeld, könnten angehoben werden.“ (eine Interviewpartnerin)

„Der aktuelle Status ist befriedigend. Es könnten aber noch mehr Mittel ins System gegeben werden.“ (ein Interviewpartner)

Damit gehen die Einschätzungen der verschiedenen Akteure deutlich auseinander. Bezogen auf den engeren Bereich der Koordinierung und der hier angesiedelten expliziten Engagementförderung, könnte jedoch ein Vergleich mit den vom Auftrag ähnlichen städtischen Stabsstellen eine Orientierung bieten.³⁵

Die letztlich für den Bereich der Engagementförderung bewilligten Mittel sind ein Hinweis auf die Bedeutungszuschreibung des Themas in der Stadt. Es bleibt schließlich eine politische Entscheidung, was für die Förderung als notwendig und finanzierbar angesehen wird; es handelt sich um eine unbestritten wichtige, jedoch nicht rechtlich verpflichtende Kommunalaufgabe. Bei der Einschätzung was tatsächlich gebraucht wird, sind idealerweise

³⁵ Gemeint sind die „Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam“ (TOSIP), die „WerkStadt für Beteiligung“ und das „Büro für Chancengleichheit und Vielfalt“.

die zivilgesellschaftlichen Akteure angemessen einzubeziehen. In der Befragung wurde dazu geäußert, dass diese ihre Forderungen deutlicher und präziser formulieren sollten:

„Die Aktiven müssen lauter auftreten. Ein proaktives Handeln von Politik und Verwaltung ist kaum vorhanden. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist eine freiwillige kommunale Leistung, die deshalb mitunter nachrangig behandelt wird. Der tatsächliche Förderbedarf ist unklar.“ (eine Interviewpartnerin)

Entbürokratisierung

Von manchen Beteiligten wurde die Vereinfachung der Fördermittelvergabe angesprochen; die jetzigen Verwaltungsabläufe, die Beantragung und die Nachweise zur Verwendung wurden teilweise als zu kompliziert angesehen. Dagegen wurden u.a. im Engagement-Forum leichter zugängliche Informationen über Fördermöglichkeiten, klare Zuwendungsrichtlinien, mehr Unterstützung bei der Antragstellung und insgesamt ein Abbau von bürokratischen Hemmnissen gefordert. Angeregt wurde u.a. ein Fonds für kleine Summen, die schneller und einfacher verfügbar gemacht werden. Dadurch könnten insbesondere kleinere Vereinen und Initiativen einen vereinfachten Zugang zu Fördermitteln erhalten.

„Die Beantragung von Fördermitteln ist viel zu bürokratisch und mit hohem Aufwand verbunden, den man aus Zeitgründen eher scheut.“

„Außerdem müssen die Antragsverfahren für Förderungen bei der Stadt vereinfacht und dann auch schneller bearbeitet werden.“ (Aussagen aus der Online-Befragung)

In diesem Kontext ist als weitere Anregung die Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen als Eigenanteil bei der Antragstellung zu nennen, ein Thema, das in der Fokusgruppe unter dem Stichwort Anerkennung unbarer Leistungen mehrfach angesprochen wurde.

Zudem sprach sich auch die Verwaltung selbst in der Fokusgruppe für mehr „Vertrauen statt Kontrolle“ im Umgang mit dem Ehrenamt aus. Gleichzeitig müssten trotz der vorhandenen Unterschiedlichkeit mehr verbindliche Standards geschaffen werden. Mehr Transparenz über das Mögliche, eine leichtere Verständlichkeit der Verfahren und eine partnerschaftliche Haltung seien das Ziel – alles Merkmale einer möglichst unbürokratischen Förderpraxis.

Monetarisierung

Ein weiterer Aspekt, der in der Erhebung thematisiert wurde, ist die Frage, ob für das Engagement auch finanzielle Anreize gesetzt werden sollten. Immerhin 80 Prozent der Engagierten haben sich dafür ausgesprochen. Gemeint ist hier eine direkte ggf. pauschale Vergütung, nicht etwa die Erstattung von Auslagen oder die Bereitstellung geldwerter Leistungen, wie ein kostenloses ÖPNV-Ticket. Es muss vermutet werden, dass die Befragten nicht zwischen diesen verschiedenen Formen differenziert haben und sich insofern ein gewisser Verzerrungseffekt ergeben hat. Dafür spricht, dass ein solches Votum in keiner der anderen Phasen der Erhebung festzustellen war bzw. nur vereinzelt in den offenen Antworten der Onlinebefragung benannt wurde. Von den interviewten Fachleuten kam zwar in Teilen eine Offenheit grundsätzlich auch über monetäre Anerkennungsformen nachzudenken, insbesondere mit Blick auf die Teilhabechancen von sozial Schwächeren. Zum Teil werden solche Formen auch schon praktiziert, z.B. im Sport mit der Übungsleiterpauschale. Grundsätzlich überwiegt aber eine deutliche Ablehnung einer

„Bezahlung“ des Engagements. Hiermit kann nach Auffassung der befragten Expertinnen und Experten mehr Schaden angerichtet, als ein zusätzlicher Nutzen erreicht werden. Abgesehen davon, dass hiermit im Zweifel ganz erhebliche Aufwendungen und die Frage einer „gerechten“ Verteilung verbunden wären, müsse aus fachlicher Sicht von einer Monetarisierung des Engagements abgeraten werden, auch um ehrenamtliches Engagement klar von bezahlten Beschäftigungsformen abgrenzen zu können.

Unternehmen

Die vorliegende Studie setzt einen klaren Fokus auf das Wirken der öffentlichen Hand, auch in Bezug auf die finanzielle Förderung. Es soll somit jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, dass dies allein Aufgabe der Kommune ist. Neben dem Bund und dem Land kann auch der Unternehmenssektor wichtige Beiträge zur Unterstützung leisten, womit nicht nur direkte Finanzhilfen gemeint sind.

Die große Mehrheit der Befragten (90 Prozent) sieht diesen Bereich, zu dem im weiteren Sinne auch das Wirken von fördernden Stiftungen gezählt werden kann, als deutlich ausbaufähig an. In den Interviews wurden in diesem Zusammenhang noch am häufigsten die städtischen Eigenbetriebe wie die ProPotsdam GmbH, Stadtwerke und Wasserwerke genannt, die sich in unterschiedlicher Weise, auch materiell, einbringen. Darüber hinaus berichteten die Gesprächspartnerinnen und -partner von lediglich punktueller Zusammenarbeit. Im Bereich des Sports scheint die Unterstützung durch private Sponsoren etwas häufiger vorzukommen. Als ein möglicher Grund wurde der Mangel an familiengeführten mittleren und größeren Unternehmen in Potsdam genannt. Als fördernde Stiftungen wurden die Flick-Stiftung, die Türk-Stiftung, die parteinahen Stiftungen sowie wenige weitere Akteure erwähnt. Auch die Industrie- und Handelskammer bemüht sich mit dem Format Marktplatz um Unterstützung des Engagements. Insgesamt ist den meisten Gesprächspartnerinnen und -partnern zu diesem Gegenstand wenig bekannt – ein zielgerichtetes Handeln in diesem Bereich wird weder seitens der Wirtschaft noch von Seiten der Zivilgesellschaft erkennbar. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Stiftungen und eventuell vermögenden Einzelpersonen birgt demnach vermutlich noch ein erhebliches Potenzial für die Weiterentwicklung. Dazu wäre aber ein planvolles, bestenfalls zwischen den gesellschaftlichen Sektoren im Dialog abgestimmtes, Herangehen ratsam, bei dem Politik und Verwaltung eine wichtige, vermittelnde Rolle einnehmen könnten.

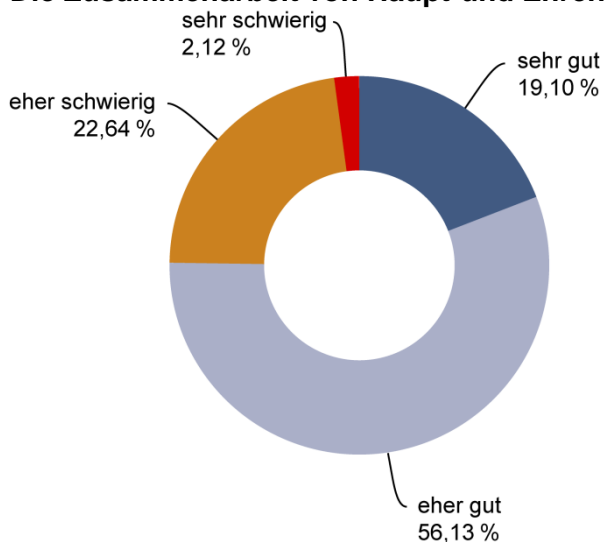
5.7 Zusammenarbeit und Vernetzung

Der Kooperationsgedanke ist im Engagementbereich viel deutlicher als in anderen Lebensbereichen angelegt, die Umsetzung in der Praxis findet auf unterschiedlichen Ebenen statt. Erstens zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, zweitens zwischen den Organisationen untereinander und drittens zwischen der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Seite, also Politik und Verwaltung. Diese Dimensionen wurden im Kontext der Erhebung angesprochen. Während der Markt klar auf den Wettbewerbsgedanken setzt und die Konkurrenz dort das Geschäft beleben soll, gehen wir für den nicht-profitablen Sektor von dem genauen Gegenteil aus: davon, dass in kollegialer Abstimmung und guter Kooperation die Dinge besser gelingen und effizienter zu gestalten sind. In Abgrenzung zur Sozialwirtschaft, die teilweise marktförmig organisiert ist, ist die Freiwilligenarbeit jenseits des üblichen

materiellen Gewinninteresses angesiedelt und nur „der Sache“ bzw. den Menschen verpflichtet. Sie bildet quasi den Gegenpol zum sonst vorherrschenden Gesellschaftsmodell oder in gewisser Weise dessen Korrektiv. Vielleicht macht auch dies das freiwillige Engagement für viele Menschen attraktiv, weil unter diesen Bedingungen Selbstbestimmung und Sinnerfüllung in ganz anderer Weise erlebbar sind.

Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen wird von über drei Viertel der Befragten als eher gut oder gut eingeschätzt, fast ein Viertel schätzt sie als eher schwierig oder als sehr schwierig ein.

Die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in den Organisationen läuft...

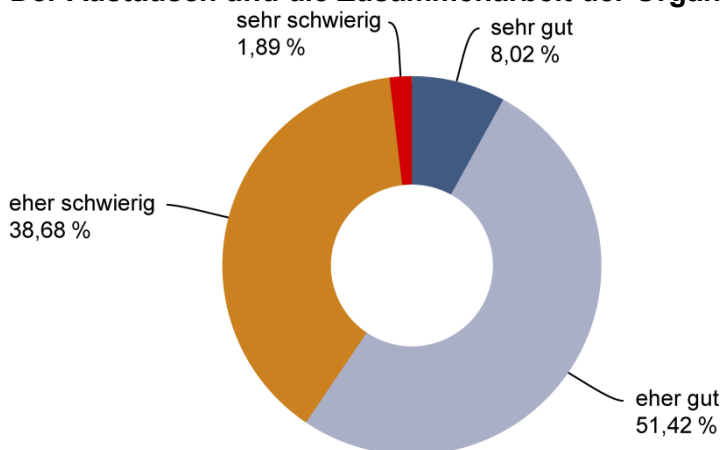


Akademie für Ehrenamtlichkeit Berlin 2018

Auch in den Interviews kommt eine ähnliche Tendenz zum Tragen. Eine kritische Bewertung dieser Beziehung ist die Ausnahme. So ist, jedenfalls deutlich überwiegend, von einer weitgehend guten Kooperation auszugehen. Nicht zu vernachlässigen ist aber ebenso bei einem knappen Viertel der Aktiven eine gewisse Unzufriedenheit, welche ihre Ursache in der unterschiedlichen Aufgaben- und Rollenwahrnehmung von Haupt- und Ehrenamtlichen haben kann. Dadurch ist grundsätzlich ein mögliches Konfliktpotenzial angelegt. Für die Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, erwächst daraus die Aufforderung, sich selbstkritisch mit der eigenen Arbeitsweise auseinander zu setzen. Nicht immer gestaltet sich die Kooperation mit Engagierten ganz einfach, nicht überall sind die dafür notwendigen fachlichen Kompetenzen auf hauptamtlicher Seite vorhanden. Sofern sich die Arbeit der Organisationen mit auf die Tätigkeit von Ehrenamtlichen stützt, sollte aus fachlicher Sicht die Freiwilligenkoordination eine definierte Kernaufgabe sein, die durch spezifische Förderung von Seiten der Kommune unterstützt werden kann.

Die Einschätzung der Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen untereinander ist zweigeteilt. Während gut 59 Prozent diese als sehr gut oder gut einschätzen, sind knapp 41 Prozent der Meinung, dass diese eher schwierig oder sogar sehr schwierig ist.

Der Austausch und die Zusammenarbeit der Organisationen untereinander ist...



Akademie für Ehrenamtlichkeit Berlin 2018

Bei den Gesprächen mit den Fachleuten überwiegt hier eine kritische Wahrnehmung. Es bestehen zwar zum Teil gute informelle Kontakte, eine Zusammenarbeit findet aber nur punktuell statt. Ein strukturell verankerter und kontinuierlicher Austausch wird jedoch eher nicht gesehen, Grund dafür seien oftmals Konkurrenzgedanken.

„Die Zusammenarbeit ist nicht sehr ausgeprägt und ausbaufähig; die Organisationen sind untereinander im Wettbewerb um Mittel. Im konkreten Einzelfall ist Kooperation möglich. Sonst macht jeder sein Ding.“ (ein Interviewpartner)

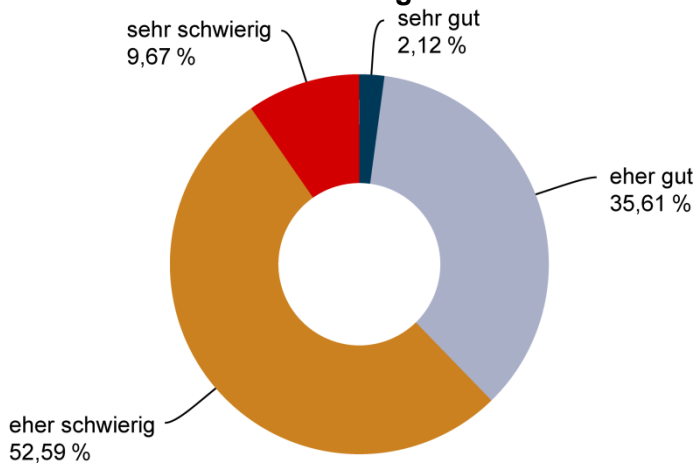
„Es ist mehr Kooperation notwendig. Die Zusammenarbeit ist mangelhaft, eine sinnvolle Arbeitsteilung nicht geregelt, Konkurrenz herrscht vor.“ (ein Interviewpartner)

Diese zum Teil sehr deutlichen Aussagen, deuten auf einen Handlungsbedarf in dieser Frage hin. Es wird auf Formate hingewiesen, die bereits einmal in Potsdam bestanden haben, die jedoch inzwischen, eventuell auch mangels kommunaler Koordination, nicht mehr regelmäßig durchgeführt werden. Angesprochen wurde etwa die AG-Ehrenamt, deren Tätigkeit etwas an Dynamik verloren hat und die ehemals jährlich durchgeführten Ehrenamtskonferenzen. Diese Instrumente, dienten dem Austausch der Akteure untereinander und fanden gute Zustimmung. Auch die rege Beteiligung an dem jetzigen Prozess zeigt, dass grundsätzlich ein großes Bedürfnis nach gegenseitiger Information und Abstimmung besteht, nur müsste dies jenseits von vorhandenen Einzelinteressen organisiert werden.

„Ein frühzeitiger und regelmäßiger Austausch wäre besser. Dadurch kann der Horizont erweitert und die Zusammenarbeit gestärkt werden. Dafür ist aber eine Moderation durch die Landeshauptstadt notwendig.“ (ein Interviewpartner)

Schließlich wird auch auf der Ebene der Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Kommune ein Defizit gesehen. Lediglich etwas über ein Drittel sieht die bisherige Zusammenarbeit als sehr gut oder eher gut an, annähernd zwei Drittel bewerten sie als eher schwierig oder sehr schwierig. Hier ist das Gesamtbild von Politik und Verwaltung angesprochen – ein deutliches Signal der Zivilgesellschaft.

Die Zusammenarbeit der Organisationen mit Politik und Verwaltung ist...



Akademie für Ehrenamtlichkeit Berlin 2018

Diese Einschätzung der Engagierten wird von den adressierten Fachleuten durch deren selbstkritische Wahrnehmung teilweise bestätigt.

„Es kommt darauf an, jedenfalls gibt es keine klaren Formen der Zusammenarbeit. Es fehlt an Strukturen, das Ehrenamt zerfällt in Fraktionen.“ (eine Interviewpartnerin)

„Grundsätzlich gut, aber auch weiter zu entwickeln. Andererseits wird das Ehrenamt auch von politischen Kräften instrumentalisiert.“ (ein Interviewpartner)

Auf der persönlichen Ebene wurde die Zusammenarbeit als überwiegend gut beschrieben, nur scheint es ein strukturelles Problem zu geben. Zum einen wurde angegeben, dass es mitunter Zufall ist, ob die Engagierten in Politik und Verwaltung die richtigen Ansprechpersonen und Gehör für das jeweilige Anliegen finden. So vielfältig wie im Engagement selbst sind – wie bereits beschrieben – auf kommunaler Seite die Zuständigkeiten verteilt. Eine übergeordnete bzw. neutrale Instanz ist bislang nicht vorhanden. Entsprechende Strukturen wären aber notwendig, um einen regelhaften Austausch zu etablieren oder neu zu beleben.

Aus fachlicher Sicht wären mehr Transparenz und klare Verantwortlichkeiten anzuraten. Dabei sind beide Seiten gefordert: die Zivilgesellschaft durch eine bessere Selbstorganisation und gemeinsame Sprechfähigkeit, die Partikularinteressen möglichst überwindet und die Kommune durch die Schaffung geregelter und für alle Akteure gleichermaßen zugängliche Strukturen. Das Ziel ist eine kontinuierliche Kommunikation „auf Augenhöhe“.

„Manches erscheint verbesserungswürdig. Nicht jede Idee aus der Zivilgesellschaft wird von der Verwaltung aufgegriffen. Die Kommune sollte insgesamt aufgeschlossener sein, mehr auf Dialog setzen.“ (eine Interviewpartnerin)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Komplex der Kooperation und Vernetzung der verschiedenen Akteure ausbaufähig erscheint, wobei die angesprochenen Ebenen der Zusammenarbeit unterschiedlich kritisch zu bewerten sind. Dafür wären geeignete Strukturen zu entwickeln oder bereits existierende Formate neu zu beleben. Es geht um mehr Wissen übereinander und die Schaffung von Abstimmungsforen innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors, wie auch die Etablierung von regelhaften Abläufen für einen

kontinuierlichen Dialog zwischen Kommune und den Organisationen. In Anbetracht knapper Zeitbudgets, insbesondere bei vielen Freiwilligen, muss dabei das richtige Maß gefunden werden. Zu denken wäre auch an die verstärkte Nutzung digitaler Medien. Jedenfalls wäre die Intensivierung des Austauschs eine wichtige Voraussetzung für ein partnerschaftliches Vorgehen bei der Weiterentwicklung der Engagementunterstützung in Potsdam.

„Die Zusammenarbeit untereinander muss verbessert werden. Dann wären eventuell auch Parallelstrukturen oder gleiche Angebote vermeidbar.“ (ein Interviewpartner)

Dabei kann an positive Ansätze in einzelnen Bereichen angeknüpft werden. So ist etwa die Zusammenarbeit der Sportvereine mit der Verwaltung als ausgesprochen gut beschrieben worden. Formate wie die Ehrenamtsbörse, die Ehrenamtskonferenz oder auch Fachtage zu speziellen Themen wurden als sehr hilfreich angesehen.

„Klare Ansprechpartner machen vieles leichter: TOSIP ist ein gutes Beispiel“ (Aussage aus dem Engagement-Forum)

5.8 Koordination und Steuerung

Die Bedeutung einer kommunalen Koordination der Engagementunterstützung ist allen Akteuren in der Landeshauptstadt bereits seit Längerem bewusst. Umso mehr wird eine solche Funktion nach Eintritt des vormaligen Koordinators in den Ruhestand seit 2015 vermisst. Denn die nicht erfolgte Neubesetzung hatte Folgen für das ganze Engagementfeld, da der Informationsfluss sich verlangsamte, der fachliche Austausch sich verschlechterte, manche Aktivitäten ganz zum Erliegen kamen und vor allem keine konzeptionelle Weiterentwicklung mehr stattfand.

Dieser Umstand mag durch die große Welle der Hilfsbereitschaft in der so genannten Flüchtlingskrise zeitweise verdeckt worden sein. In dieser Zeit hatte sich im Engagement vieles dynamisch und spontan neu entwickelt. Leider konnte dieser starke Impuls für das Thema Ehrenamt strukturell kaum genutzt werden. Während von der Kommune sinnvollerweise für die Frage der Integration der Geflüchteten zusätzliche Stellen und Funktionen geschaffen wurden, ist dies für das Engagement insgesamt nicht der Fall, obwohl ohne das solidarische Eintreten der Menschen für die Ankommenden die großen Herausforderungen nicht zu bewältigen gewesen wären. Auch vor diesem Hintergrund ist die Analyse der aktuellen Situation ein wichtiger Schritt. Dabei geht es nicht allein um die einfache Wiederbesetzung der Position der kommunalen Koordination, sondern auch um die Beschreibung der damit idealerweise verbundenen Aufgaben. Dies ist kaum möglich, wenn man nicht, wie jetzt geschehen, das gesamte Spektrum der Engagementunterstützung in der Landeshauptstadt in den Blick nimmt.

Was waren die maßgeblichen Aufgaben dieser Koordinierungsfunktion? Im Konzept von 2009 heißt es dazu:

„Der Oberbürgermeister beruft eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des Fachbereichs Soziales, Gesundheit und Umwelt³⁶ als Ehrenamtskoordinator der

³⁶ Der genannte Fachbereich nennt sich nunmehr Fachbereich Soziales und Gesundheit; der Bereich Umwelt gehört mittlerweile zum Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt.

Landeshauptstadt Potsdam. Er sichert die Umsetzung des Ehrenamtskonzeptes, insbesondere indem er die dazu notwendigen Aktivitäten innerhalb der Verwaltung und die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen Ehrenamt koordiniert sowie den Ehrenamtsbeauftragten und weitere Dienstleister beauftragt, anleitet und kontrolliert: Über die Umsetzung des Ehrenamtskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam und seine Arbeit erstattet der Ehrenamtskoordinator der SVV einmal jährlich Bericht.“³⁷

Daraus ergab sich eine dreigeteilte Struktur und Aufgabenverteilung. Der eingesetzte Koordinator in der Landeshauptstadt war für die Abstimmung der relevanten Prozesse sowohl innerhalb der Verwaltung, als auch für die Ansprache und Moderation nach außen zuständig. Für das operative Geschäft wurde ein Dienstleister beauftragt, der mit einem definierten Budget (siehe Abschnitt 5.6) insbesondere für die Durchführung des jährlichen Ehrenamtspreises, den Aufbau und die Pflege der Internetplattform www.ehrenamt-potsdam.de und die Verwaltung des sog. Härtefallfonds zuständig war. Andere Aufgaben, wie der Kontakt zu den freiwillig Engagierten und den unterschiedlichen Trägerorganisationen, konkrete Aufgaben wie Ansprache, Beratung, Vermittlung und Qualifizierung sollten die Ehrenamtsagenturen bzw. Beratungsstellen leisten. Der Koordinator, welcher nur zu einem Viertel seiner Vollzeitstelle hierfür tätig war, sollte im Zusammenwirken mit den anderen Instanzen die Umsetzung unterstützen, überwachen und regelmäßig der Stadtpolitik Bericht über den Vollzug erstatten. Eigenes operatives Handeln war hier nicht vorgesehen, sondern eher eine Art Steuerung des Vorhandenen im Sinne der formulierten Ziele.

Grundsätzlich ist dieser Ansatz gut nachvollziehbar und vor dem Hintergrund des für die umfangreichen Aufgaben vorgesehenen Gesamtbudgets von 40.000 Euro pro Jahr bereits recht ambitioniert zu nennen. Es kann aus heutiger Sicht nicht mehr geprüft werden, inwieweit das Vorgehen sich als dauerhaft tragfähig und in der Sache wirksam erwiesen hat. Es war hiermit jedoch ein großer Fortschritt im Zusammenspiel der Akteure verbunden, so die vielfache Auskunft in der Erhebung. Klar ist aber auch, dass dieses „Dreisäulen-Modell“ nur mit einer entsprechenden Gesamtkoordination erfolgreich sein kann, andernfalls entfällt die wichtige Moderations- und Steuerungsfunktion.

Da die Position des Ehrenamtskoordinators der Landeshauptstadt Potsdam seit über drei Jahren vakant ist, stellt sich die Frage, wie die Aufgabenwahrnehmung der Anlaufstellen und des privaten Dienstleisters seitdem vonstattengeht. Die gesammelten Daten deuten darauf hin, dass die gemeinsamen Abstimmungs- und Planungsprozesse insgesamt ins Stocken geraten sind.

Bezüglich der Stelle des Ehrenamtskoordinators ist anzumerken, dass die Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung unangetastet blieben. Die Verantwortlichkeiten für die Engagementunterstützung sind über nahezu alle Fachbereiche verteilt, hieran hat auch die eingesetzte Koordination nichts geändert, die zudem selbst in die Verwaltungshierarchie eingebunden war. Sie hatte also keinerlei Durchgriffs- oder Weisungsbefugnisse, sondern musste immer auf die Überzeugung der jeweiligen Entscheider setzen. Ein eigenes Budget, jenseits der vom Dienstleister verwalteten Mittel, stand ebenfalls nicht zur Verfügung. Beides sind aber innerhalb der Verwaltung oftmals Merkmale von Einfluss und Durchsetzungsvermögen. Eine Orientierung am Konsens und an der Kraft der Argumente ist

³⁷ *Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam, 2009, S.6*

prinzipiell nicht falsch, auch darf grundsätzlich ein guter Wille der Beteiligten unterstellt werden. Das Konstrukt stößt aber in der Realität zuweilen dort an seine Grenzen, wo es um grundlegende und budgetwirksame Veränderungen geht.

Die Einschätzung der jetzigen Situation durch die befragten Expertinnen und Experten fällt eindeutig aus. Um dies zu veranschaulichen, wird hier eine ganze Reihe an Zitaten aufgeführt. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass dies auch Stimmen aus der Kommunalverwaltung selbst sind.

„Es gibt ein ernsthaftes Bemühen sich innerhalb der Verwaltung abzustimmen. Das ist wegen der Querschnitthaftigkeit des Themas notwendig, aber wegen der Struktur der Verwaltung auch schwierig. Eine Steuerung seitens der Landeshauptstadt findet nicht statt.“ (ein Interviewpartner)

„Die Verwaltung ist in unterschiedliche Zuständigkeiten aufgesplittet. Es braucht einen Ansprechpartner in der Stadt! Im Bereich der Politik gibt es Licht und Schatten, es ist keine einheitliche Linie erkennbar.“ (ein Interviewpartner)

„Bislang ist eine übergreifende Koordination und Steuerung kaum erkennbar. Unterschiedliche Projekte werden unterschiedlich gut bzw. schlecht koordiniert.“ (ein Interviewpartner)

„Das ist ein großes Problem. Da das Ehrenamt eine Querschnittsaufgabe ist, muss es mühselig abgestimmt werden. Der Verwaltung ist das auch bewusst, aber es wird durch die eigene Struktur erschwert.“ (ein Interviewpartner)

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine Querschnittsaufgabe. Es gibt aber kaum Kenntnis und Abstimmung zwischen den Fachbereichen. Mangelnde Transparenz führt zu Effizienzverlusten. Echte Steuerung wäre ein wichtiges Ziel.“ (ein Interviewpartner)

Diese übereinstimmende Feststellung mangelnder Koordination durch die Landeshauptstadt, zeigte sich auf allen Erhebungsdimensionen. Sowohl im Rahmen der Online-Befragung, des Engagement-Forums als auch in der Fokusgruppe wurde deutlich, dass die (Wieder-)Einführung einer kommunalen Ehrenamtskoordination als unerlässlich angesehen wird. Dabei sind sowohl die externen als auch die internen Funktionen angesprochen worden. Von den zivilgesellschaftlichen Akteuren wurde insbesondere die bessere Ansprechbarkeit von außen betont, während die Mitarbeitenden in der Verwaltung sich davon vor allem eine gute Abstimmung innerhalb des eigenen Hauses versprechen.

Die Wiedereinrichtung der kommunalen Koordinierungsfunktion ist dringend angeraten. Diese sollte mit einem umfassenden Auftrag nach innen und außen sowie eigener Budgetverantwortung und einer angemessenen Personalausstattung versehen sein. Dafür sind verschiedene Modelle denkbar (siehe hierzu Abschnitt 6.1). Der vorliegende Prozess hat gezeigt, dass selbst die leitenden Kräfte mitunter nicht über die Aufgabenverteilung im eigenen Hause orientiert sind. Ein planvolles und abgestimmtes Verwaltungshandeln, eine kommunale Steuerung, ist so schwer möglich.

Der Steuerungsbegriff ist im Zusammenhang mit der Förderung des Engagements erklärungsbedürftig. Es geht hier keineswegs darum, dass die Stadt die Zivilgesellschaft in eine bestimmte Richtung lenkt oder einseitig Ziele festlegt. Dies widerspräche dem Freiwilligkeitsgedanken und dem Prinzip der Partnerschaftlichkeit. Vielmehr ist das eigene

Handeln im Sinne des kommunalen Steuerungsmodells³⁸ angesprochen. Hierbei wird u.a. abgehoben auf eine strategische Ausrichtung und eine stärkere Wirkungsorientierung. Entscheidungskompetenzen der Mitarbeitenden sollen danach ausgeweitet, eine Verknüpfung von Aufgabenwahrnehmung und Mittelverantwortung erreicht und eine bessere Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung angestrebt werden. Und, in diesem Kontext von besonderer Bedeutung: Die Verwaltung muss sich stärker in die Gesellschaft öffnen, auf die anderen Akteure zugehen und das eigene Tun nachvollziehbarer gestalten.

Wenn die Engagementunterstützung künftig (wieder) eine stärkere Priorität in der Landeshauptstadt erhalten soll, würde dies durch die Überprüfung und Veränderung der eigenen Aufstellung glaubhaft unter Beweis gestellt. Dies wäre ein deutliches Signal Richtung Zivilgesellschaft, dass ihre Aktivitäten ernstgenommen, wertgeschätzt und angemessen gefördert werden. Das vielfältige Engagement in Potsdam und die positive Grundhaltung der Beteiligten bieten dafür gute Voraussetzungen. Die noch stärkere Orientierung an dem im Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam verankerten Vorsatz zur Förderung des freiwilligen Engagements eröffnet auch die Chance zur mittelfristigen Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für dieses wichtige Zukunftsthema.

5.9 Engagement und Beteiligung

Über die unterschiedlichen Motive für das eigene Engagement ist bereits gesprochen worden (siehe Abschnitt 5.2.) Fast alle Aktiven möchten (auch) einen Beitrag zum Gemeinwesen leisten und damit die Dinge, zumindest im Kleinen, mitgestalten. Dieser Wunsch ist unterschiedlich stark ausgeprägt, nicht immer ist damit ein expliziter politischer Anspruch verbunden. Manche Engagierten grenzen sich gar von der verfassten Politik ab. Engagement findet jedoch immer öffentlich statt und ist insofern keine „Privatsache“. In einem erweiterten Politikverständnis wäre danach im Prinzip jedes freiwillige Engagement eine soziale Handlung, die gesellschaftliche Auswirkungen hat – unabhängig davon, ob den Individuen dies bewusst ist oder nicht. So wird es auch von den Expertinnen und Experten in Potsdam gesehen.

„Bürgerschaftliches Engagement selbst ist bereits Mitgestaltung und Teil sozialen Handelns. Es ist zudem Teilhabe an der Gesellschaft.“ (ein Interviewpartner)

„Bürgerengagement heißt etwas im Kleinen bewegen und wirkt Politikverdrossenheit entgegen. Es hebt sich damit teilweise von der etablierten Politik ab. Die Chance zur Beteiligung wird aber nicht von allen Ehrenamtlichen so gesehen.“ (ein Interviewpartner)

Im engeren Sinne gibt es natürlich mehr oder weniger politische Formen. Während beispielweise im Sport solche Anliegen eher weniger häufig anzutreffen sind, gibt es andere Bereiche, wo dies deutlicher ausgeprägt ist. So etwa in der Arbeit mit Geflüchteten, wo der ursprüngliche Impuls des Helfen-Wollens zu einer Politisierung der Aktiven führen kann, da ihnen die Grenzen des eigenen Handelns bewusstwerden. Andere Beispiele sind z.B. Bürgerinitiativen gegen bestimmte Baumaßnahmen oder für konsequenteren Umweltschutz. Solche Phänomene sind in Potsdam bestens bekannt und machen das Engagement

³⁸ KGSt-Bericht Nr. 5/2013 „Das Kommunale Steuerungsmodell“

bisweilen „unbequem“, da es auf von den Menschen wahrgenommene Fehlentwicklungen hinweist oder sich gegen bereits von der Politik beschlossene Vorhaben wendet. Dabei werden auch Interessen von einzelnen Gruppen artikuliert, die möglicherweise ansonsten kein Gehör finden würden. Dies wird teilweise auch kritisch bewertet.

„Viele Ehrenamtliche wollen über die konkrete Tätigkeit hinaus etwas bewirken und verändern. Bürgerinitiativen setzen sich oft nur für Einzelinteressen bzw. gegen bestimmte Dinge ein. Besser wäre ein kontinuierliches Engagement.“ (ein Interviewpartner)

Abgesehen davon, ob den gewählten Mandatsträgerinnen und -trägern die jeweilige Positionierung gelegen kommt, muss dies auch nicht als Gegensatz betrachtet werden. Vielmehr ist eigenes Engagement oftmals Anlass oder sogar Voraussetzung für ein öffentliches Hinweisen auf Missstände, aber auch die Formulierung von konstruktiven Vorschlägen zur Verbesserung. Manche Probleme und Bedarfe sind erst durch die freiwilligen Aktivitäten der Menschen überhaupt als solche entdeckt worden und haben neue professionelle Arbeitsfelder geschaffen, wie in der Selbsthilfe oder bei den Tafeln. Damit haben sie eine wichtige soziale Frühwarnfunktion und tragen mittelfristig zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. Sie leisten gleichzeitig einen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung und letztlich zur Stärkung der Demokratie insgesamt. Nicht vergessen werden darf dabei, dass gerade in der Kommunalpolitik selbst ein Großteil der Arbeit durch Ehrenamtliche geleistet wird, oftmals durch Menschen, die auch ansonsten sehr aktiv am Gemeinwesen mitwirken.

„Es gibt einen direkten Zusammenhang. Wer sich engagiert, nimmt sozial teil. Dies kann eine Brücke in die politische Arbeit sein.“ (eine Interviewpartnerin)

„Wer sich viel engagiert, ist zwangsläufig auch politisch. Dies gilt jedoch nicht in gleicher Weise für alle und in jedem Bereich im gleichen Maße. Es gibt aber auch eine ganze Menge Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik.“ (ein Interviewpartner)

„Bürgerschaftliches Engagement fördert Demokratieentwicklung, Verantwortung übernehmen, sich einmischen. Es gibt auch Ehrenamt in der Politik.“ (ein Interviewpartner)

Insofern kann keine klare Trennungslinie zwischen freiwilligem Engagement und gesellschaftlicher Partizipation gezogen werden. Vielmehr ist das eine die Voraussetzung für das andere. Ohne engagierte und mündige Bürgerinnen und Bürger kein solidarisches Miteinander, kein gesellschaftlicher Zusammenhalt und letztlich keine freiheitliche Demokratie.

„Ehrenamt ist per se auch gesellschaftspolitisches Engagement, selbst wenn manche Engagierte dies so nicht wahrnehmen. Sachverständige Bürger bilden eine Brücke vom Ehrenamt zur verfassten Mitwirkung.“ (ein Interviewpartner)

„Bürgerschaftliches Engagement stößt mitunter auch an Grenzen. Dann machen sich manche Ehrenamtliche auch politisch bemerkbar.“ (ein Interviewpartner)

„Es gibt einen engen Zusammenhang. Wenn Menschen sich einbringen wollen, kann dies von der Politik nicht ignoriert werden. Viele Ehrenamtliche haben auch einen Gestaltungsanspruch.“ (eine Interviewpartnerin)

Deshalb sollten diese beiden Themen künftig in Potsdam in einem engeren Zusammenhang diskutiert werden. Hier hat die Landeshauptstadt mit der WerkStadt für Beteiligung bereits eine wichtige fachliche Struktur geschaffen, deren Wirken zu Fragen der Partizipation gute Früchte trägt. Für das hier sichtbar werdende erweiterte Engagementverständnis könnte dort ein geeigneter Anknüpfungspunkt liegen.

„Die WerkStadt für Beteiligung ist eine gute Initiative. Oft sind beide Themen von denselben Personen besetzt – Ehrenamt als Brücke für Partizipation.“ (ein Interviewpartner)

Es konnten wiederum deutliche Parallelen in der Einschätzung bei den Beteiligten im Engagement-Forum festgestellt werden, die ebenfalls einen engen Zusammenhang zwischen freiwilligen Aktivitäten und der gesellschaftlichen Partizipation ausmachten. Als gute Beispiele wurden etwa die Anhörungen engagierter Bürgerinnen und Bürger in der Stadtverordnetenversammlung, Bürgerversammlungen zu unterschiedlichen Themen, verschiedene Beteiligungsverfahren und der Potsdamer Bürgerhaushalt genannt. Als wünschenswert wurde insgesamt eine Intensivierung dieser Ansätze angesehen, z.B. durch mehr Transparenz und Ansprache, eine Aufwertung der bestehenden Beteiligungsgremien oder die Stärkung der WerkStadt für Beteiligung. Auch die breite Einbeziehung der Aktiven in die Entwicklung einer eigenen Strategie für die Engagementförderung wurde in diesem Zusammenhang als wichtig angesehen.

6. Empfehlungen

Durch die Befunde aus der durchgeführten Untersuchung, die Befragungen und Workshops sowie zusätzliche Hintergrundgespräche und das Studium vorliegender Materialien, ergeben sich in der zusammenfassenden Analyse fünf zentrale Handlungsfelder, die bei Weiterentwicklung der Engagementunterstützung in der Landeshauptstadt besondere Priorität erhalten sollten. Es werden deshalb nicht alle Einzelbefunde hier wieder aufgegriffen, sondern nur dort, wo es fachlich hilfreich erscheint, im jeweiligen Kontext zusammengefasst. Die abschließende Bewertung der Empfehlungen und deren konkrete Umsetzung liegen in den Händen der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung, wobei im Detail eine weitere Befassung unter partnerschaftlicher Einbeziehung aller Akteure ratsam und notwendig sein kann. Die folgende Darstellung unterscheidet aus fachlicher Perspektive zwischen unmittelbaren Aufgaben der Landeshauptstadt (Koordination) und Aspekten, die sich aus den weiteren Handlungsfeldern ergeben. Die damit verbundenen Leistungen stehen in einem engen Zusammenhang und fallen somit entweder direkt operativ oder indirekt im Sinne einer Sicherstellung, ebenfalls in den erweiterten Verantwortungsbereich der Koordination. Im abschließenden Teil wird auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der formalen Anbindung der Koordination eingegangen.

6.1 Handlungsfeld 1 – Koordination und Steuerung

Einsetzung einer kommunalen Koordinierungsstelle für die Engagementunterstützung in der Landeshauptstadt Potsdam. Hierfür ist ein angemessenes Aufgabenportfolio, eine sinnvolle Verankerung und eine adäquate Ausstattung zu definieren.

Die derzeit nicht existierende Koordinationsfunktion³⁹ in der Landeshauptstadt war der Ausgangspunkt der hier geschilderten Befassung mit der Thematik des Engagements. Das entsprechende Defizit war insofern im Grundsatz bereits bekannt. Die beteiligten Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft haben mit ihrer einhelligen Einschätzung zu diesem Punkt (siehe Abschnitt 5.8) den Handlungsbedarf noch einmal klar verdeutlicht. Es kann somit nicht darum gehen, *ob* eine solche Funktion notwendig, sondern nur *wie* diese am besten wieder zu implementieren ist. Die Bündelung und Koordinierung der kommunalen Aufgaben zur Engagementunterstützung könnte unterschiedliche positive Effekte haben. Sie kann die notwendigen Prozesse verbessern helfen, Synergien innerhalb der Verwaltung sowie bei den zivilgesellschaftlichen Akteuren erschließen, die Zufriedenheit der handelnden Personen steigern und eventuell auch die Bereitschaft für neues Engagement in Potsdam fördern. So wäre das durch den bürgerschaftlichen Einsatz geschaffene soziale Kapital zu stärken – ein Gewinn für alle. Eine angemessene Verankerung dieser wichtigen Schnittstellenfunktion kann anschließend auch Ausgangspunkt für die Entwicklung einer stärker strategischen Ausrichtung der Engagementunterstützung sein.

Die Analyse hat gezeigt, dass eine erfolgreiche Koordination idealerweise sowohl verwaltungsinterne als auch externe Aufgaben übernehmen sollte. Im Folgenden wird dargestellt, welche wesentlichen Funktionen hiermit verbunden sind:

³⁹ Es wird hier bewusst nicht von einer einzelnen *Person* gesprochen.

Signal setzen

Eine zentrale Ansprechfunktion in der Landeshauptstadt gibt ein klares Zeichen in das Feld der Engagierten hinein, dass Politik und Verwaltung die bestehende Lücke erkannt haben und diese nun konsequent beheben. Die (erneute) Einrichtung einer zentralen Ansprechfunktion markiert nach außen hin die politische Bedeutung, welche die Kommune dieser Frage einräumt und welchen wichtigen Stellwert sie in ihrem Verwaltungshandeln einnimmt. Verbunden damit ist auch die Chance, Entwicklungen in diesem Bereich – positive wie negative – früher und deutlicher wahrzunehmen, um angemessen handeln zu können. Wichtig erscheint, dass die Koordination proaktiv Themen identifiziert und Angebote schafft, damit der Dialog von Politik und Verwaltung mit der Zivilgesellschaft neu belebt und strukturiert werden kann. Diese Funktion als Partner und Themenanwalt des Engagements ist von hoher symbolischer Bedeutung und geht über eine rein fachliche Zuständigkeit hinaus.

Ansprechbar sein

Wie in der Untersuchung deutlich wurde, ist die von den Aktiven wahrgenommene oder eben nicht so empfundene Wertschätzung ihres Engagements ein hohes und sensibles Gut, welches entscheidend zur weiteren Motivation beiträgt. Es sind nicht immer öffentliche Ehrungen, die den Freiwilligen und Hauptamtlichen besonders am Herzen liegen. Manchmal ist es wichtiger, jemanden zu haben, der sich die Fragen, Probleme und Ideen anhört und sich der betreffenden Angelegenheiten annimmt. Die Koordination kann an die richtigen Stellen verweisen und, sofern sich ein konkreter Handlungsbedarf zeigt, notwendige Maßnahmen einleiten oder Änderungsprozesse innerhalb und außerhalb der Verwaltung anregen. Diese zentrale Anlaufstelle wäre offen für die Anliegen der Engagierten und Verantwortlichen aus Initiativen, Vereinen und Verbänden, aber auch für Anfragen von Unternehmen, Stiftungen und den Medien.

Transparenz schaffen

Die Anlaufstelle sollte alle relevanten Informationen zu Fördermöglichkeiten sichtbar machen und verständlich kommunizieren. Ein besonderer Bedarf wird in Bezug auf mangelnde Transparenz über verschiedene Finanzierungswege, nicht nur der kommunalen Förderung, gesehen. Der Einsatz für die Vereinfachung der Mittelbeschaffung und – wo möglich – die Entbürokratisierung von Zuwendungsverfahren wären weitere wichtige Zeichen der Unterstützung. Hilfreich wäre auch eine öffentlich zugängliche Übersicht über die fachlich zuständigen Ansprechpersonen in der Verwaltung, die für spezifische Nachfragen zur Verfügung stehen.

Prozesse moderieren

Der Koordinationsstelle kommt zudem eine Vermittlungs- und Moderationsfunktion zu. Sie bildet damit eine wichtige Schnittstelle zwischen den gesellschaftlichen Sektoren, die letztlich im Engagement zusammenwirken müssen. Dabei ist bisweilen von Interessenunterschieden oder sogar Konflikten auszugehen, z.B. zwischen Haupt- und Ehrenamt oder Verwaltung und freien Trägern, zwischen denen es zu vermitteln gilt. Manchmal geht es auch um eine Art „Übersetzungstätigkeit“ zwischen bürokratischen Notwendigkeiten und zivilgesellschaftlichen Ansprüchen der Gestaltung. Um diese anspruchsvolle Aufgabe leisten zu können, müsste

die Position eher „neutral“ ausgelegt und nur „der Sache verpflichtet“ sein. Dies spricht für ein hohes Maß an Unabhängigkeit im Sinne einer Stabsstelle.

Intern steuern

Um das Engagement effektiver zu fördern, wird künftig eine stärkere verwaltungsinterne Abstimmung notwendig sein. Da momentan die Zuständigkeiten in der Landeshauptstadt recht breit gestreut sind, kommt es mitunter zu Reibungsverlusten. Es mangelt an gegenseitiger Information, an Transparenz über das Wirken der Anderen, einem ganzheitlichen Blick, letztlich einer gemeinsamen Vision. Durch eine interne Steuerung könnten die unterschiedlichen Anliegen besser kanalisiert und an die verantwortlichen Fachbereiche geleitet werden. Dies hätte den positiven Nebeneffekt, dass der Informationsfluss im Hause verbessert würde. Es könnte ein Monitoring der Planungen, Maßnahmen, Ausgaben und ihrer Wirkungen eingeführt werden, wie es in anderen Arbeitsfeldern gängige Praxis ist. Diese Mechanismen auf den Weg zu bringen, wäre eine wesentliche Aufgabe der Koordination, allerdings ist dies mit einigen Herausforderungen verbunden. Die bisherige Arbeitsweise ist eher davon gekennzeichnet, dass in engeren Zusammenhängen gedacht und gehandelt wird. Das hängt primär mit den bestehenden Strukturen, einzelnen Budgetverantwortlichkeiten und gewachsenen Aufgabenzuweisungen zusammen. Es wäre aber möglich, bereichsübergreifende Ziele zu definieren und deren gemeinsame Erreichung als größeren Gewinn für die Kommune anzusehen. Verbunden hiermit ist auch die Klärung und eventuelle Neuordnung der gesamten kommunalen Zuwendungsmittel, die in diesen Förderbereich gehen. Eine abgestimmte Arbeitsweise im Bereich der kommunalen Engagementförderung zu entwickeln wird ein längerer Prozess sein, der zudem von der Verwaltungsspitze ausgehen und unterstützt werden sollte.

Aufgaben klären

Auch nach Einsetzung der Koordination werden weiterhin Zuständigkeiten verschiedener Fachbereiche bestehen bleiben; die Engagementunterstützung von kommunaler Seite wird ihren Querschnittscharakter nicht grundsätzlich verlieren. Das ist mit Blick auf die Vielfalt des Feldes aus fachlicher Sicht auch nicht sinnvoll. Allerdings sollte die jetzige Aufgabenverteilung geprüft und in ihrer Zuordnung ggf. vereinfacht und gebündelt werden. Dieser Prozess wird die finale Aufgabenzuschreibung für die Koordinationsstelle ergeben, die mehr oder weniger starke operative Anteile haben kann. Empfohlen wird jedoch nicht, die gesamte Zuständigkeit hier zu verorten, sondern vielmehr in gemeinsamer Verantwortung das Handeln der Kommune im Engagementbereich zu optimieren. Mit der Einberufung der Projektgruppe für die vorliegende Studie ist ein erster Schritt in diese Richtung unternommen worden.

Politik einbinden

Mit der Verbesserung der internen Abläufe sollte auch eine Intensivierung des Dialogs mit den politischen Gremien einhergehen. Die demokratisch gewählten Vertretungen sollten bereits im Vorfeld notwendiger Entscheidungen stärker in die Entwicklungsprozesse einbezogen werden, ebenso wäre von der Koordination regelmäßig über die erzielten Fortschritte in den Fachausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu erstatten. Damit könnte die teilweise beschriebene Orientierung an Einzelinteressen

überwunden und der Blick auf die Engagementunterstützung als wichtiges Politikfeld als Ganzes geweitet werden. Für die Stärkung des Themas wäre auch an die Einrichtung eines speziellen Ausschusses zu denken.

Haltung verdeutlichen

Es ist wichtig, hier noch einmal hervorzuheben, dass es um die Verbesserung des spezifischen Verwaltungshandelns geht, welches jedoch nur ein Teil des Gesamtgeschehens darstellt. Das Engagement wird in weiten Teilen in Selbstorganisation und eigener Verantwortung von der Zivilgesellschaft, den Menschen und den freien Assoziationen, gestaltet. Diese Vielfalt und den „Eigensinn“ des Engagements gilt es zu erhalten. Das bedeutet, dass es im Wesentlichen darum geht, die entsprechenden Akteure unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit in ihrer Arbeit zu stärken. Aufgabe der Koordination wäre es deshalb auch, intern für ein Grundprinzip der geteilten Verantwortung und der Subsidiarität als Selbstverständnis der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft zu werben. Hier gilt es die Aufgabenteilung zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft partnerschaftlich zu regeln.

Strategie entwickeln

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass eine strategische Ausrichtung der Engagementunterstützung bislang kaum erkennbar ist. Dies hängt sicher auch mit der unzureichend verankerten Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen zusammen. Eine vertiefte Kooperation der Beteiligten und die bessere Vernetzung untereinander kann die Basis für eine gemeinsame Strategieentwicklung in diesem wichtigen Politikfeld sein. Damit würde mittelfristig ein weiterer qualitativer Sprung in der Engagementunterstützung der Landeshauptstadt Potsdam möglich. Angeregt wird hierfür, analog des existierenden Beteiligungsrates, ein entsprechendes Gremium für die Weiterentwicklung der Engagements einzuberufen. Mittelfristig wird empfohlen, in einem beteiligungsorientierten Prozess eine mit der Zivilgesellschaft abgestimmte Engagementstrategie zu erarbeiten und allen Interessierten öffentlich zugänglich zu machen.

6.2 Handlungsfeld 2 – Zusammenarbeit und Vernetzung

Ausbau und Intensivierung der Kooperationsbeziehungen. Der Austausch und die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander sowie zwischen den Trägern und der Verwaltung sollte durch geeignete Formate verbessert werden, ebenso die Kooperation mit Unternehmen.

Wie die Untersuchung gezeigt hat, bemühen sich die Akteure um ein gutes Miteinander. Dabei wird die Beziehung von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen am wenigsten kritisch bewertet. Häufiger werden das Zusammenwirken und die Vernetzung der Organisationen untereinander als verbesserungsbedürftig angesehen. Am Schlechtesten schneidet der Austausch der Zivilgesellschaft mit der Verwaltung ab. Bei letzterem ist deshalb der größte Handlungsbedarf zu sehen, wobei aus externer fachlicher Sicht auf allen Ebenen eine Weiterentwicklung wichtig erscheint. Hier können durch die zuvor empfohlene Einrichtung der Koordinierungsstelle in unterschiedlicher Weise neue Impulse gesetzt werden, die im Folgenden beschrieben sind.

Austausch intensivieren

Für die als prioritär angesehene Verbesserung der Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Politik und Verwaltung kann auf ein bereits erprobtes Format zurückgegriffen werden: die vormals jährlich durchgeführte Ehrenamtskonferenz. Diese wurde zumeist zu Beginn des Jahres zur gemeinsamen Abstimmung der wichtigsten Ziele und Handlungsschritte unter Beteiligung der verschiedenen Akteure einberufen. Es ging dabei z.B. um die inhaltliche Ausrichtung der Preiskategorien des Ehrenamtspreises, die Feststellung von Qualifizierungsbedarfen und andere übergreifende Fragen. Zugleich wurde damit der Gedanke des Arbeitens an einem gemeinsamen Ziel gestärkt – jenseits der verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkte und eventuell vorhandener Interessenunterschiede. Das Format ist also sowohl in fachlicher Hinsicht, wie auch als Verpflichtung der Beteiligten von großer Bedeutung und sollte wieder regelmäßig stattfinden. Die Agenda und die Ausgestaltung sollten dabei in partnerschaftlicher Weise den sich wandelnden Bedarfen angepasst werden.

Es wird darüber hinaus empfohlen, neben einer größeren jährlichen Fachveranstaltung mit möglichst vielen Beteiligten, auch den kontinuierlichen Austausch auf Arbeitsebene wieder vermehrt zu pflegen. Auch hierzu gibt es mit der AG-Ehrenamt bereits gute Ansätze, die gestärkt werden sollten. Ein erneuter Impuls könnte den wichtigen Austausch in verbindlicher und regelhafter Form etablieren. Die Abstimmung der jeweils zuständigen Fachbereiche in der Verwaltung mit den Partnern in der Zivilgesellschaft erfolgt anderenfalls eher anlassbezogen und häufig informell. So wichtig diese direkten Kontakte sind, können Sie eine gemeinsame Verständigung nicht ersetzen, da nur so ein bereichsübergreifender Informationsfluss gewährleistet wird. Es entsteht dadurch nicht nur mehr Transparenz des Handels, es werden auch Anknüpfungspunkte für konkrete Kooperationen sichtbar. Paralleles, nicht abgestimmtes Agieren kann so vermieden werden. Diese Zusammenkünfte könnten quartalsweise auf Einladung der kommunalen Koordination durchgeführt werden. Darüber hinaus können thematische Arbeitsgruppen zu spezifischen Fragestellungen ergänzend sinnvoll sein.

Zivilgesellschaft vernetzen

Auch wenn sich die Empfehlungen primär an die Landeshauptstadt selbst richten, wird angeregt, dass auch die zivilgesellschaftlichen Akteure über eine verstärkte Selbstorganisation und Vernetzung nachdenken. Damit würde die Autonomie der Organisationen gekräftigt, gemeinsames Handeln auch unabhängig von Initiativen der Kommune ermöglicht und zudem die Stimme der Zivilgesellschaft von Politik und Verwaltung deutlicher wahrgenommen. Ein solches „Netzwerk für Engagement“ muss nicht zwingend rechtlich formalisiert sein, es kann aber dazu beitragen, Partikularinteressen zu überwinden und als starker Partner der öffentlichen Seite aufzutreten. Das Ziel wäre, parallel zur Verbesserung der verwaltungsinternen Strukturen, die zivilgesellschaftlichen Formen der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Diese Prozesse könnte die Landeshauptstadt unterstützen, etwa durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder anderen Leistungen.

Unternehmen einbinden

Ein bisher erst teilweise bearbeitetes Feld ist die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Kommune mit der Wirtschaft. Eine Kooperation mit Unternehmen besteht bisher eher punktuell, wie beim Ehrenamtspreis oder bei der Ehrenamtsbörse. In Teilbereichen des Engagements, z.B. im Sport, sind gute Ansätze vorhanden. Eine Etablierung einer gezielten und nachhaltigen Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Sektoren ist jedoch noch eine Zukunftsaufgabe, die von der Koordinationsstelle angestoßen werden könnte. Hier könnte die Landeshauptstadt z.B. im Verbund mit den großen städtischen Konzernunternehmen eine wichtige impulsgebende Funktion einnehmen. Die Landeshauptstadt könnte mit ihren Mitarbeitenden auch selbst im Rahmen von Corporate Volunteering ein positives Beispiel geben. Angeknüpft werden kann zudem an die Erfahrungen der von der Industrie- und Handelskammer bereits durchgeführten „Marktplätze“, welche zivilgesellschaftliche Akteure und Unternehmen zusammenbringen. Angeregt werden kann auch ein gemeinsames Nachdenken über angemessene Freistellungsregelungen und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Engagement.

6.3 Handlungsfeld 3 – Anerkennung und Wertschätzung

Entwicklung einer umfassenden Anerkennungskultur für das freiwillige Engagement in der Landeshauptstadt Potsdam. Dafür sind vorhandene Formate weiter zu entwickeln und durch geeignete zusätzliche Maßnahmen zu ergänzen.

Die Einstellung der handelnden Personen zum Engagement in Potsdam ist grundsätzlich wertschätzend und anerkennend. Dies betrifft die Ebenen von Politik, Verwaltung und der Verantwortlichen in den Organisationen, so der überwiegende Eindruck im Rahmen der Erhebung. Es gibt verschiedene würdigende Maßnahmen und Formate, die dies zum Ausdruck bringen.

Von den Engagierten selbst wird dies jedoch nicht immer als ausreichend wahrgenommen. Die Bedeutung der öffentlichen Anerkennung steht außer Frage. Sie ergänzt im besten Fall einen insgesamt wertschätzenden Umgang mit den Freiwilligen, welcher sich in unterschiedlichen Formen zeigen kann. Auch hier ist die Kommune nicht alleiniger Akteur, sie kann aber einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung einer ganzheitlichen Kultur der Anerkennung leisten. Eine wertschätzende Grundhaltung zeigt sich nicht nur im Bemühen um gute Rahmenbedingungen, sondern braucht bisweilen auch einen expliziten Ausdruck. Diese Maßnahmen können eher ideeller Natur sein, sie können aber auch materielle Konsequenzen haben. Ziel ist eine umfassende Herangehensweise, deren konkrete Ausprägung Gegenstand einer partnerschaftlichen Auseinandersetzung über Notwendiges, Erwünschtes und Machbares sein könnte. Folgende Elemente erscheinen hier aus kommunaler Sicht von besonderer Bedeutung.

Preis verleihen

Die zentrale Rolle, die der seit über zehn Jahren durchgeführte Ehrenamtspreis für die öffentliche Anerkennung hat, ist hinreichend beschrieben worden. Die weitgehend gute Bewertung der Veranstaltung durch alle Beteiligten spricht für sich. Doch auch erfolgreiche Formate können weiterentwickelt werden. Es wird angeregt, ausgehend von den bisherigen guten Erfahrungen, die Veranstaltung hinsichtlich der Auswahl, der Preiskategorien, der Programmgestaltung und auch der materiellen Ausstattung auf weitere Potenziale hin zu prüfen. Als beratendes Gremium käme hierfür die wieder zu aktivierende Ehrenamtskonferenz in Frage, die bereits in der Vergangenheit eine wichtige mitgestaltende Funktion hatte. So könnte der Ehrenamtspreis, eventuell in optimierter Form, auch zukünftig als das wichtigste jährliche Ereignis der Anerkennung wahrgenommen werden.⁴⁰

Engagement auszeichnen

Verdiente Bürgerinnen und Bürger, darunter viele freiwillig Engagierte, werden von der Landeshauptstadt zum Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters eingeladen. Auch dies ist ein Ausdruck der Würdigung der vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten. Darüber hinaus gibt es weitere Auszeichnungen, etwa den Potsdamer Integrationspreis, die Ehrenmedaille des Landes Brandenburg oder den neu ins Leben gerufenen Wettbewerb „Berlin-Brandenburg Preis“ der Stiftung Zukunft Berlin. Grundsätzlich ist diese Vielfalt von Würdigungen zu begrüßen, teilweise liegt die Ausrichtung auch nicht in kommunaler Hand. Es wird dennoch

⁴⁰ Die Kooperation mit dem Dienstleister hierzu ist gerade für drei weitere Jahre vereinbart worden, was jedoch einer eventuellen Weiterentwicklung des Formats nicht entgegenstehen muss.

angeregt, die unterschiedlichen Preise und Ehrungen, die einen Bezug zum Engagement haben, soweit möglich aufeinander abzustimmen und in ein Gesamtkonzept einzubetten. So könnte deren Sichtbarkeit und Wirkung eventuell noch gestärkt werden.

Ehrenamt feiern

Neben der Preisverleihung wird, ausgehend von entsprechenden Vorschlägen aus dem Kreis der Engagierten, als weiterer Höhepunkt die Ausrichtung einer offenen Veranstaltung im Sinne eines „Fest des Engagements“ angeregt. Dieses zusätzliche Format wäre geeignet, die vielfältigen Formen des Ehrenamts in Potsdam sichtbar zu machen und wäre gleichzeitig als „Dankeschön“ an die Engagierten und ihre Organisationen zu sehen. Die Veranstaltung sollte sich an alle Potsdamerinnen und Potsdamer richten und damit zugleich die Möglichkeiten eigenen Engagements aufzeigen. Ähnliche Formate haben sich in anderen Kommunen, z.B. in Berlin, inzwischen bewährt. Die in diesem Jahr erstmals durchgeführte Ehrenamtsbörse bietet zudem inhaltliche Anknüpfungspunkte und erste Erfahrungswerte für eine größer anzulegende Veranstaltung.

Vorteile gewähren

Neben den einmaligen Ereignissen mit großer öffentlicher Ausstrahlung, wird es auch weiterhin darum gehen, über das gesamte Jahr den besonders Engagierten Respekt und Anerkennung zu zollen. Bislang erfolgt dies u.a. durch die Ausgabe des Freiwilligenpasses und der Ehrenamtskarte. Beide Instrumente werden vom Land Brandenburg zur Verfügung gestellt; die Vergabe und die örtliche Ausgestaltung erfolgt jedoch durch die Potsdamer Kommune. Während der Freiwilligenpass ein Dokument darstellt, welches den Inhabern die freiwillige Tätigkeit ab einem bestimmten jährlichen Umfang bestätigt, bietet die Ehrenamtskarte bestimmte Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen und bei privaten Partnern. Dieser grundsätzlich gute Ansatz sollte jedoch hinsichtlich seiner tatsächlichen Nutzung und Wirkung geprüft werden. Es ist u.a. zu fragen, warum für die intendierten Zwecke zwei separate Dokumente notwendig sind. Zu prüfen wäre zudem, wie die damit verbundenen Vergünstigungen in Kooperation mit öffentlichen und privaten Partnern ausgebaut und die Ehrenamtskarte somit attraktiver werden kann. Eine solche Prüfung müsste in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und sinnvoller Weise unter Einbeziehung der Engagierten geschehen.

Auslagen erstatten

Aus fachlicher Sicht ist die Erstattung von im Zusammenhang mit dem Engagement entstandenen Kosten eine Selbstverständlichkeit, die jedoch noch nicht überall Realität ist. Unabhängig von der Größe der Organisation sollte es zukünftig für alle Engagierten möglich sein, diese Auslagen, insbesondere die immer wieder in Rede stehenden Fahrtkosten, unbürokratisch erstattet zu bekommen. Dies sollte ausdrücklich unabhängig von etwa noch zu prüfender Bedürftigkeit gelten. Der jetzige „Härtefallfonds“ wäre demzufolge aufzulösen und dem erweiterten Zweck zuzuführen. Es wird empfohlen, hier eine einheitliche Lösung zu finden, wobei die direkte Aufwandserstattung durch die Freiwilligenorganisationen praktikabel erscheint. Es kann jedoch sein, dass hierdurch eine Aufstockung der Mittel notwendig wird. Der im Rahmen der Erhebung eingebrachte Vorschlag der kompletten

Freistellung des öffentlichen Nahverkehrs für Freiwillige, kann hingegen nicht abschließend bewertet werden, da Aufwand und Nutzen nicht realistisch abzuschätzen sind.

Insgesamt sollte die bisherige Praxis der Anerkennungskultur hinsichtlich ihrer erhofften Wirkung in der Breite und der Resonanz bei den Engagierten in Revision genommen werden. Dabei können die vorhandenen guten Ansätze fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Mitunter wird es aber auch nötig sein, sich von Altem zu trennen und über innovative Formen, z.B. einen Ideenwettbewerb „Neues Engagement“, nachzudenken. Dies gilt etwa mit Blick auf das Engagement von Jugendlichen und Gruppen, die bislang im Engagement weniger vertreten sind.

6.4 Handlungsfeld 4 – Infrastruktur

Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur für das freiwillige Engagement in der Landeshauptstadt Potsdam. Dafür sollten die vorhandenen Einrichtungen gestärkt und ausgebaut, die Freiwilligenkoordination professionalisiert und Weiterbildungsangebote ermöglicht werden.

Engagierte begleiten

Die Kooperation von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen wurde von den Beteiligten als überwiegend gut eingeschätzt. Dennoch besteht hier teilweise Unzufriedenheit, deren Ursachen nicht eindeutig geklärt sind. Die Vermutung: Nicht jede Organisation, die mit Ehrenamtlichen zusammenarbeitet, hat das dafür notwendige Know-How und die zuständigen Mitarbeitenden mitunter zu wenig Zeit für die Einarbeitung und Begleitung der Freiwilligen. Dies muss häufig als nicht klar definierte Aufgabe nebenher erledigt werden. Wichtig wäre, ausreichende Zeitkontingente in den Organisationen einzuräumen und die interne Koordination der Freiwilligenarbeit als wichtige Aufgabe angemessen öffentlich zu finanzieren. Die kommunale Förderpraxis müsste diese Position künftig stärker berücksichtigen.

Qualifizierung verbessern

Ehrenamtliche und Hauptamtliche haben unterschiedliche Qualifizierungsbedarfe, die bezogen auf ihre spezifischen Tätigkeiten zumeist von den Organisationen abgedeckt werden. Darüber hinaus gibt es bereits einige übergreifende Angebote, die jedoch den Akteuren oft gar nicht bekannt sind. Das Vorhandene besser bekannt zu machen, bestehende Lücken zu entdecken und entsprechende Angebote gemeinsam zu entwickeln, wäre ein weiterer Effekt einer intensivierten Zusammenarbeit. Die Aufbereitung und Publikation der Angebote könnte eine gemeinsame Aufgabe der Koordinationsstelle mit den im Folgenden angesprochenen Anlaufstellen sein. Darüber hinaus sollten Kurse zum Freiwilligenmanagement für die koordinierenden Kräfte – haupt- und ehrenamtliche – verfügbar und besser zugänglich gemacht werden. Auch eine gezielte Zusammenarbeit mit der Volkshochschule oder anderen Bildungsträgern zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements könnte angestrebt werden.

Anlaufstellen stärken

Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Nachbarschaftshäuser und ähnliche Einrichtungen können wesentliche Funktionen für die Information und Beratung von interessierten Personen und Vereinen sowie bei der Vermittlung im bürgerschaftlichen Engagement einnehmen. Auch darüber hinaus können sie, etwa bei der Werbung für das Ehrenamt und in Fragen der Fort- und Weiterbildung in diesem Bereich, wichtige Schnittstellen sein. In Potsdam gibt es bereits einige Organisationen, die diese Aufgaben übernehmen, jedoch ist momentan nicht klar, inwieweit sie die an sie gestellten Erwartungen im vollen Umfang erfüllen können. Es wird deshalb empfohlen, eine Evaluation und Profilkklärung vorzunehmen und die Anlaufstellen für die zugewiesenen Aufgaben entsprechend auszustatten. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Entwicklung einer nachhaltigen lokalen Infrastruktur zu Förderung des Engagements.

6.5 Handlungsfeld 5 – Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation zum freiwilligen Engagement verstärken. Zur Sichtbarmachung sollten die vorhandenen Instrumente konsequenter angewendet und die Entwicklung weiterer Maßnahmen, auch mit Blick auf die gesellschaftliche Vielfalt, ermöglicht werden.

Damit das Engagement in seiner ganzen Vielfalt wahrgenommen werden kann, muss es auch öffentlich sichtbar sein. Dafür kann die Kommune einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie aktiv Informationen und Fakten, aber auch Geschichten und Personen zum Engagement kommuniziert. Dafür können unterschiedliche Kanäle und Medien genutzt werden, was zu einer stärkeren Präsenz des Themas führen und die Relevanz des Politikfeldes für die Landeshauptstadt verdeutlichen könnte. Auch dies ist nicht ausschließliche Aufgabe der Stadtverwaltung, sie kann aber die anderen Akteure bei zusätzlichen eigenen Maßnahmen unterstützen. Das Ziel ist eine präzisere und gleichzeitig breitere Darstellung und Medienberichterstattung über die zahlreichen freiwilligen Aktivitäten und Engagementmöglichkeiten, die zu einem besseren Zusammenleben in Potsdam beitragen.

Engagement zeigen

Zunächst wird eine kompakte und anschauliche Darstellung in Form einer Broschüre vorgeschlagen. Ein solches Produkt ist bislang nicht vorhanden, was eine erkennbare Lücke in der Außendarstellung der Landeshauptstadt ausmacht. Man könnte auch sagen: „das Engagement wird unter Wert verkauft“. Eine Übersicht des vorhandenen Engagements schafft Orientierung, sie ist eine Form der Wertschätzung für die Aktiven und kann außerdem eine Anregung zur eigenen Mitwirkung, z.B. auch für die neu Hinzugezogenen in Potsdam, sein.

Neue Medien nutzen

Im Zeitalter der Digitalisierung kommt es zunehmend auf den Einsatz von Online-Instrumenten an, um mit seinen Aktivitäten wahrgenommen zu werden. Was im Internet nicht auffindbar ist, findet oftmals schlichtweg nicht statt. Deshalb wird zunächst empfohlen, dass die Landeshauptstadt die ihrer eigenen Verantwortung unterliegende Website www.potsdam.de verstärkt in den Blick nimmt. Die offizielle Seite der Stadt hält kaum oder nur schwer auffindbare Inhalte zum Engagement vor. Dies ließe sich mit relativ geringem Aufwand beheben, indem eine eigene Kategorie „Engagement in Potsdam“ eingerichtet wird. Damit würde die Bedeutung des Themenfelds angemessen gewürdigt und zugleich eine erste Orientierung für Interessierte ermöglicht. Dies könnte ein ansprechendes „Schaufenster“ der aktiven Stadtgesellschaft sein.

Für eine vertiefte Information, eine umfassende Übersicht der Engagementlandschaft, aktuelle Nachrichten und weitere Hinweise ist die für diesen Zweck eingerichtete Website www.ehrenamt-potsdam.de bestens geeignet. Jedoch kann sie diesen Anforderungen inzwischen inhaltlich und formal nicht mehr genügen, was wohl auch mit dem dafür notwendigen redaktionellen Aufwand zusammenhängt. Hier wäre nach Prüfung der aktuellen Bedarfe und Möglichkeiten ein zeitgemäßer Neuauftritt zu konzipieren, wobei die kontinuierliche Betreuung einkalkuliert werden muss.

Darüber hinaus wären die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung auch in einem umfassenden Sinne zu prüfen, denn diese wird auch auf das Engagement, etwa im Bereich der Ansprache und Vermittlung, deutliche Auswirkungen haben.

Vielfalt ansprechen

Die Erhebung legt nahe, dass bestimmte Gruppen im Ehrenamt in Potsdam weniger vorkommen als andere, z.B. Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung. Zu denken wäre auch an Personen mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungsniveau oder an Geflüchtete. Es drückt sich hier, wie auch andernorts, eine gewisse Mittelschichtorientierung aus, die im Sinne von Vielfalt und Beteiligung überwunden werden sollte. Den Ursachen und einer möglichen Behebung von bestehenden Barrieren könnte in Zusammenarbeit mit dem Büro für Vielfalt und Chancengleichheit auf den Grund gegangen werden. Durch eine gezielte Ansprache und ein Zugehen auf diese Gruppen könnte das Engagement noch stärker zum gleichberechtigten Miteinander und sozialer Teilhabe beitragen.

Abgesehen von diesen Einzelmaßnahmen, sollte die bisherige Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer umfassenden Kommunikationsstrategie überdacht werden. Dazu gehören z.B. die Intensivierung der Pressearbeit, die mediale Verknüpfung der verschiedenen Veranstaltungen und der verstärkte Einsatz von Online-Medien. Nachgedacht werden könnte mittelfristig über eine Kampagne für das Engagement in Potsdam, die das Engagement mit verschiedenen Medien in seiner ganzen Vielfalt zeigt.

6.6 Trägerschaft

Unabhängig vom endgültigen Zuschnitt der Aufgaben kann die formale Anbindung und Ausgestaltung der Koordinierungsstelle unterschiedlich organisiert werden. Es spricht einiges dafür, die Koordination innerhalb der Verwaltung anzubinden, da nur so ein Zugriff auf notwendige Informationen, ein Zugang zu den hausinternen Strukturen und ein Einfluss auf die Verbesserung der kollegialen Zusammenarbeit machbar scheint. Insofern wird keine alleinige Anbindung an eine freie Trägerschaft empfohlen.

Folgende alternative Szenarien erscheinen aus fachlicher Sicht praktikabel:

1. „Kooperationsmodell“

Im Rahmen der Untersuchung wurde gelegentlich das Modell der WerkStadt für Beteiligung diskutiert. Diese wird in geteilter Verantwortung von der Kommune und einem freien Träger paritätisch getragen. Die zugrundeliegende Idee erscheint auch für das Feld des Engagements prinzipiell anwendbar.

Vorteil: Es würde damit zum Ausdruck kommen, dass die Engagementförderung in partnerschaftlicher Weise von der Kommune mit der Zivilgesellschaft ausgestaltet wird. Vorstellbar wäre, die zivilgesellschaftliche Seite im Verbund von mehreren freien Trägern zu besetzen, um möglichen Interessenskonflikten vorzubauen.

Nachteil: Diese Variante hätte einen hohen Abstimmungsbedarf. Würde hierfür optiert, müsste die Ausgestaltung einer geeigneten Partnerstruktur gewissenhaft erfolgen.

2. „Modell Beteiligung und Engagement“

Vorstellbar ist, den Aufgabenkatalog der jetzigen WerkStadt für Beteiligung um das Spektrum der Engagementunterstützung zu erweitern, da hier eine Reihe von thematischen Schnittpunkten bestehen. Dieses Modell wäre sowohl allein von der Landeshauptstadt oder gemeinsam mit der Zivilgesellschaft denkbar und impliziert deshalb ggf. die oben beschriebenen Vor- und Nachteile des Kooperationsmodells.

Vorteil: Wie gezeigt, sind in einem ganzheitlichen Engagementverständnis die Aspekte von Partizipation und Mitwirkung oftmals mit angelegt, sodass hier die bereits vorhandene Expertise genutzt und die bestehende Struktur ausgebaut werden könnte.

Nachteil: Es müsste sichergestellt werden, dass die erweiterte WerkStadt hinreichende Kompetenzen erhält, notwendige Veränderungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung anzuschieben. In diesem Fall wird empfohlen, die künftige Anbindung der „WerkStadt für Beteiligung und Engagement“ zu überprüfen.

3. „Stabstellen-Modell“

Als Variante, die eine schnellere Umsetzbarkeit und eine möglicherweise bessere operative Handlungsfähigkeit bedeuten könnte, ist die Einrichtung einer entsprechenden Stabsstelle beim Oberbürgermeister zu benennen⁴¹.

Vorteil: Auch hierdurch käme eine Aufwertung des Themas zum Ausdruck. Bestehende Strukturen im Hause blieben unangetastet, eine eventuell komplizierte

⁴¹ Damit ist nicht die vormalige Ausgestaltung dieser Funktion als Teilzeitvariante für einen einzelnen Koordinator gemeint. Diese käme nur als „Minimal-Lösung“ in Betracht, die hier ausdrücklich nicht empfohlen wird.

Trägerkonstruktion wäre nicht notwendig. Dadurch könnten sich die notwendigen Abstimmungsprozesse einfacher gestalten.

Nachteil: Eine direkte Verankerung in der Zivilgesellschaft besteht nicht. Jedoch müssten auch in diesem Fall gute und verlässliche Partnerstrukturen mit der Zivilgesellschaft aufgebaut werden, damit die Koordination nicht als reine Verwaltungseinheit wahrgenommen wird.

4. „Modell Engagement, Beteiligung und Vielfalt“

Eine weitere Option wäre schließlich, zumindest als mittelfristige Überlegung, die Zusammenlegung aller in kommunaler Trägerschaft befindlichen Stellen mit ähnlicher bzw. naheliegender Aufgabenstellung als gemeinsame größere Einheit.

Vorteil: Mit einer solchen Bündelung könnten erhebliche fachliche und materielle Synergien verbunden sein und zugleich eine ganz andere Durchschlagskraft für das gesamte Themenfeld von Engagement, Vielfalt und Beteiligung in der Potsdamer Stadtgesellschaft erreicht werden.

Nachteil: Damit wäre sicher eine Vielzahl personeller, inhaltlicher und struktureller Fragen verbunden, deren Klärung einige Zeit dauern würde.

Tabellarische Übersicht:

KRITERIUM	„MINIMAL-VARIANTE“/ URSPRÜNGLICHES MODELL	KOOPERATIONS- MODELL	MODELL BETEILIGUNG UND ENGAGEMENT	STABSTELLEN- MODELL	MODELL ENGAGEMENT, BETEILIGUNG UND VIELFALT
UMSETZBARKEIT	kurzfristig	mittelfristig	mittelfristig	kurz- bis mittelfristig	langfristig
PERSONALBEDARF	gering	variabel/ aufgabenabhängig	variabel/ aufgabenabhängig	variabel/ aufgabenabhängig	variabel/ aufgabenabhängig
VERANKERUNG IN DER ZIVILGESELLSCHAFT	keine	hoch	mittel bis hoch	keine	abhängig von Ausgestaltung
VERANKERUNG INNER- HALB DER VERWALTUNG	mittel	mittel bis hoch/ abhängig von Angliederung	mittel bis hoch/ abhängig von Angliederung	hoch	hoch

Für welches Modell man sich nach Abwägung aller Argumente und Kriterien am Ende auch entscheiden mag, es sind aus fachlicher Sicht zwei Bedingungen hervorzuheben:

- Zum einen erscheint in jedem Fall eine gute strukturelle Verankerung, d.h. eine **hohe Anbindung innerhalb der Verwaltung** wichtig, verbunden mit einer ausreichenden Kompetenzzuweisung und klaren Aufgabenbeschreibung sowie eine adäquate personelle Besetzung.
- Zum anderen ist aufgrund des bleibenden Querschnittscharakters der Thematik eine **dezentrale Verzahnung** aller fachrelevanten Einheiten notwendig. Empfohlen wird, angelehnt an die für die Untersuchung eingesetzte Projektgruppe, ein dauerhaftes verwaltungsinternes Gremium zu etablieren. Vertreterinnen und Vertreter aller Geschäftsbereiche sollten im Sinne einer **Steuerungsgruppe** die zentrale Koordination in geeigneter Weise ergänzen, auch um den Wissenstransfer zwischen den Geschäftsbereichen und der Koordination sicherzustellen.

Ressourcen

Die Bemessung der Ausstattung mit Personal und Sachmitteln ist nicht abstrakt möglich, sondern abhängig von den zugewiesenen Aufgaben. In jedem Fall ist die vormalige Besetzung mit einem Viertel einer Vollzeiteinheit nicht ausreichend. Plausibler erscheint eher die Anlehnung an vergleichbare Strukturen wie die WerkStadt für Beteiligung, das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt oder TOSIP, wo jeweils mehrere Personen als Team ein ähnlich komplexes Themenfeld bearbeiten. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, ob und in welchem Maße auch operative Aufgaben hier angebundnen werden. Es zeichnet sich jedoch ab, dass für die Aufgaben der Koordination und Steuerung der Engagementunterstützung mehr Mittel als bislang benötigt werden. Vielleicht könnten hierfür jedoch auch die vorhandenen Ressourcen gezielter eingesetzt werden. Es wird deshalb empfohlen, den gesamten Zuwendungsbereich der Engagementförderung durch ein geeignetes Controlling zu hinterlegen.

6.7 Ausblick

Die aufgeführten Empfehlungen zeigen, in welche Handlungsfelder die Landeshauptstadt investieren sollte, um das lebendige und vielfältige Engagement und seine kommunale Unterstützung in Potsdam künftig noch wirkungsvoller und ertragreicher für alle zu gestalten. Es liegt nun an den Verantwortlichen, zu entscheiden, welchen Empfehlungen sie folgen und welche Prioritäten sie dabei setzen. Welche Ziele sollen mit der Engagementförderung in Zukunft verfolgt werden? Wie werden die wichtigen Aufgaben der Abstimmung und Koordination von den unterschiedlichen Akteuren erfüllt?

Ausgehend von diesen Entscheidungen lässt sich erst berechnen, welche personellen und materiellen Ressourcen in der Landeshauptstadt für das Feld der Engagementförderung insgesamt und deren Koordination im Speziellen benötigt werden und wo eine Koordinationsstelle am sinnvollsten angebundnen werden sollte. Dazu wäre die Entwicklung einer geeigneten Umsetzungsstrategie sinnvoll.

Der durch diese Studie eingeleitete Prozess der Befassung mit und die große Bereitschaft aller Beteiligten zur Mitwirkung an der Untersuchung bieten gute Voraussetzungen für eine nachhaltige und strategische Ausrichtung der weiteren Arbeit. Die Vielfalt des Engagements zu erhalten und weiter auszubauen, ist ein lohnendes Ziel von dem die ganze Stadtgesellschaft profitieren kann. Diese Investition würde sich auszahlen – der soziale Ertrag für das Gemeinwesen läge um ein Vielfaches höher.

7. Anhang

7.1 Leitfaden der Interviews mit den Expertinnen und Experten

1. Daten

Termin/Zeit:

Name:

Funktion/HA-EA:

Engagementbereich/e:

2. Einstellungen

- a.) Welche Erfahrungen verbinden Sie mit Ehrenamt/Bürgerschaftlichem Engagement?
- b.) Was kann das freiwillige Engagement für das Gemeinwesen leisten?
- c.) Was ist die wichtigste positive Eigenschaft/Wirkung des Engagements?

3. Rahmenbedingungen

- a.) Engagieren sich nach Ihrer Auffassung in Potsdam sehr viele/viele/genügend/zu wenig Menschen?
- b.) Wie schätzen Sie das Wirken der Landeshauptstadt Potsdam (Verwaltung) im Bereich Engagement ein? Finden Sie es angemessen?
- c.) Welche Anerkennung/Wertschätzung gibt es für das Engagement in Potsdam? Finden Sie dies angemessen? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?
- d.) Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit von Haupt-und Ehrenamtlichen in den Organisationen ein? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?
- e.) Wird das Engagement ausreichend (finanziell) gefördert? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?
- f.) Welche Formen/Strukturen/Anlaufstellen, die über Engagement informieren, sind Ihnen bekannt? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?
- g.) Welche Qualifizierungsmöglichkeiten für EA und HA sind Ihnen bekannt? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?
- h.) Sollten für das freiwillige Engagement (auch) finanzielle Anreize gesetzt werden (z.B. pauschaler Auslagenersatz oder Aufwandsentschädigungen)?

4. Kooperation

- a.) Wie schätzen Sie den Austausch und die Kooperation zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen ein? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?
- b.) Wie schätzen Sie die fachliche Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Politik und Verwaltung ein? Welche weiteren Möglichkeiten/Bedarfe sehen Sie in dieser Hinsicht?

- c.) Wie schätzen Sie die kommunale „Steuerung“ des Bürgerschaftlichen Engagements ein? Wie schätzen Sie die Abstimmung zwischen den Fachbereichen ein? Welche Entwicklungsbedarfe sehen Sie hier?
- d.) Inwieweit sind Unternehmen in das Engagement und seine Förderung eingebunden? Welchen Entwicklungsbedarf sehen Sie hier?
- e.) Inwieweit sind Stiftungen in das Engagement und seine Förderung eingebunden? Welche Potenziale sehen Sie hier?

5. Teilhabe/Integration

- a.) Inwieweit werden junge Menschen genug für ein Engagement angesprochen und gewonnen? Welche Anregungen haben Sie hier?
- b.) Inwieweit werden ältere Menschen genug für ein Engagement angesprochen und gewonnen? Welche Anregungen haben Sie hier?
- c.) Inwieweit werden Menschen mit Migrationshintergrund genug für ein Engagement angesprochen und gewonnen? Welche Anregungen haben Sie hier?
- d.) Inwieweit werden Menschen mit Behinderung genug für ein Engagement angesprochen und gewonnen? Welche Anregungen haben Sie hier?
- e.) Inwieweit werden Menschen unterschiedlichen Geschlechts gleichermaßen angesprochen und erreicht? Welche Anregungen haben Sie hier?
- f.) Inwieweit werden nach Ihrer Auffassung Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung gleichermaßen angesprochen und erreicht? Welche Anregungen haben Sie hier?
- g.) Welchen Beitrag kann das Engagement zur Integration von geflüchteten Menschen leisten? Welche Anregungen haben Sie hier?

6. Mitwirkung

- a.) Welcher Zusammenhang besteht für Sie zwischen Engagement und (politischer) Mitwirkung?

7. Abschluss

- a.) Haben Sie weitere Anregungen/Fragestellungen zum Engagement in der LHP?
- b.) Werden Sie am Engagement-Forum am 14. Mai 2018 teilnehmen?

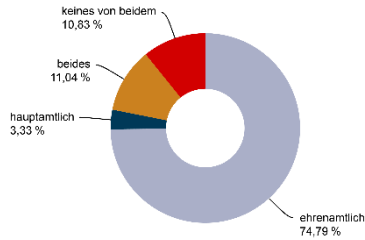
Vielen Dank für Ihre Mitwirkung.

7.2 Namen der Befragten

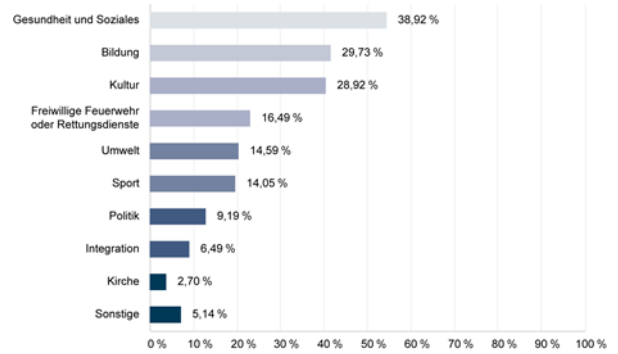
- Jörg Bindheim / LHP / Gesundheit und Soziales
- Katrin Binschus-Wiedemann / Soziale Stadt Potsdam e.V.
- Janek Buchheim / LHP / TOSIP
- Imke Eisenblätter / Ausschuss Gesundheit, Soziales, Inklusion
- Bernhard Fricke / Flüchtlingshilfe
- Torsten Gessner / LHP / Sportförderung
- Carsten Hagenau / Agentur/ Kommunikation
- David Kolesnyk / Ausschuss für Jugendhilfe
- Michael Kroop / LHP / Nachbarschafts- und Begegnungshäuser
- Gerhard Meck/ ehem. Ehrenamtskoordinator
- Jacqueline Niendorf / SEKIZ e.V.
- Dr. Karin Schröter / Ausschuss Kultur und Wissenschaft
- Bernd Schulze / AWO-Ehrenamtsagentur
- Joos van den Dool / Stadteilnetzwerk Potsdam West
- Clemens Viehrig / Ausschuss Bildung und Sport
- Jörn-Michael Westphal / ProPotsdam GmbH

7.3 Ergebnisse der Online-Umfrage

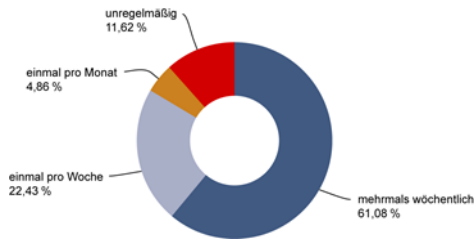
Q1 Sind Sie ehrenamtlich oder hauptamtlich im Engagement tätig?



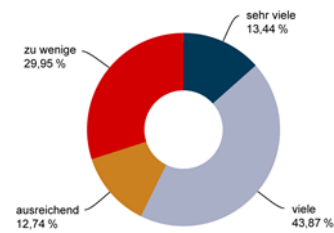
Q2 In welchem/n Bereich/en engagieren Sie sich? (Mehrfachnennung möglich)



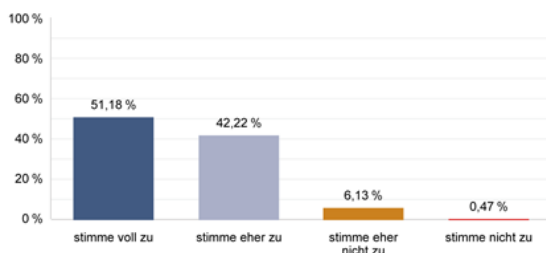
Q3 In welchem Umfang engagieren Sie sich?



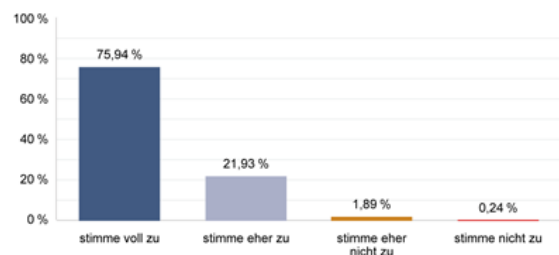
Q4 Wie viele Menschen engagieren sich Ihrer Auffassung nach in Potsdam?



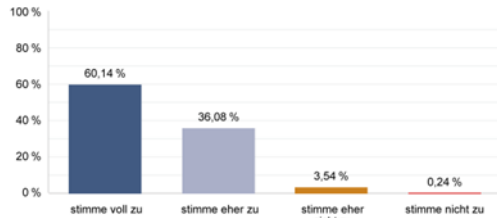
Q5 Mit dem Ehrenamt/Bürgerschaftlichen Engagement verbinde ich positive Erfahrungen.



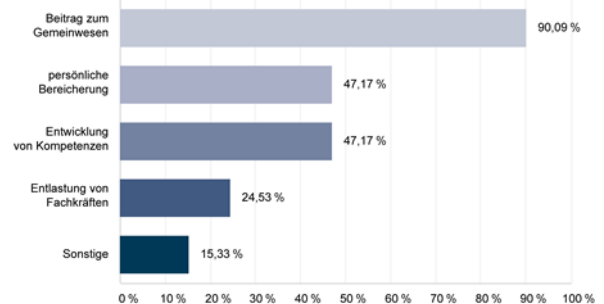
Q6 Das freiwillige Engagement kann viel für das Gemeinwesen leisten. (Bitte schätzen Sie diese Aussage ein.)



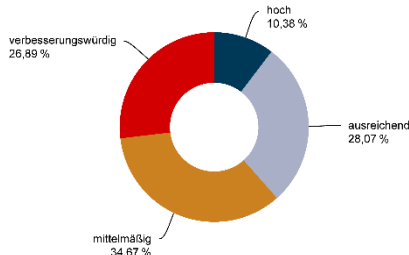
Q7 Das freiwillige Engagement ist auch für die Aktiven selbst ein Gewinn. (Bitte schätzen Sie diese Aussage ein.)



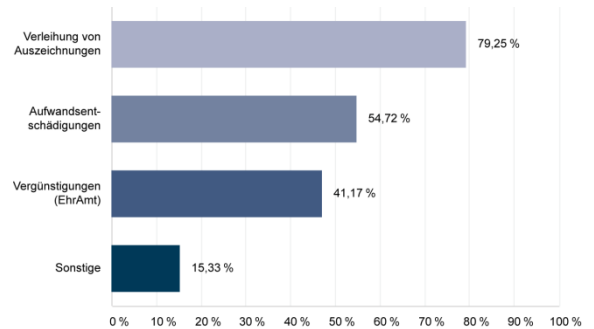
Q8 Welches ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Wirkung des Engagements? (Mehrfachnennung möglich)



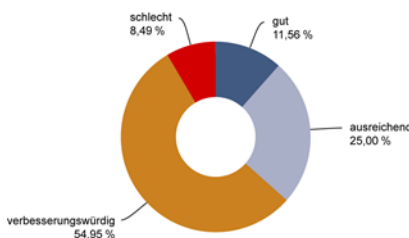
Q9 Wie schätzen Sie die Anerkennung Ihres eigenen Engagements in Potsdam ein?



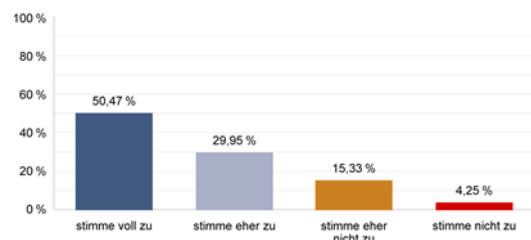
Q10 Welche Formen der Anerkennung sind Ihnen bekannt? (Mehrfachnennung möglich)



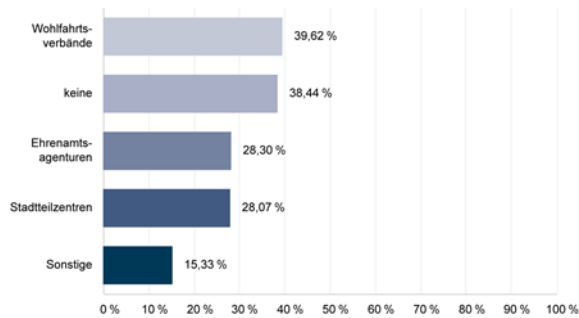
Q11 Wie schätzen Sie die Qualifizierungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche in Potsdam ein?



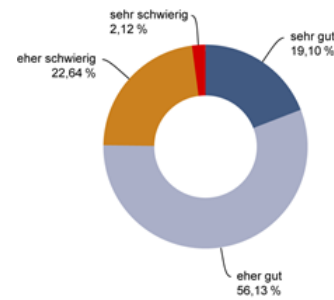
Q12 Für das freiwillige Engagement sollten auch finanzielle Anreize gesetzt werden (z.B. pauschaler Auslagenersatz oder Aufwandsentschädigungen). (Bitte schätzen Sie diese Aussage ein.)



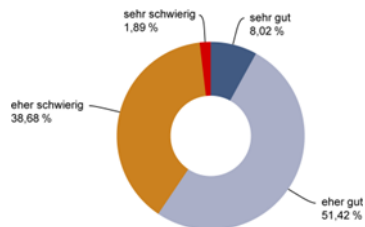
Q13 Welche Anlaufstellen, die über Engagement informieren, sind Ihnen bekannt?



Q14 Die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in den Organisationen läuft ...



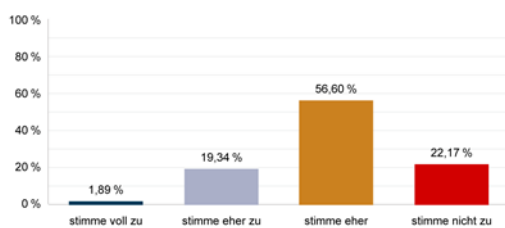
Q15 Der Austausch und die Zusammenarbeit der Organisationen untereinander ist ...



Q16 Die Zusammenarbeit der Organisationen mit Politik und Verwaltung ist ...



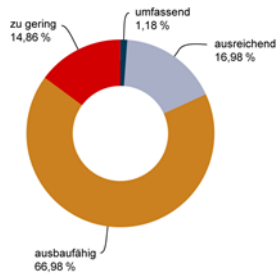
Q17 Das Engagement in Potsdam wird ausreichend finanziell gefördert. (Bitte schätzen Sie diese Aussage ein.)



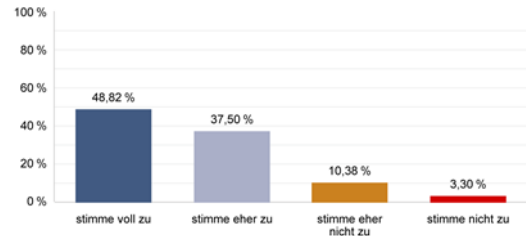
Q18 Die Förderung von Engagement durch Unternehmen in Potsdam ist ...



Q19 Die Förderung von Engagement durch Stiftungen in Potsdam ist ...



Q20 Engagement kann zur Integration von geflüchteten Menschen beitragen. (Bitte schätzen Sie diese Aussage ein.)



7.4 Engagement-Forum: Teilnehmende Organisationen

Am Engagement-Forum haben 40 Personen teilgenommen, die aus den folgenden Organisationen und Einrichtungen kamen. Die Einrichtungen sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

- AWO Ehrenamtsagentur
- Begegnungshaus Drewitz "oskar"
- Bürgervertretung Drewitz
- Diakonisches Werk Potsdam e.V.
- Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.
- Fraktion DIE aNDERE
- Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.
- Groß Glienicker Begegnungshaus e.V.
- KUBUS gGmbH
- LHP - AG Grünflächenpflege und Verkehrssicherung
- LHP - Bereich Gesundheit und Soziales
- LHP - Bereich Stadterneuerung
- LHP - Bereichsleiter Sportförderung
- LHP - Fachbereich Kultur und Museum
- LHP - Strategische Steuerung
- LHP - TOSIP (Tolerantes und Sicheres Potsdam)
- LHP - WerkStadt für Beteiligung
- LHP - Grünflächenpflege
- NABU-Kreisverband Potsdam e.V.
- OB-Kandidat
- Presse, Potsdamer (Stadtmagazin)
- ProPotsdam GmbH
- SEKIZ e.V.
- Soziale Stadt Potsdam e.V.
- Fraktion DIE LINKE
- Stadtsportbund Potsdam e.V.
- SPD-Fraktion
- Weitere fünf Engagierte, ohne Zuordnung zu einer Organisation

7.5 Engagement-Forum: Dokumentation der Ergebnisse des World Cafés

Die folgenden Themen wurden jeweils an zwei Tischen diskutiert:

Themenbereich A:

Anerkennung und Wertschätzung von ehrenamtlichem Engagement in Potsdam

Themenbereich B:

Zusammenarbeit wichtiger Akteure im Bereich des ehrenamtlichen Engagements beziehungsweise der Förderung von ehrenamtlichem Engagement

Themenbereich C:

Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement in Potsdam

Die folgenden Ergebnisse sind eine Abschrift der während des World Cafés entstandenen Plakate. Daher können Doppelungen bei den Inhalten auftreten, wenn diese an verschiedenen Tischen benannt wurden.

Ergebnisse Themenbereich A

Anerkennung und Wertschätzung von ehrenamtlichem Engagement in Potsdam

Runde 1: „Was wir erhalten wollen...“

- Denkmalsalon für Ehrenamtler (Tag des offenen Denkmals zusammen mit unterer Denkmalbehörde)
- Veranstaltungen wie diese regelmäßig anbieten – gern mit Politikern
- Ehrenamt soll sichtbar werden durch Veranstaltungen + Presse, aber es muss keine Großveranstaltung wie der Ehrenamtspreis sein
- Bürgervereine weiterhin unterstützen durch die LHP
- Ehrenamtspreiseinladung habe ich sehr schön empfunden
- EhrenamtskoordinatorIn
- Offene Haltung der Stadtangestellten
- Jeden GB Potsdamer Verwaltung ein Ansprechpartner für Ehrenamt
- Ehrenamtspreis als ein Highlight im Jahr beibehalten
- Mitwirkung der Verwaltung = Anerkennung innerhalb Verein, Anerkennung – ja
- Zivil und öffentlich – weniger
- Anerkennung = Wertschätzung des Geleisteten = nicht ignorant eigene Programme umsetzen
- Hilfe = Anerkennung

Runde 2: „Was wir verändern wollen...“

- Vielfalt zulassen!
- Sorge: Rückgang von Ehrenamts-Engagement
- Jugend engagieren zum Mitmachen
- Öffentlichkeitsarbeit, Möglichkeiten der Informationsweitergabe anbieten (Presse, Potsdam-TV...)
- Offenheit gegenüber Ideen in Bevölkerung & Verwaltung schaffen
- Verwendungsnachweise (Wer?)
- Ehrenamtsbudget: gesamtstädtisch, Stadtteilbezogen
- Anträge gegenüber Verwaltung um Unterstützung, nicht mehr „Nein!“ => „Wir versuchen es“
- EhrenamtskoordinatorIn
- Überdenken des Begriffs Anerkennung
- Öffentliche Darstellung => Gefühl vermitteln „Wir wissen was ihr leistet“
- Fahrtkostenerstattung über die Härtefallregelung hinaus
- Betreuung vs. Partnerschaft Ehrenamt / Verwaltung
- Ehrenamt ist nicht kostenlos!
- Abbau Bürokratismus im Ehrenamt
- Öffentliche Darstellung vom Ehrenamt
- Das Gefühl, wir wissen, was ihr leistet, fehlt.

Runde 3: „Wie wir die Ziele erreichen können...“

- Entwicklung Ehrenamtskonzept von unten („bottom up“)
- Anerkennung innerhalb des Ehrenamtes => kein Zusatztermin
- Erfahrungsaustausch zwischen haupt- und rein ehrenamtlichen Aktiven
- Relaunch www.ehrenamt-in-potsdam.de
- Karte/Übersicht von Vereinen/Initiativen
- Motivation
- Früh übt sich (im Schulalter): Zuspruch geben, Zutrauen geben
- Differenzierung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen bei der Anerkennung
- Termindatenbank für alle Verbände
- Neue Ehrenamtliche gewinnen
- Ehrenamtspreis: Nicht zu viel Geld in teure Moderation und Essen stecken
- Direkte Anerkennung der Ehrenamtlichen durch Kultur-Ticket
- Verwaltung muss auch auf die Ehrenamtler zugehen
- Ehrenamtskoordinator neu einstellen bei LHP!
- Ehrenamtspreis fortsetzen!
- Öffentlichkeitsarbeit Ehrenamt = Wertschätzung
- Ehrenamtsbörse etablieren
- Vielfalt des Ehrenamtes sichtbar machen
- Logistik Ehrenamt => Synergien (zum Beispiel Information AWO)
- Zum Beispiel Räume
- Anerkennende Gespräche auf Augenhöhe LHP-Ehrenamt (zeitnahe Termine)
- Kostenloses VIP-Ticket, Kultur-Tickets
- Parken für Ehrenamtliche

- Ehrenamtstag der Verwaltungsleiter => praktisch mitarbeiten und Arbeit wahrnehmen
- Haus des Ehrenamts (wie Rechenzentrum)
- Förderung kleiner Vereine
- Ressourcen sparen

Ergebnisse Themenbereich B

Zusammenarbeit relevanter Akteure im Bereich des ehrenamtlichen Engagements bzw. der Förderung von ehrenamtlichem Engagement

Runde 1: „Was wir erhalten wollen...“

- Schnelle Aktivierung (zum Beispiel Ende 2015 im Rahmen der Geflüchtetenunterstützung)
- Gemeinsame Ziele machen stark und ermöglichen effektive Zusammenarbeit
- Klare Ansprechpartner machen vieles leichter: TOSIP ist ein gutes Beispiel
- Gute Grundlage für EA-Arbeit schaffen
- Fahrtkostenübernahme
- Im Sport gemeinsame Ziele zwischen den Vereinen und der Stadtverwaltung
 - Sportentwicklungsplanung
 - Verteilung von Fördermitteln wird abgestimmt
 - Sportstättenkommission
 - Stadt stellt Sportanlagen - Vereine führen Sport durch
 - AG Ehrenamt/Zusammenschluss mehrerer Potsdamer Freiwilligenagenturen (Ziel: Ehrenamt in Potsdam zu stärken/zu vernetzen/neue Akteure zu finden)
 - Durchführung einer EA-Konferenz: angestrebt enge Zusammenarbeit mit LHP
- Härtefallfonds
- AG-Ehrenamt und EA Agenturen
- Ehrenamtsbörsen
- Ehrenamtskonferenzen
- Kenntnis von anderen Gruppen: Was gibt es? Sozialverbände-Umweltverband
- Wunsch: Fachtage
- Kurse weg in Verwaltung funktioniert
- Förderung kurze Wege in den Vereinen anstatt über persönliche Beziehungen!
- Bedarf: Netzwerk, Ehrenamt, Website
- Koor. Querschnitt

Runde 2: „Was wir verändern wollen...“

- Es muss einen zentralen Ansprechpartner geben
- Kommunikation ist Glückssache intern-extern
- Ehrenamtsverzeichnis erforderlich
- Zentrale Plattform für Ehrenamt LHP
- Wer macht Ehrenamt?
- Vergünstigungen, zum Beispiel kostenfreie Parkplätze für Telefonseelsorge
- Kommunikation
- Matching: Welche Info von wem für wen?
- Informationsfluss zwischen Stadt und Akteuren

- Netterer Umgang mit der Verwaltung
- Ehrenamtspreis hat zu sehr Schaufenster Charakter
- Keine klaren Ansprechpartner in der LHP
- Führungskräfte sollen Zusammenarbeit mit Ehrenamt aktiv unterstützen
- Innerhalb der LHP ist die Abstimmung zu Ehrenamt/BE sehr brüchig
- Ehrenamt Potsdam.de ist nicht gut geführt
- Es braucht Ressourcen
- Es braucht stetige Anerkennungsmöglichkeiten (nur Ehrenamtspreis reicht nicht)
- Verhältnis Ehrenamt-Hauptamt => Diskussion
- Hauptamtliches Personal für Ehrenamt
- Einen Ansprechpartner
- Ehrenamtskoordination
- Vernetzungs- Plattform für Institutionen
- Neben.de für Bürger
- Themenbezogen jährliches Treffen zum Austausch „was gibt es wo“
- Bessere Unterstützung des Ehrenamtes im Sport durch hauptamtliche Stellen: gilt auch in anderen Branchen

Runde 3: „Wie wir die Ziele erreichen können...“

- Ehrenamtskoordinator: globale Aufgaben, Bereichsübergreifend
- Koordinierungsstelle für EA ähnlich Werkstatt für Beteiligung
- Gruppen jenseits des klassischen Ehrenamts mitdenken => Begriffsklärung
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- Anerkennungskultur des EA in der Verwaltung
- Grundvoraussetzungen schaffen in der Struktur der Verwaltung
- Differenzierte Diskussion in den Dezernaten zu diesem Thema
- Eine hauptamtliche Stelle / Ansprechpartner für Ehrenamtler (Stabsstelle!)
- Regelmäßige Treffen LHP /Ehrenamtler
- AG-Ehrenamt sozial und AG Ehrenamt Sport und AG Ehrenamt
- Ein Mitarbeiter Stadt LHP
- Beteiligung der Akteure in Strategiebildung und Zielsetzung
- Es braucht AnsprechpartnerInnen für verschiedene Engagement-Sektoren
- Ziele definieren und Ergebnisse messen
- Struktur und Programm
- Klare Ziele der Stadt Potsdam? => Erst Ziele, dann Lösungen
- Privat engagierte Personen auch berücksichtigen, nicht nur Vereine

Ergebnisse Themenbereich C

Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement in Potsdam

Runde 1: „Was wir erhalten wollen...“

- In Bezug auf Beteiligung:
 - Rederecht in der SVV, Einwohnerfragestunde
 - Thematische Bürgerversammlung
 - Beteiligungsverfahren
 - Werkstatt für Beteiligung
 - Bürgerhaushalt
- In Bezug auf Ehrenamt:
 - Ehrenamtspreis, Ehrenamtskarte
 - Stadtjugendring, Jugendverbände (zum Beispiel...)
 - Bürgervertretungen in den Stadtteilen, Stadtteilräte, Einbeziehung in Entscheidungen
 - Ehrenamtsagenturen
 - Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, Stadtteilzentren
- In Bezug auf finanzielle Unterstützung/ Förderung:
 - Jugendkulturfond
 - finanzielle Förderung der Ehrenamtsträger
 - kostenfreie Nutzung von Sportstätten durch Vereine
 - Fördervereine verschiedener Einrichtungen (z.B. Schulen, Museen, FFW...)
 - Bürgerstiftung
 - Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, Stadtteilzentren
 - Gegenseitige Unterstützung: Ehrenamtliche bestärken sich

- Fahrtkosten Erstattung
- Potsdamer Ehrenamtsbörse am 17.5.2018
- Integrationsbudget der LHP
- Vorhandensein von Ehrenamtsagenturen und Ehrenamtskarte
- Versicherung bei der Tätigkeit über das Land
- Interne Fortbildung für Ehrenamtliche bei den großen Fragen

Runde 2: „Was wir verändern wollen...“

- Beteiligung:
 - Beteiligungsgremien qualifizieren und coachen
 - Transparente Übersicht über Beteiligungsmöglichkeiten und Ansprechpartner
 - Quartiersmanagement muss stadtweit finanziert werden
 - Informationsrecht bei Bauplanungen muss transparenter werden
 - Nachbarschaftshäuser als Orte für Beteiligung weiterentwickeln und finanzieren, alle Stadtteile
- Ehrenamt ist keine Arbeit:
 - Wie gewährleistet es die Stadt, dass das Ehrenamt nicht ausgenutzt wird (zum Beispiel Wohlfahrtsverbände)?
 - Ehrenamt versus kommerzielle Angebote

- Wo ist Ehrenamt noch Ehrenamt?
- Unterstützung von Fachkräften bei der Begleitung Ehrenamtlicher
- Ehrenamtsagenturen:
 - Vermittlung von Ehrenamtlichen hat nicht funktioniert
 - Professionelle Unterstützung und Qualifizierung unzureichend (zum Beispiel Aufsichtspflicht, Bildrechte, GEMA, Haftung von ehrenamtlichen Vorständen)
- Unterstützung des Ehrenamts durch Pressebüro der LHP:
 - Pressemitteilungen auf Website veröffentlichen
 - Informationen zur Verfügung stellen
 - Newsletter der LHP
 - Zentrales Genehmigungsverfahren (Grünfläche, Emissionsschutz, Schank...)
- Finanzierung:
 - Unkomplizierter Fonds für Projekte von Ehrenamtlichen (ca. 250 Euro)
 - Förderungsrichtlinien vereinfachen und rechtzeitig auszahlen
 - Unterstützung bei der Abrechnung von Fördermitteln
 - Ehrenamtskoordination muss bezahlt werden, zum Beispiel bei freien Trägern
- Rahmenbedingungen seitens LHP für Ehrenamt
- Ansprechpartner bei LHP für Ehrenamt
- Kultur in LHP / Verwaltung verbessern gegenüber Ehrenamtsträgern
- www.ehrenamt-potsdam.de verbessern!
- Budget einfach zur Verfügung stellen/ Geld für Projekte
- Online Ehrenamt verbessern
- Nebenan.de
- Ehrenamt und Migration zum Thema machen
- Wenig Unterstützung seitens der Stadt, nur Einzelpersonen unterstützen
- Plattform für Ehrenamt

Runde 3: „Wie wir die Ziele erreichen können...“

- Durch die Verwaltung:
 - Öffentlichkeitsarbeits-Website verbessern (www.potsdam.de),
 - Beteiligungsmöglichkeiten und Ansprechpartner für Einwohner auflisten,
 - Pressemitteilungen auf www.potsdam.de veröffentlichen und für (kleine) Träger zugänglich machen
- Finanzen:
 - Unkomplizierte Projektfonds für Ehrenamtliche
 - Ehrenamtskoordination und Begleitung vor Ort (zum Beispiel in Nachbarschaftshäusern) bezahlen
 - Ehrenamt kann sich nicht selbst koordinieren, braucht Hauptamtliche
 - Ansprechpartner für die Anliegen Ehrenamtlicher in der Verwaltung
 - Bürgerhaushalt mit Budget zur Umsetzung der Vorschläge
 - Werkstatt für Beteiligung in ihrer Wirksamkeit erweitern (Auftrag und Ausstattung)

- Wichtige Frage: Braucht es eine zentrale Zuständigkeit für Ehrenamt in der LHP? Wie können Vereine/Organisationen vor Ort unterstützt werden?
- Durch die Organisationen/Vereine/Träger:
 - Ehrenamtsagenturen: Aufgaben klären (kann die Vermittlung an Einrichtung vor Ort überhaupt funktionieren?)
 - Ehrenamt bekannt machen (zum Beispiel in Schulen)
 - Materialpool für Projekte (nicht jeder braucht alles)
 - Qualifizierungen für Ehrenamtliche anbieten
 - Übersichtskarte: Ehrenamt in Potsdam erstellen
- Sonstiges:
 - Kostenloser Fahrschein für Ehrenamtliche
 - Anwohnerparkkarten
 - „soziale Stadt“ für alle Stadtteile
 - Stadtteilmobile, Fahrdienste
 - Bessere Terminkoordination in der LHP
- Adressatenorientierte und anwenderfreundliche Formulare zur Beantragung von Fördermitteln!
- Transparenz über Fördermöglichkeiten/Newsletter
- Kommunikation
 - Ein einheitlicher, langfristiger Ansprechpartner im Rathaus
 - Gedankenaustausch zwischen den Ehrenamtlichen
 - Netzwerk zwischen den Ehrenamtlichen mit eventuellen Arbeitskreisen
- sich nicht in den Weg stellen
- Anerkennung der Tätigkeiten der Mitarbeitenden der Verwaltung mit Ehrenamtsbezug

7.6 Fokusgruppe: Ergebnisse Kleingruppenarbeit

Im Rahmen der Fokusgruppe haben die Teilnehmenden aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltung in Kleingruppen erarbeitet, was sie in Bezug auf Ehrenamt und Engagementförderung erhalten und verändern wollen und welche konkreten Ideen sie für die Zukunft haben. Das Folgende ist eine unkommentierte Abschrift der dort zusammengetragenen Punkte.

1. Was wir erhalten wollen:

- Haltung
 - Unabhängigkeit des Ehrenamtes bewahren!
 - Vielfalt des Ehrenamtes
 - Verlässlichkeit/Langfristigkeit
 - Offenheit für Spontanes/Neues
 - Willen zur guten Zusammenarbeit
- Finanzielle Förderung
 - Städtische Mittel zur Förderung des Ehrenamtes erhalten
 - Integrationsbudget: Förderung der Personalkosten erhalten
 - Bereitstellung von Material oder tlw. personelle Unterstellung
 - Förderung der Ehrenamtsbörse
 - Aufwandsentschädigung Satzung
- Anerkennungsformate
 - Ehrenamtspreis
 - Erhaltung/Erweiterung von Anerkennung (Raummiete, Moderation, Catering)
 - Bereits bestehende Preise, die das Ehrenamt wertschätzen, erhalten (z.B. Ehrenamtspreis, Integrationspreis)
- Transparenz
 - Vielfältige Berührungspunkte quer durchs Haus
 - Feste Ansprechpartner in der Verwaltung
 - Vernetzungstreffen thematisch

2. Das möchten wir verändern:

- Haltung
 - Geld nicht als einziger Messfaktor, auch „gelingendes Miteinander“ messen
 - Motivationsförderung bei den Mitarbeitern der LHP
- Koordination
 - Personelle Berücksichtigung in der LHP
 - Mehr Klarheit für Fragen Ehrenamtlicher/klare Ansprechpersonen
 - Aufgaben- und Informationsbündelung zum Thema Ehrenamt in der Verwaltung
 - 1 Hauptkoordinator in der LHP
 - Mindestens je Geschäftsbereich 1 Koordinator in der LHP oder zusätzlich je Fachbereich ein Koordinator
- Transparenz innen und außen

- Mehr Transparenz/Klarheit über den Ist-Zustand
- Prioritäten setzen => Schwerpunkte/Strategie
- Kommunikationsstrukturen/Informationen bündeln
- Informationen über Neuigkeiten in die Verwaltung
- Förderbedingungen
 - Haushaltssicherung flexibel
 - Personalkostenförderung klären
- Neue Engagierte gewinnen
 - Zum Ehrenamt bestärken, andere Personengruppen erschließen
 - Nachwuchs befördern

3. Das schlagen wir konkret vor:

- Förderbedingungen
 - Förderung/Verpflegung
 - Einheitliche Standards der Unterstützung
 - Sicherstellung der Kosten
 - Mehr Vertrauen statt Kontrolle im Umgang mit Ehrenamt
 - Förderung unbarer Leistungen
 - Anerkennung unbarer Leistungen
- Strategie
 - „gelingendes Miteinander“ messen
 - Setzen wir die Ressourcen richtig ein?
- Ehrenamtskoordinator/Ehrenamtskoordinatorin
 - Hauptamtliche*r, „ämterübergreifende*r“ Koordinator/Koordinatorin in der LHP
 - Einrichtung eines Ehrenamtskoordinators/einer Ehrenamtskoordinatorin
- Anerkennungsformate
 - Fest des Ehrenamts
 - Weitere Anerkennungskulturen neben Ehrenamtspreis
 - Städtischer Ehrenamtspass
 - Bedarfsgerechte VIP-Tickets für Ehrenamtliche
- Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit
 - Kostenloser ÖPNV für Ehrenamtliche
 - Broschüre zum Ehrenamt in LHP
 - Vernetzungstreffen Infos und Bedarfe

8. Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, KGSt (o.J.). *Kommunale Engagementförderung – Ein praxisbezogener Überblick*. Gütersloh
- Böckenförde, E.-W. (1976). *Staat, Gesellschaft, Freiheit*. Frankfurt
- Bubolz-Lutz, E.; Mörchen, A. (2013). *Zukunftsfaktor Bürgerengagement. Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien. Impulse-Konzept-Ergebnisse*. Witten
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / Deutsche Zentrum für Altersfragen (2016). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017). *Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften*. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016). *Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland (2. Engagementbericht)*. Berlin
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2015). *Landes-Engagementstrategien und kommunale Engagementstrategien* (BBE-Dossier Nr.1). Berlin
- Deutscher Bundestag (2002). *Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*. Berlin
- Deutscher Bundestag (2012). *Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung* (Bundestagsdrucksache 17/10580). Berlin
- Deutsches Zentrum für Altersfragen (2016). *Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014*. Berlin
- Generali Deutschland Holding AG/ Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (2015). *Generali-Engagementatlas 2015 - Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland*. Köln/Bernkastel-Kues
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) (2013). *KGSt-Bericht Nr. 5/2013 „Das Kommunale Steuerungsmodell“*
- Landeshauptstadt Potsdam (2017). *EINE Stadt für ALLE. Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016 – 2020*. Potsdam
- Landeshauptstadt Potsdam (2009). *Ehrenamtskonzept der Landeshauptstadt Potsdam. (Ehrenamtsbericht 2010 gemäß Beschluss der SVV vom 02.09.2009, Beschluss-Nr. 09/SVV/0532, Seite 6)*. Potsdam

- Landeshauptstadt Potsdam (2016). *Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam*. Potsdam
- Mayring, P. (2008). *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: Flick, U. / von Kardoff, E. / Steinke, I. (Hrsg.), *Qualitative Forschung*. Reinbek.
- Olk, T.; Rüttgers, M.; Beinke, I. (2011). *Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland*. Halle/Köln
- Olk, T.; Rüttgers, M. (2018). *Netzwerke der Engagementförderung*. Frankfurt/M.
- Stadt Heidelberg (2010). (Anlage 1 zur Drucksache 0287/2010/BV) – *Rahmenkonzeption zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Heidelberg*. Heidelberg
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2013). *ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen 2012*. Essen
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (2017). *Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken*, ZiviZ-Survey 2017. Essen
- Vis a Vis /FOGS GmbH (2015). *Förderkonzept für bürgerschaftliches Engagement in Wolfsburg*. Köln
- Wolf, A.C.; Zimmer, A. (2012). *Lokale Engagementförderung - Kritik und Perspektiven*. Wiesbaden
- Zimmer, A.; Backhaus-Maul, H. (2012). *Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger*. Münster

9. Impressum



Herausgeber:

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
WerkStadt für Beteiligung
Ansprechpartner: Sebastian Karnstaedt

Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

www.potsdam.de

Erarbeitung der Graphiken/Inhalte/Texte des Berichts:

Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland
Im Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e. V.
Marchlewskistraße 27
10243 Berlin



In Zusammenarbeit mit

4K Projekte
Beusselstraße 74
10553 Berlin



Text und Bearbeitung:

Erik Rahn, 4K Projekte
Ulrike Gringmuth-Dallmer, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland

Bildnachweise:

Einband: fovivafoto / stock.adobe.com, mr_ptica / stock.adobe.com, Peter Maszlen / stock.adobe.com, Peggy Blume / stock.adobe.com, Rawpixel.com / stock.adobe.com, Franz Pfluegl 2006 / Fotostudio Pfluegl
S. 18 Inhalte Engagementforum / Andi Weiland
S. 19 Inhalt Fokusgruppe / Ulrike Gringmuth-Dallmer

Stand: Oktober 2018

Sämtliche Inhalte, Fotos, Texte und Graphiken sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert oder vervielfältigt werden. Beim Herausgeber sind diese Informationen einzuholen.

